

Wildcat-Zirkular

Nr. 61 Januar 2002

3 Euro



Genua?

Buenos Aires?



Inhaltverzeichnis

Editorial	2
Globaler Krieg um die Ordnung der Welt:	
Teil I: Die Proletarisierung und die (Öl)Maschine des Kapitals	7
Krieg und Öl	23
Sklerose – noch immer krank	36
Nach dem Castor ist nicht nur vor dem Castor	47

In der Beilage:

Grauer September <i>von J.-P. Carasso, G. Dauvé, K. Nesic</i>	1
Warum diese Verzweiflung? <i>von George Caffentzis</i>	29

Kontakte:

Shiraz e.V., Postfach 601 328, 14413 Potsdam – jaa@epost.de

Shiraz e.V., Postfach 301 206, 50782 Köln – wildcat@link-lev.de

Welt in Umwälzung, Mannheim-Ludwigshafen, suba@wildcat.rhein-neckar.de,
<http://www.umwaelzung.de>, Tel. 0621-65 77 46

freiburg@wildcat-www.de

leipzig@wildcat-www.de

koeln@wildcat-www.de

potsdam@wildcat-www.de

Archiv: <http://www.wildcat-www.de>

Abos:

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 2,60 Euro, 6 Ausgaben 15 Euro. Schriftliche Bestellungen (versand@wildcat-www.de) an Shiraz e.V. und Überweisung an Shiraz e.V., Kto.-Nr. 7064-509, Postbank Köln, BLZ 370 100 50.

V.i.S.d.P.: P.Müller

Editorial

Von Genua über den 11.9/7.10 nach Buenos Aires...

Die USA haben den Vietnamkrieg im wesentlichen nicht im Dschungel, sondern in den Hörsälen und auf den Straßen der USA verloren. Die Anti-Kriegs-Bewegung konnte aber nur deshalb so stark und breit werden, weil 50 000 tote GIs im Dschungel eine direkte Bedrohung für hunderttausende von amerikanischen Familien von Wehrpflichtigen darstellten.

Die zunächst massenhafte Mobilisierung gegen den Golfkrieg 1991 speiste sich aus der Angst, daß brennende Ölquellen einen globalen Ökollaps verursachen und irakische SCUD-Raketen Europa erreichen könnten. Als klar wurde, daß der Krieg nicht direkt das eigene Leben bedroht, flaute die Bewegung sehr schnell ab. Im Fall von Afghanistan ist es den USA und allen NATO-Ländern gelungen, eine Anti-Kriegs-Bewegung weitgehend zu verhindern.

Mit jedem neuen Krieg der letzten zehn Jahre wechseln Leute aus der radikalen Linken in das Lager der Kriegsbefürworter und tragen ihren Teil zur innenpolitischen Führbarkeit von Kriegen bei. Die »Verbliebenen« stellen sich immer ohnmächtiger einem Krieg entgegen, den sie alleine nicht stoppen können. Aufgrund ihrer technologischen Überlegenheit können die USA ganze Weltregionen bombardieren und eigene Verluste bis auf wenige Ausnahmen vermeiden. Die Anti-Kriegs-Bewegung bleibt dabei auf Teile der Linken beschränkt. Doch nur breite Massenbewegungen werden erreichen, daß ein Krieg nicht weiter geführt werden kann – siehe Vietnam.

Daß die Anti-Kriegs-Bewegung klein geblieben ist, liegt nicht daran, daß die AktivistInnen die falschen Theorien haben, sondern daran, daß es keinen direkten Zusammenhang gibt, d.h. die Kriegsführung nicht direkt das Leben hier bedroht. Aber der Zusammenhang zwischen der Kriegsführung gegen die »Schurkenstaaten« einerseits und der inneren Aufrüstung (Repressionspakete, Steuererhöhungen) andererseits, ist diesmal viel deutlicher als im Kosovo-Krieg und im zweiten Golfkrieg. Die politischen Folgen sind noch schwer abzuschätzen:

Auf der einen Seite hat der 11. September zu einer ungeheuren Politisierung des Alltagslebens geführt, das Gesellschaftssystem wird wieder sehr grundsätzlich hinterfragt.

Auf der anderen Seite benutzten die Herrschenden den Legitimationsschub aus Terrorangriff und humaner Kriegsführung, um schon länger geplante Massenentlassungen mit dem 11. September zu begründen.

Alle hier versammelten Texte zum Krieg versuchen, den identischen sozialen Kern zwischen Krieg nach außen und Verschärfung nach innen herauszuschälen.

»In den Bergen Afghanistans liegt weder die Geburtsstätte der gegenwärtigen Widersprüche, noch die von möglichen Lösungen. Ihr Ursprung liegt im Innern und ist zunächst sozial und erst dann 'geopolitisch': sie liegt in der Unfähigkeit dieser Produktionsweise, sich zu verallgemeinern und dabei überall positiv zu wirken«, schreiben Carasso/Dauvé/Nesic in ihrem Text *Grauer September* (Beilage Seite 1 ff.).

Sie sehen »Kapitalismus und Barbarei« für die nahe Zukunft, allerdings nicht als Folge des Durchmarschs des Kapitals, sondern aufgrund der »seit 20 Jahren« ungelösten Krise des Kapitalismus. Wichtigstes Moment darin sind die Proletarisierungsprozesse, die sie als »Lumpenproletarisierung« beschreiben. Heute werden weltweit soviele Menschen wie noch nie ausgebeutet, gleichzeitig steigt die Zahl derjenigen, denen nicht mal mehr die zweifelhafte Aussicht auf Lohnarbeit »angeboten« werden kann.

In der radikalen Linken gibt es zwei Verschiebungen: zum einen die stärkere Aufspaltung zwischen Kriegsgegnern und ausdrücklichen Kriegsbefürwortern, zum andern machen sich im Lager der Kriegskritiker die Postmodernen immer mehr breit. Positionen, die in der Bedeutung der zentralasiatischen Region für die Weltenergieproduktion einen wichtigen Kriegsgrund ausmachen, werden lächerlich gemacht.

Die zentrale Bedeutung des Erdöls für die kapitalistische Verwertung wird im Artikel *Globaler Krieg um die Ordnung der Welt* entwickelt. Es geht nicht um diese oder jene Pipeline, sondern um Öl als Stoff, an dem sich Wert kristallisiert, der die weltweite Maschinerie und den Transport am Laufen hält und dabei zugleich Wert zirkulieren läßt, und schließlich um seine Bedeutung für die Reproduktion der Arbeiterklasse.

Krieg und Öl beschäftigt sich im Detail mit den sozialen, politischen und technologischen Voraussetzungen, um kontinuierlich die riesigen Ölvorkommen Zentralasiens zu einem erträglichen Preis auf den Weltmarkt zu bringen.

Spätestens seit dem Sturz des Schahs im Iran 1979 wurde deutlich, wie zerbrechlich die Klassenverhältnisse in den erdölproduzierenden Ländern sind. Die Kriegführung im Golfkrieg 1991 zielte auf die Eindämmung der Revolte in der Region. In seinem Gefolge kam es zu einer Vertreibung des Erdölproletariats und einer Neuzusammensetzung der Migration. Seitdem bauen die USA ihre Präsenz in der Region aus, und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion rangeln europäische und amerikanische Ölfirmen um die Vorräte rund um das Kaspische Meer.

George Caffentzis zeigt in *Warum diese Verzweiflung?*¹, daß die auf der Kippe stehende soziale Stabilität des wichtigsten Öl-Produzenten Saudiarabien für den Anschlag am 11.9. zentral ist.

Der Text richtet sich ausdrücklich an die Adresse der Anti-Globalisierungs-Bewegung und diskutiert eine uns alle umtreibende Frage: wie wird die Bewegung mit »Genua«, das in doppelter Hinsicht ein Wendepunkt war, umgehen? Und er stellt die Frage, was »der 11.9.« für die Bewegung bedeutet.

Zum G8-Gipfel fand eine soziale Mobilisierung statt, die über die Eventhopper hinaus ging. Ausdruck davon war eine der großen Demos, auf der MigrantInnen, SchülerInnen und ArbeiterInnen aus ganz Europa, Südamerika und Teilen Afrikas Ausbeutung, Migration und die Frage des Status thematisierten. In Genua wurde spürbar, was möglich ist, wie viele wir sein können – und es wurde spürbar, was dagegen von Staatsseite aufgefahren (werden) wird.

Dieses Gefühl war zwei Monate später einem Gefühl der Ohnmacht gewichen. Eine beginnende Debatte blieb in ihren Anfängen stecken. Eine absurde Situation, hat die Entwicklung nach dem 11.9. die von Teilen der »Anti-globalisierungsbewegung« thematisierten Zusammenhänge und Ursachen doch bestätigt.

¹ Der Text ist ab dem 27.11.01 in drei Teilen leicht gekürzt in der Jungen Welt veröffentlicht worden. Englische Originalfassung: *A Essay on the Events of September 11, 2001 - Addressed to the Antiglobalization Movement* (<http://www.commoner.org.uk/02-1groundzero.htm>).

»Momentan wäre nur die Antiglobalisierungsbewegung in der Lage, einen Ausweg aus dieser höllischen Dialektik von Mord und Selbstmord zu finden. Jene ist gerade von den Streitkräften des Weltkapitals und den Verursachern des Massakers vom 11. September in die Vergessenheit katapultiert worden«, schreibt Caffentzis.

In der Tat haben Seattle, Prag und Genua der Angstpropaganda von oben eine Globalisierung von unten entgegengesetzt. Eine Möglichkeit, sich gegenseitig nicht als Konkurrenz oder Bedrohung wahrzunehmen, sondern als Kraft, die in der Lage ist, selber Geschichte zu machen. Eine Möglichkeit, nicht mehr.

Hinter diese Dimension fällt Caffentzis zurück, wenn er sich ernsthaft die Frage stellt, was passiert wäre, wenn der G8-Gipfel »den Forderungen der DemonstrantInnen entsprochen« und alle Schulden der Drittweltländer gestrichen hätte. Hier verwechselt er die Bewegung mit ihren Lautsprechern (Attac). Er setzt gerade an ihren Schwächen an: Von ihrem politischen Ausdruck kleidet sich die Antiglobalisierungsbewegung in ein »reformistisches« Gewand, mit Forderungen nach Schuldenerlaß, Reform des IWF, etc. Es scheint, als müßten sich alle, die aus einer eher defensiven Klassensituation heraus agieren wollen, traditionelle politische Formen der Vermittlung wählen. Vor dem Hintergrund der Krisenerscheinungen des Kapitals, mit seinen Kriegen und Gemetzeln, den harten staatlichen Reaktionen, hat dieser Reformismus jedoch keinen Bestand mehr. Wer außer Kofi Annan würde sein Leben dafür geben, den IWF zu reformieren? Alle, die sich nach dem 11. September, dem 7.10., und mehr noch, nach Genua bewegen wollen, kommen nicht darum herum, die Frage nach der Produziertheit der Welt, die Frage nach dem Ganzen zu stellen.

Im Eisenbahn-Tunnel unter dem Ärmelkanal wurden vor einigen Wochen mehrere hundert Menschen aus Afghanistan, dem Irak und Kurdistan auf dem Weg von Frankreich nach England von einem massiven Bullenaufgebot zurückgeschlagen. Sie waren ohne Einreisepapiere unterwegs. Hier zeigt sich in einer Momentaufnahme, daß die Proletariserten sich weltweit nicht davon abhalten lassen, bis in die kapitalistischen Kernländer vorzudringen. Diese brauchen eine kontrollierte Balance zwischen hoher Arbeitslosigkeit und ausgesuchter frischer Arbeitskraft. Um die Art und Weise von Regulierung und Kontrolle dreht sich die gesamte Diskussion um das Zuwanderungsgesetz in der BRD. Gleichzeitig wird die »häusliche

Pflege« durch eine einfache Verordnung nun auch offiziell in die Hände zehntausender Frauen aus Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn gelegt. Noch vor der EU-Osterweiterung hat eine einfache Verordnung Riesters den Einwanderungsstopp für 10 000 Frauen aufgehoben, die nun auch offiziell die »häusliche Pflege« zu Niedrigstlöhnen verrichten dürfen. Aber auch für diesen Teilprozeß der weltweiten Migration gilt: diese Pflegetherbeiterinnen werden viele kleine, vermutlich oft nicht einmal sichtbare zähe Kämpfe führen. (Zu den vielfätigen Umbrüchen in der deutschen Klassenlandschaft siehe *Sklerose - noch immer krank* in diesem Heft.)

Gleichzeitig können wir an allen möglichen Ecken und Enden fühlen, in welcher Sackgasse der Kapitalismus inzwischen gelandet ist: Während die AKW-Industrie in den letzten Monaten von einer ganzen Serie von Pannen gebeutelt wurde, rollte der Castor-Transport so ungestört wie schon lange nicht mehr nach Gorleben. (Siehe dazu den Artikel *Nach dem Castor ist nicht nur vor dem Castor*, der einige Hoffnungen in eine Radikalisierung der kleiner werdenden Anti-Atom-Bewegung setzt).

Seit Beginn des Jahres 2001 ist die Weltwirtschaft in einer Rezession. In Argentinien ist es in diesen Wochen am heftigsten umkämpft, ob das Kapital, die Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen kann. Argentinien war ein Musterland neoliberaler Wirtschaftspolitik: Es hat alles »richtig« gemacht: privatisiert, bis es nichts mehr zu verkaufen gab, Sozialleistungen und Löhne runtergefahren. Der jetzige Staatsbankrott wird deswegen Auswirkungen auf drei Ebenen haben: erstens, weil der Neoliberalismus als kapitalistische Ideologie abgewirtschaftet hat. Zweitens, weil dieser Staatsbankrott viele ausländische Anleger mit in den Strudel reißen wird. Und drittens, weil die Hunderttausenden auf den Straßen vielleicht eine Antwort auf die Krise des Kapitalismus finden, die weltweit ausstrahlt.

Freiburg, 6.1.2001

Globaler Krieg um die Ordnung der Welt

Hinter den Anschlägen vom 11.9. stecken nicht die Verarmten und Ausgebeuteten dieser Welt, und die Bombardierung Afghanistans richtet sich nicht gegen die mutmaßlichen Hintermänner der Anschläge. Beide Ereignisse gehören zur Strategie der weltweiten Kontrolle von Arbeitskraft und der Absicherung der globalen Verwertung von Kapital. Dabei geht es nicht einfach um Profitmachen im ökonomischen Sinne, sondern um die Absicherung und Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse, d.h. eines spezifischen Klassenverhältnisses. Dieses Klassenverhältnis als Kern einer historischen Form von Gesellschaft befindet sich in der Krise und muß heute mit Krieg verteidigt werden.

In den Diskussionen der letzten Wochen sind eine ganze Reihe von Hintergründen sowohl der Anschläge wie des Kriegs in Afghanistan zusammengetragen worden, die für sich genommen alle richtig sind, aber doch nur Facetten eines globalen Klassenkampfes wiedergeben: die Rolle des Erdöls am Kaspischen Meer und die Pipelines, das geopolitische Gerangel um den zentralasiatischen Raum, die Instabilität der Regimes im Nahen Osten, die religiöse und ethnische Zerklüftung der Gesellschaften, die internationalen Migrationsströme, die dramatische Krise der kapitalistischen Weltökonomie, Krisenphänomene in den Industrieländern selbst, der Weltmarkt für Rauschgifte, die Widersprüche der sogenannten Globalisierung, die Neuorientierung der US- und Nato-Kriegspolitik, die Transformation der Demokratien zum Sicherheitsstaat ... Aber statt den Zusammenhang dieser einzelnen Aspekte im kapitalistischen Charakter der heutigen Welt, in der antagonistischen Form der gesellschaftlichen Beziehungen aufzudecken, werden sie in den Diskussionen isoliert gegenübergestellt und mystifizieren dann mehr als sie erklären.

In Teil I betrachten wir den Charakter von Krieg, den sozialen Inhalt des zwanzigjährigen Kriegs in Afghanistan, und erklären die Bedeutung der zentralasiatischen Region aus der Rolle des Erdöls für die Klassenbeziehungen in der kapitalistischen Industrie und dem politischen Dilemma der Ölregimes im Nahen Osten, dem auch die Anschläge vom 11.9. ent-

stammen. In Teil II (im nächsten Heft) wollen wir die Bedeutung der Taliban, die Entscheidung zum militärischen Eingreifen in Afghanistan und den konkreten Verlauf der Bombardierungen untersuchen und diesen »Krieg« in die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Perspektiven der Weltordnung einordnen.

Teil I:

Die Proletarisierung der Welt und die (Öl-) Maschine des Kapitals

Als die Stadt New York Mitte Dezember die Zahl der Opfer vom 11.9. mit 2992 angab, legte ein unbekannter Professor aus New Hampshire eine akribisch durchgeführte Untersuchung über die Zahl der zivilen Toten in Afghanistan vor, an der sonst niemand ein Interesse gezeigt hatte. Für die ersten achteinhalb Wochen nach dem Beginn der Bombardierungen kam er auf 3767 zivile Tote, wobei er alle ausklammerte, die erst später ihren Verletzungen erlagen oder an anderen Kriegsfolgen gestorben waren.¹ Vergleichbare Schätzungen getöteter Soldaten oder Gefangener gibt es nicht, es wird von etwa 10000 gesprochen.

Viele haben sich über diese hohe Zahl an zivilen Opfern empört, den USA »unmenschliche Kriegsführung« vorgeworfen oder vom Einsatz bestimmter Waffen wie der berüchtigten Streubomben abgeraten. Trotz oder gerade durch solche Appelle bleibt das Bild erhalten, der Krieg sei lediglich Mittel für einen bestimmten politischen Zweck: Sturz des Taliban-Regimes, Ausschaltung der Al-Qaeda-Terroristen, oder auch Zugriff auf Erdöl oder geostrategische Absichten.

Krieg als Gesellschaftspolitik

Krieg ist nie einfach Mittel für etwas anderes. Er ist selber ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis, das in extremer Weise ausdrückt, was die Rolle der Proletarier sein soll: ohnmächtige Objekte eines über ihren Köpfen stattfindenden Geschehens. In der »Washington Post« wurden am 16.12. militärpsychologische Überlegungen zur Rolle von massiven Bombardierungen aus der Luft wiedergegeben, die auf Erfahrungen aus dem

¹ Die Untersuchung von Marc Herold liegt auf <http://pubpages.unh.edu/~mwherold>.

Golfkrieg '91 und den Bombardierungen Jugoslawiens '99, aber auch auf Erkenntnissen im Zweiten Weltkrieg beruhen:² es gehe nicht einfach um die physischen Zerstörungen, sondern um die völlige Demoralisierung der Angegriffenen. Besonders wirksam seien Bombardements aus einer solchen Höhe, daß nicht einmal die Flugzeuge bemerkt würden. Diese Bomben, die für die Betroffenen »aus dem Nichts« zu kommen scheinen und gegen die es keine Möglichkeit der Gegenwehr, noch nicht einmal des Entkommens gibt, erzeugten nicht nur Gefühle der Furcht, sondern der völligen Sinnlosigkeit und Ohnmacht; dem Feind würden übermenschliche Fähigkeiten zugeschrieben. Verstärkt würden diese Gefühle noch durch die Isolation und das Fehlen von Wasser und Nahrung. (Wir können hinzufügen, daß sich auch die Attentäter vom 11.9. solcher Erkenntnisse bedienen könnten: ihre »Bomben« kamen ebenso aus dem Nichts und ließen keine Gegenwehr zu; ihre vermeintlichen Verursacher wurden ebenso mit übermenschlichen Fähigkeiten ausgestattet, was den durch solche Anschläge Bedrohten keine andere Wahl lassen soll, als sich einer höheren Macht zu unterwerfen.)

Marc Herold führt die hohe Anzahl ziviler Toter nicht auf Ungenauigkeit oder Versagen der Waffensysteme zurück, sondern auf diese Art der Kriegsführung. Wie schon im Golf- und Kosovo-Krieg war es die oberste Maxime der Kriegsführung, eigene Verluste zu vermeiden. Daher wurde aus Höhen bombardiert, die für die immer noch in Afghanistan vorhandenen Stinger-Raketen unerreichbar sind.³ Pures Märchen sind auch die hochintelligenten Waffen, die nur die Bösen treffen: nicht so sehr, weil auch sie oft genug daneben gehen, sondern weil sie schon aus Kostengründen nur einen kleinen Teil der Bombardierungen ausmachten. Ein Cruise Missile kostet 1 bis 1,5 Mio. Dollar, eine Splitterbombe lächerliche 5000 Dollar. Zudem wurden gezielt nicht-militärische Ziele wie Wasserkraftwerke und Staudämme angegriffen, das Telefonsystem ausgeschaltet oder Rundfunksender zerstört. Mehrmals wurden Hilfsgüter-Lager bombardiert und Beschäftigte von Hilfsorganisationen getötet – was nach dem

² Impact of U.S. Bombing Is Felt in Many Ways, Washington Post, 16.12.01.

³ In den 80er Jahren hatten die USA den Mujaheddin für ihren Kampf gegen die Sowjetunion einige hundert Stinger-Raketen zukommen lassen. Nach 1992 versuchte die CIA erfolglos, die nicht eingesetzten Raketen zurückzukaufen.

dritten Mal selbst das Internationale Rote Kreuz nicht mehr für Zufall halten wollte.

»Als U.S.-Kampfflugzeuge am 22.-23. Oktober das Dorf von Chowkar-Karez, 25 Meilen nördlich von Kandahar, mit AC-130 Kanonen beschossen und mindestens 93 Zivilisten töteten, sagte ein Beamter des Pentagons, »die Leute dort sind tot, weil wir sie tot haben wollten«. Der Grund? Sie sympathisierten mit den Taliban.«⁴

Da ist einem Militär einmal die Wahrheit herausgerutscht. Die zivilen Toten sind keine bedauerlichen »Kollateralschäden«, sondern gewollt. Allen – den Taliban, der Zivilbevölkerung und vor allem den Milizen der »Nordallianz« – soll klargemacht werden, daß sie sich den Diktaten dieser Übermacht zu beugen haben; daß diese Macht den Tod überall hinbringen kann. Staatlichkeit beruht immer auf der Anerkennung eines Gewalt*monopols* – in diesem Sinne wurde Afghanistan regelrecht in die Staatlichkeit gebombt. Von der Zahl der Toten her unterscheiden sich die Massaker, die in den Jahren zuvor von Milizen oder Taliban verübt wurden, nicht von den Massakern dieses Bombenfeldzugs – aber letztere haben eine andere Bedeutung, sie vermitteln die Existenz einer übergeordneten Gewalt. Als nach der »Befreiung der Städte« Mitte Dezember im Norden Kämpfe zwischen zwei Milizen der Nordallianz ausbrachen, zögerten die USA nicht, diese Gefechte mit Bomben aus der Luft zu beenden.

Krieg als Geschäft und Gesellschaftsveränderung

Die USA haben keinen Krieg geführt, sondern Bomben geworfen. Die Bodenkämpfe haben sie den Milizen der »Nordallianz« überlassen. Die führen schon seit Jahren Krieg: gegen die Sowjetunion und das Regime in Kabul, untereinander, dann gegen die Taliban, aber auch immer wieder untereinander. In den Medien wird über das Chaos in Afghanistan, den unlösbaren Konflikt und das ständige Scheitern von Friedensbemühungen lamentiert. Aber wollte hier überhaupt irgend jemand Frieden?

⁴ Nach Marc Herold. Dies ist in der Tat dieselbe Logik, die Bin Laden anführt, um Angriffe auf Zivilisten zu begründen: im Gegensatz zwischen »Islam« und »Westen« sei jeder ein Krieger. Wer wollte schon bestreiten, daß sie hin und wieder mit ihrer Regierung »sympathisieren«.

Zur Erklärung der zwanzig Jahre Krieg in Afghanistan, dem mindestens 1,5 Mio. Menschen zum Opfer fielen und der mehrere Millionen zu Flüchtlingen machte, werden ethnische und religiöse Konflikte sowie die Konkurrenz der angrenzenden bzw. an der Region interessierten Staaten angeführt. All dies habe eine Lösung verhindert. Welche Lösung? Der Zustand des Krieges war für lange Zeit die Lösung. Er war keineswegs das völlige Chaos, sondern eine für die aktiv daran Beteiligten stabile Ökonomie, auf der ihre Profite beruhten, und er war ein Prozeß, der die sozialen Verhältnisse gegen allen Widerstand radikal umwälzte.⁵

Dieser Krieg hat in zwanzig Jahren das bewirkt, was früheren Entwicklungsdiktaturen und Reformprogrammen nicht gelungen war. Der Krieg in Afghanistan läßt sich fast bilderbuchhaft als ein Prozeß »ursprünglicher Akkumulation«, d.h. der Losreißung der Menschen aus ihren Subsistenzverhältnissen und der Etablierung kapitalistischer Verhältnisse beschreiben. Die Ethnisierung war nur ein Mittel, um den Krieg am Laufen zu halten. Sie hat ihre Basis nicht in der Bevölkerung (siehe Kasten), sondern dient den Milizen zur Legitimation ständiger Kriegsführung. Die Warlords haben nichts mit den alten »Stammesführern« zu tun, sondern stellen eine neue politische und ökonomische Elite dar.

Die gesellschaftlichen Umwälzungen des zwanzigjährigen Kriegs in Afghanistan lassen sich so zusammenfassen:⁶

- die bisherige agrarische Subsistenzökonomie und die Nomaden-Weidewirtschaft wird nachhaltig zerstört, angefangen von der Abholzung von Obstplantagen durch die Sowjetarmee als Counterinsurgency bis hin zu der Verunmöglichung der Weidewirtschaft durch die Aufteilung des Landes in militärisch kontrollierte Gebiete und die Verminung der Landschaft.
- Afghanistan erlebte eine rasche *Urbanisierung*, zu einem großen Teil in Form der Bildung von Flüchtlingslagern in Pakistan, die sich zu regelrech-

⁵ In der Diskussion um den 11.9. und den Krieg gegen Afghanistan ist dieses Moment bisher nur von den »Materialien für einen neuen Anti-Imperialismus« hervorgehoben worden. Siehe »Antiterrorismus – die Politik sozialer Feinderklärung« und »Ökonomie des Krieges? Krieg der Ökonomie« auf www.materialien.org.

⁶ Eine der wenigen Darstellungen der sozialen Prozesse in Afghanistan findet sich bei Barnett R. Rubin: *The Political Economy of War and Peace in Afghanistan*, Sweden, 21 June 1999 (auf www.institute-for-afghan-studies.org).

Die ethnischen Konstrukte in Afghanistan

»(...) Im Gegensatz zu allgemeinen Vorstellungen, dass ethnische Gruppen bereits seit unbestimmter Zeit existieren, sind die meisten Ethnien in Afghanistan erst im Verlauf des 20. Jahrhunderts kreiert worden. Vom wissenschaftlichen Eifer getrieben, Menschen auf Grund kultureller Eigenheiten zu klassifizieren, schufen Ethnologen eine ganze Reihe ethnischer Gruppen: So die Nuristani, Paschai, Aimaq oder Farsiwan. Der Begriff «Tadschike» etwa bezog sich in Afghanistan originär auf Bewohner, die sich ethnisch nicht einordnen lassen. Dennoch sprechen wir heute von der ethnischen Gruppe der Tadschiken. (...) Wegen unterschiedlicher wissenschaftlicher Ansätze ist unklar, wie viele ethnische Gruppen es in Afghanistan überhaupt gibt. Während eine deutschsprachige Abhandlung auf ungefähr 50 Ethnien kommt, zählt eine russische 200. (...) Es fehlt an Konzepten, die sagen, wie ein Usbeke, ein Hazara oder ein Paschtune zu sein hat. Wer etwa behauptet, alle Paschtunen sind Sunniten, irrt gewaltig, da es im Raum Kandahar und im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet auch schiitische Paschtunen gibt. Wer behauptet, alle Paschtunen sprechen Paschtu, irrt ebenfalls. So sprechen Tadschiken in Jalalabad oder Hazara in Ghazni auch Paschtu. Im Gegenzug beherrschen Kabuler Paschtunen, die auf ihre paschtunische Identität pochen, oftmals kein einziges Wort Paschtu. (...) Der Trugschluss westlicher Politiker ist jedoch, die ethnischen Gruppen mit den herrschenden militärisch-politischen Bewegungen gleichzusetzen und als einheitlich handelnde Blöcke aufzufassen. In der gegenwärtigen Debatte bleibt nämlich unberücksichtigt, dass trotz der Ethnisierung des Kriegs eine Ethnisierung der Massen ausblieb. Denn den meisten Afghanen sind alle Konfliktparteien gleichermaßen verhasst. Auch die ethnische Problematik ist für sie nicht von Belang. So gerät völlig in Vergessenheit, dass für die afghanische Bevölkerung nicht die Volksgruppe, sondern nach wie vor die Familie, der Clan und das Dorf die wesentlichen Identitätsbezüge herstellen. Sogar die Relevanz von Ethnizität als militärisch-politische Klammer blieb im Afghanistankrieg beschränkt: Unzählige Kommandanten und Kampfeinheiten wechselten aus politischem Opportunismus und wirtschaftlichen Anreizen mehrfach die Fronten - unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit.«

(Conrad Schetter: Die Schimäre der Ethnie in Afghanistan,
Neue Zürcher Zeitung, 26. Oktober 2001)

ten Städten entwickeln; mit 3,5 Mio. Flüchtlingen gelten die Afghanen heute als international größte einzelne Flüchtlingsgruppe – wie stets bildet dies eine erste Stufe der *Proletarisierung*.

– Sowohl die Milizen wie die städtische Bevölkerung werden von ausländischen Lieferungen und Zahlungen abhängig; sowohl die Waffenlieferungen wie die internationalen Nahrungsmittelhilfen sind zugleich eine Einkommensquelle für die vielen Mittelsmänner, die sich bereichern und zu »Unternehmern« werden.

- zum ersten Mal wird die gesamte Ökonomie, die vorher zu geschätzten 50 Prozent außerhalb von Geldbeziehungen gestanden hatte, *monetarisiert*.
- wo die landwirtschaftliche Produktion in bestimmten Zeiten aufgenommen werden kann, wird sie auf *cashcrops* (also Produkte, die auf dem Weltmarkt verkauft werden können) umgestellt – hier vor allem Schlafmohn zur Opium- und Heroinerzeugung.
- eine wichtige Einkommensquelle wird der Transport und Schmuggel mit Waren, die vor allem aus dem zollfreien Hafen von Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) kommen – nach Pakistan und in die zentralasiatischen Staaten; auch hier entsteht ein auf Lohnarbeit und Profit basierender Wirtschaftssektor.

An der Subsistenzökonomie und der darauf basierenden sozialen und politischen Ordnung auf dem Land gibt es nichts zu beschönigen. Die Macht innerhalb der clan- und dörflich strukturierten Herrschaft beruhte auf einem feudälähnlichen Pachtsystem, an dem sich verschiedene Versuche einer Bodenreform vergebens die Zähne ausgebissen hatten. Diese patriarchalen Strukturen widersetzen sich Entwicklungsmodellen von oben – egal ob mehr westlicher oder sowjetischer Ausrichtung.

Mit dem Übergang zur Kriegsökonomie kam eine neue Elite empor, deren Macht nicht mehr auf der Verfügung über Boden und Wasser sowie dem Bezug zur örtlichen Bevölkerung basierte. Die in der Presse übliche Bezeichnung der Warlords als »Stammesführer« oder »Clanchefs« ist völlig irreführend. Die Durchsetzung der neuen Ökonomie wurde vor allem dadurch unumkehrbar, daß ein neues Herrschaftsgefüge entstand, das nicht mehr auf den traditionellen Beziehungen basierte. Gefördert wurde dieser Wechsel durch die Entscheidung der USA, Pakistans und Saudi-Arabiens, im Kampf gegen die Sowjetunion nicht die traditionellen, landbesitzenden Eliten zu unterstützen, sondern nur die islamistischen Parteien. In dem Maße, wie die Milizen und ihr Agieren auf den Waffen- und Geldlieferungen aus dem Ausland beruhten, wurden sie autonom von den lokalen Gemeinschaften, aus denen sie vielleicht einmal stammten. Für die bäuerliche Bevölkerung, deren Subsistenzgrundlage zerstört worden war, bildeten die Milizen die nächstliegende Form der Lohnarbeit: Söldner – oft nur als vorübergehende Halbproletarisierung, wie sich an den festen Ritualen der militärischen Sommeroffensiven und Einstellung

der Kämpfe zur Erntezeit ablesen läßt, und verbunden mit Widerstand in den Dörfern gegen Zwangsrekrutierungen.

Erst im Zuge ihrer Verselbständigung erfanden sich die Milizen und Warlords ihre »ethnischen« Zuschreibungen als Tadschiken, Usbeken, Paschtunen oder Hazaris, um eine eigene »Tradition« und naturalistische Identität vorweisen zu können⁷ – praktiziert und demonstriert wurde diese Identität in regelrechten Massakern im Stil von ethnischen Säuberungen. Daran waren alle beteiligt: Truppen von Dostum gegen die Taliban (schon damals wurden Container als brutale Massentötungsmittel eingesetzt, wie es jetzt im November bei Masar-i-Sharif wieder geschehen ist), die Taliban gegen Hazaris, oder Massud gegen die Hazaris in Kabul ...

Das ständige Wechseln der Koalitionen, Bündnisse und Frontverläufe in diesem Krieg – das genauso für die Warlords wie für die einflußnehmenden Staaten gilt, erscheint nur dem irrational und chaotisch, der die ethnischen, religiösen oder tribalistischen Mäntelchen der Warlords für bare Münze nimmt. Es ging die ganze Zeit darum, diesen Krieg als Transformationsperiode und als Einkommensquelle am Laufen zu halten; und er war buchstäblich das, was die Globalisierungsapostel predigen: Einbindung in den Weltmarkt.

Der Krieg in Afghanistan als Katalysator für die Transformation in Zentralasien

Den beteiligten Großmächten – vor allem den USA und Rußland, aber auch Pakistan, Saudi-Arabien, Indien, Iran und China – lag daran, den Zugriff auf den zentralasiatischen Raum offen zu halten. Von Bedeutung sind nicht nur die Transportwege zum Kaspischen Meer und seinen Ölfeldern, sondern die gesamte politisch-militärische und wirtschaftliche Orientierung in den fünf 1991 unabhängig gewordenen Staaten Turkmenistan, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan (zusammen bilden diese Länder ein Gebiet von der ca. zehnfachen Fläche der BRD mit 55

⁷ Diese modernen Formen von Kriegsökonomie sind keineswegs auf Afghanistan beschränkt, sondern finden sich ähnlich überall dort, wo aus den Strategien des »low-intensity-warfare« als Eindämmungspolitik lokale Kriegsherren (warlords) entstanden sind, deren Macht vor allem auf ihrem Kontakt zum Weltmarkt über Waffen, Erdöl, Edelsteine oder Rauschgift beruht. Siehe z.B. Michael Böllig: *Zur Ökonomie des Krieges: Die Gewalt und die Geschäfte der afrikanischen Warlords*, in: Frankfurter Rundschau, 9.1.2001.

Mio. BewohnerInnen). Das Afghanistan der Warlords bildete die operative Basis für islamistische Oppositionsgruppen in diesen Ländern und zwang deren Regierungen, sich entweder des Beistands Rußlands oder der Nato zu versichern.

Der ständige Krieg in Afghanistan war dadurch zugleich ein Moment der Destabilisierung und sozialen Veränderung in diesen Staaten und eng verknüpft mit ähnlichen Kriegen in Tschetschenien, Tadschikistan oder Kirgisistan. Indem der Krieg in Afghanistan von allen Seiten mit Geld- und Waffenlieferungen in Gang gehalten wurde, stabilisierte er die Instabilität in ganz Zentralasien, die für diese Prozesse gebraucht wurde. Die übliche Bezeichnung dieses und ähnlicher Kriege als »proxy wars« (Stellvertreterkriege), in denen die verschiedenen Großmächte der Region um ihren Einfluß feilschen, berührt nur die Oberfläche und übersieht die klassenbildende und damit kapitalisierende Dimension des militärischen Konflikts als solchem.

»Wahrscheinlich werden sich die Taliban wie die Saudis entwickeln. Es wird Aramco, Pipelines, einen Emir, kein Parlament und jede Menge Scharia geben. Damit können wir leben.«

(Ein US-Diplomat am 20.1.1997)⁸

Erst ab Mitte der 90er Jahre reifen in Bezug auf Afghanistan die Überlegungen, zu einer Stabilisierung zu kommen, um die Früchte der bisherigen sozialen Zersetzung zu ernten – wobei die ersten Hoffnungsträger die heute geächteten Taliban sind. Schon im Kosovo-Krieg war klar geworden, daß der Drang der Nato nach Osten auch auf den Kaukasus und die zentralasiatische Region zielte.⁹ Während der 90er Jahre rückte immer stärker das Interesse an den Öl- und Gasvorkommen im Kaspischen Meer in den Vordergrund. Der politische Umbruch in der Region 1990/91 hatte in der Ölbranche hochfliegende Erwartungen auf neue Profitquellen ausgelöst, die sich aber ebenso auf Sibirien richteten. Chevron ist seit 1987 am Kaspischen Meer aktiv und mischte von Anfang an beim Tenghiz-Feld

⁸ Ahmed Rashid: Die Taliban. Aghanistans Gotteskrieger und der Dschihad, 2001, S. 292.

⁹ Siehe Sean Gervasi: *Why is Nato in Yugoslavia?* 1996 (www.wildcat-www.de/krieg/nato99r.pdf), und: *Geopolitische Aspekte des Kriegs in Jugoslawien*, in Wildcat-Zirkular 50/51, Mai/Juni 1999. Im Hintergrund stand schon damals ein Pipelineprojekt zur Weiterleitung des Öls vom Kaspischen Meer über den Balkan nach Westeuropa.

mit, dem bislang größten Erschließungsprojekt. Trotzdem blieb die Ölwelt zunächst skeptisch.¹⁰

Ausschlaggebend für das strategische Interesse der USA und der Nato-Staaten an diesen Ölquellen wird in den 90er Jahren ihre Bedeutung als mögliche Alternative oder Ergänzung zum Ölexport aus dem Nahen Osten – nicht, weil das Versiegen der Ölfelder befürchtet wird, sondern weil der Hauptöllieferant Saudi-Arabien und die anderen Ölregimes auf der arabischen Halbinsel sich immer weniger dem sozialen Druck des Proletariats entziehen können. Kriege werden nicht aufgrund geologischer Vorhersagen für die nächsten 30, 40 oder 50 Jahre geführt, sondern aufgrund akut spürbarer Probleme. Eine solche Schmerzgrenze war der OPEC-Beschluß vom März 1999, Rohöl nach einer langen Phase niedriger Ölpreise zu verknappen, um die Preise hochzutreiben. Dies war die deutlichste Abkehr Saudi-Arabiens von seiner bisherigen Rolle bei der Ölpreisregulierung im Sinne der kapitalistischen Weltkonjunktur – und zugleich war allen klar, daß es aufgrund des Klassendrucks gar nicht anders handeln konnte.¹¹ Um diese Zeit herum dürften die grundsätzlichen Entscheidungen für eine größere militärische Operation in Afghanistan und eine direktere Präsenz in Zentralasien gefallen sein.

Die besondere Ware Erdöl

»Selbst ein Dummkopf versteht das Prinzip. Wir brauchen das Öl. Es ist schön, sich für die Freiheit auszusprechen, aber Kuwait und Saudi-Arabien sind nicht gerade Demokratien, und wenn ihr Hauptexportartikel Orangen wären ... hätten wir den August über in Washington den Laden dicht gemacht.« (Ein Berater von Bush sen. im August 1990, als die Vorbereitungen der USA auf den Krieg gegen den Irak anliefen; nach Thekla 17: *Midnight Oil*, S. 104)

¹⁰ Von Anfang war klar, daß es eine Zeit dauern würde, bis die internationalen Ölmultis hier ihre Claims sicher abstecken könnten: zum einen wurde keine schnelle Lösung der Fragen der Eigentumssicherung, des Abzugs der Profite und der sozialen Stabilität, d.h. der Regulierung des Klassenkampfes, erwartet, zum zweiten blieb sowohl am Kaspischen Meer wie in Sibirien die Frage des Transports offen. »Das ist ein Marathon und kein Sprint«, stellte ein Ölmanager 1991 fest (Why Soviet Oil Wells Won't Be Gushing Soon, *Business Week*, 9.9.1991).

¹¹ Siehe: Gregory Gause III: *Saudi Arabia – Over a Barrel*, in: *Foreign Affairs*, May/June 2000, und George Caffentzis: *Warum diese Verzweiflung?* in diesem Zirkular, Beilage.

In der Debatte um den Krieg in Afghanistan ist die Rolle des Erdöls äußerst umstritten. Das Projekt einer Pipeline vom Kaspischen Meer durch Afghanistan, das die beiden konkurrierenden Ölfirmen Bidas aus Argentinien und Unocal aus den USA Mitte der 90er Jahre betrieben und dann 1998 zu den Akten gelegt hatten, rückte wieder in den Mittelpunkt des Interesses, und das »Great Game« um die kaspischen Ölreserven ist in aller Munde. Dem wird entgegengehalten, eine solche Militäraktion ließe sich nicht daraus erklären, daß Bush aufgrund seiner Beteiligungen am Ölgeschäft den Weg für eine Pipeline freibomben wolle. Es geht tatsächlich nicht um diese spezielle Pipeline – obwohl wir den Einfluß privater Interessen auf das Regierungshandeln nicht unterschätzen sollten. Nur die demokratische Staatsillusion schafft es, Regierungsvertreter als interesselose Verkörperungen eines Allgemeinwohls darzustellen. Das Interesse der Ölindustrie richtete sich von Anfang an auf eine »Vielzahl von Pipelines«, um von keiner Route abhängig zu werden.¹²

Nicht nur die USA interessieren sich für das kaspische Öl, sondern ebenso die westeuropäischen Staaten, Japan und die beiden bevölkerungsreichsten Länder der Erde, China und Indien, deren Ölverbrauch rasant ansteigt und die zudem an die zentralasiatische Region angrenzen. Dieses allgemeine Interesse beruht auf der Bedeutung des Öls für den Kreislauf des Kapitals. Öl ist zentraler Bestandteil der kapitalistischen Maschinerie und der gesamten Reproduktion im heutigen Kapitalismus. Energie ließe sich auf tausend andere Weisen gewinnen, aber Öl ist heute die Basis der Verwertung von Kapital. Der Run auf das Kaspische Meer hat nichts mit versiegenden Lagerstätten oder anderen »Grenzen des Wachstums« zu tun. Es sind die »Grenzen des Profits«, die das Interesse an Öl seit seiner Durchsetzung als zentralem Energieträger so eng mit Krieg und Gemetzel verbunden haben.

Die gesamte technologische Gestalt der Produktion und die Zusammensetzung der Arbeiterklasse ist heute damit verbunden, daß Anfang des letzten Jahrhunderts das Erdöl die Kohle als zentralen Energieträger abzulösen begann. Die beiden Weltkriege waren mit der Einführung von Panzern und Flugzeugen in die Kriegsführung der entscheidende Durchbruch für diese gigantische technologische Umstellung. Und mit der

¹² Why the West may come up empty in the World's biggest Oil Patch, Business Week v. 30.5.1994. Die Route durch Afghanistan findet in diesem Artikel noch gar keine Erwähnung.

Zurückdrängung der Kohle entmachtete das Kapital einen Teil der Arbeiterklasse, der seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den revolutionären Schrecken symbolisierte: die Bergarbeiter. Die sogenannte »fordistische« Phase des Kapitalismus – Autoproduktion, Massenverkehr, Fließbandfabriken – beruhte auf der schier unerschöpflichen Verfügbarkeit von Öl zu geringen Preisen. Im Unterschied zur Kohleförderung basierte die erdölgetriebene kapitalistische Industrie auf einer extremen räumlichen Spaltung zwischen Erdöl- und IndustriearbeiterInnen auf der Welt.

Nach 1973 und im Zusammenhang mit der Ökologie-Debatte wurde zwar immer wieder über Alternativen gegrübelt – nicht zuletzt deswegen, weil an die Stelle der Bergarbeiter ein erdölproduzierendes Proletariat getreten war, dessen Aufständigkeit zunehmend spürbar wurde.¹³ Aber solange sich Öl in ausreichender Menge als Bestandteil des Kapitalkreislaufs nutzen läßt, wird es im Mittelpunkt bleiben¹⁴ – zumal ein großer Teil des gesamten fixen Kapitals (Maschinerie, Transportfahrzeuge, Strom- und Wärmeerzeugung), das verwertet werden soll, an diese Energieform gebunden ist und gerade die Strategien der Auslagerung von Produktionsabschnitten an Zulieferfirmen und die Zerstreung der Produktion auf dem Transport mit LKWs beruhen.

Aber *wie* bildet Öl einen Mittelpunkt des Kapitalkreislaufs? Im Kapitalismus sind Waren nicht einfach Waren, sondern Momente des Gesamtkreislaufs des Kapitals, der sich durch die Tauschvorgänge zwischen den Einzelkapitalen und zwischen Kapitalisten und Arbeitskräften hindurch vollzieht. Wichtig ist nicht nur die allgemeine Verfügbarkeit über billiges Öl, sondern auch die Möglichkeit, den Preis dieser zentralen Waren beeinflussen zu können. So war der erste »Ölpreisschock« 1973 kein Erpressungsmanöver der Ölscheichs, die es dem Westen mal zeigen wollten, sondern Bestandteil einer internationalen Krisenstrategie gegen die Arbei-

¹³ Siehe Thekla 14, 17; Wildcat Nr. 54, 55 und 57.

¹⁴ Zwischen 1970 und 1998 ist der Bestandteil von Erdöl und -gas am Weltenergieverbrauch zwar leicht zurückgegangen, beträgt aber immer noch 60,7 Prozent (35,0 Öl, 25,7 Gas) mit aktuell wieder steigender Tendenz – im Vergleich zu 64,8 (45,3 Öl, 19,5 Gas) im Jahre 1970. Dieser Rückgang beruht aber fast ausschließlich auf der Zunahme der Kernenergie von 0,1 Prozent 1970 auf 7,4 Prozent 1998, deren Anteil aktuell wieder abnimmt; der Anteil der Kohle ist weiter von 32,9 auf 28,7 Prozent zurückgegangen; eine leichte Zunahme hat es bei alternativen Energieträgern wie Wasserkraft usw. von 2,2 auf 3,2 Prozent gegeben. (Nach »Yearbook of World Energy Statistics« der UN).

terklasse – Abbremsen des Wachstums und zugleich eine gigantische Umverteilung von proletarischem Einkommen zum Profit.¹⁵

Der Preis der Ware Öl taucht auf allen Seiten der kapitalistischen Bilanzen auf: Öl ist selber eine kapitalistisch produzierte Ware, sie wird nicht nur aus dem Boden, sondern ebenso aus der Arbeitskraft des erdölproduzierenden Proletariats (damit bezeichnen wir die Gesamtheit an Arbeitskraft, die für die Ölproduktion benötigt wird, einschließlich der Dienstleistungs-, Transport- oder BauarbeiterInnen) herausgepreßt; sie verkörpert nicht nur Wert, sondern in erster Linie Mehrwert¹⁶. Daneben enthält sie auch Bestandteile des (fixen) Kapitals, das in Form von Explorationen, Bohrgerät, Pipelines usw. vorgeschossen wurde und durch den Verkauf der Ware wieder zurückfließen muß, damit die Verwertung dieser Kapitalien – im wesentlichen sind das heute einige große Multis – gelingt. Die Ölpreissteigerungen ab 1999 lagen im dringenden Interesse dieser Kapitalien, deren Profite und Investitionen in der Phase des billigen Öls in den 90er Jahren dramatisch abgesunken waren.¹⁷ Sie standen aber im Gegensatz zu den Verwertungsmöglichkeiten des übrigen Kapitals, für das Öl ein Kostenfaktor ist, der seine Zusammensetzung bestimmt: ist Öl billiger, so können bei gleichbleibendem technologischen Verhältnis von Öl, Rohstoffen, Maschinerie und Arbeitskraft relativ mehr dieser anderen »Zutaten« des Produktionsprozesses gekauft werden, wobei es vor allem um die Ware Arbeitskraft geht, aus der allein Mehrwert herausgepreßt werden kann. Billiges Öl beschleunigt in diesen Sektoren die Akkumulation, Preiserhöhungen bremsen sie ab. Zudem bildet Öl einen großen Bestandteil der Reproduktionskosten der Arbeitskraft selber – Transport, Heizung und petrochemische Produkte machen heute einen großen Teil der proletarischen Ausgaben aus. Der Sommer 2000 hat weltweit gezeigt, wie hohe Ölpreise zu einem massiven Lohndruck seitens der Arbeiterklasse führen – in Europa waren die Regierungen mit der erschreckenden Per-

¹⁵ Siehe z.B. *Der Energiesektor als strategischer Sektor im Klassenkampf*, Autonomie/NF Nr. 11, in: Thekla 14.

¹⁶ Theoretisch betrachtet verkörpern Waren überhaupt nur Wert, weil sie Momente des Kapitalkreislaufs, also Träger von Mehrwert sind; die Wertform der Ware unterstellt ihr Fungieren als Kapitalartikel.

¹⁷ Big Oil's Priority: Pump Up the Stock Prices, Business Week v. 25.9.2000.

spektive einer gesamteuropäischen Kampfbewegung konfrontiert.¹⁸ Umgekehrt hängen der Staatshaushalt und die sozialstaatliche Sicherung des Lebensstandards in Ländern wie z.B. Saudi-Arabien oder Rußland davon ab, daß der Ölpreis nicht zu tief fällt.

Die Bedeutung des Öls und seines Preise für die kapitalistische Entwicklung bewegt sich daher in Widersprüchen. Das Öl soll nicht »zu teuer« und »zu billig« sein, d.h. es soll den Bedürfnissen der konjunkturellen Zyklen der Weltwirtschaft angepaßt werden können. Das Öl und sein Preis können nichts an der Krisenhaftigkeit des Kapitals ändern, aber aufgrund seiner Zentralität bietet es einen wichtigen Hebel, um modifizierend in den Krisenverlauf und die Klassenkämpfe einzugreifen. Darin liegt der im einleitenden Zitat so selbstverständlich behauptete Unterschied zwischen Orangen und Erdöl: in seiner Bedeutung für den globalen Klassenkampf.

Aber was hat das alles mit Afghanistan zu tun, wo es noch nicht mal Öl gibt? Oder wir könnten fragen: Was mit Tschetschenien? Was mit Bin Laden?

Der saudische Ölpreis-Puffer funktioniert nicht mehr

Das strategische Bündnis der USA mit Saudi-Arabien seit dem Ende des II. Weltkriegs¹⁹ beruhte darauf, daß dieses Land als idealer Lieferant von Erdöl zu den passenden Konditionen ausgemacht wurde: ein bevölkerungsarmes Land mit enormen Ölreserven, unter strikter Kontrolle eines feudalen Königshauses, das die einheimische, größtenteils noch beduinische Bevölkerung ruhigstellen und in der Ölproduktion vor allem migrantische Arbeitskraft ausbeuten und kontrollieren konnte. Wie kein anderes Land konnte Saudi-Arabien ohne große Probleme seine Ölförderung rauf- oder runterfahren und damit den globalen Ölmarkt beeinflussen. Der enorme Reichtum, den das Land vor allem nach den Ölpreiserhöhungen von 1973 erreichte, richtete sich keineswegs gegen die USA – im Gegen-

¹⁸ Siehe Wildcat-Zirkular 58, Dezember 2000.

¹⁹ Michael T. Klare: Die Geopolitik des Krieges, in: SoZ Nr. 24, 22.11.2001 (übersetzt aus: The Nation, 5.11.2001)

teil, es galt den USA als Hauptfinanzierer zur Unterstützung ihrer Politik. Es kaufte die modernsten Waffensysteme der US-amerikanischen Rüstungsfirmen und sprang überall auf der Welt als Geldgeber der US-Außenpolitik ein: für die afghanischen Mujaheddin, die Contras in Nicaragua, die Aufrüstung des Irak gegen den Iran nach 1979, den Golfkrieg der USA 1991 gegen den Irak. Zudem wurden die Petro-Dollars aus den Ölverkäufen zur wichtigsten Triebfeder der internationalen Finanzmärkte. Auf dem Weltölmarkt wurde Saudi-Arabien zum »swing-producer«, der mit extremen Produktionsschwankungen (von einem Maximum von 10 Mio. Barrel pro Tag 1981 bis zum Tiefststand von 3,5 Mio. 1985) den Ölpreis beeinflussen konnte.²⁰

Seit Ende der 80er Jahre zeichnet sich ab, was dann Ende der 90er Jahre zur unabänderlichen Gewißheit wurde: Saudi-Arabien wird diese Rolle aufgrund von veränderten Klassenverhältnissen nicht länger spielen können. Daher diese martialische Jagd nach anderen Ölquellen, die sich in der Bombardierung Afghanistans genauso ausdrückt wie zuvor in den Massakern des russischen Militärs in Tschetschenien.

Saudi-Arabien konnte die Rolle als »swing-producer« spielen, weil es aufgrund seiner finanziellen Reserven (100 Mrd. Dollar im Jahr 1981) im Unterschied zu anderen Ländern Einnahmeverluste wegstecken konnte. Zur Beeinflussung des Ölpreises auf dem Weltmarkt und im Sinne der Weltkonjunktur konnte es seine Förder- und Exportmenge verändern, selbst wenn dies mit verringerten Einnahmen verbunden war. Diese Situation hat sich heute in ihr Gegenteil verkehrt: im Jahr 2000 war Saudi-Arabien mit über 150 Mrd. Dollar verschuldet, was das eigene Bruttosozialprodukt übersteigt. Die saudische Ölpolitik hatte klassenpolitisch auf einem »Sozialpakt« beruht, der den einheimischen Proletariern ein fast arbeitsloses Einkommen versprach, in der Produktion und Ölförderung extrem entrechtete Arbeitsmigranten ausbeutete und repressiv gegen jede Form von Opposition vorging. Aber die Öleinnahmen – abzüglich der hohen »Sonder-Ausgaben« (z.B. 26 Mrd. Dollar für den Irak im Krieg gegen den Iran und 55 Mrd. Dollar für die Bombardierung desselben Irak durch die USA und England) – hielten nicht Schritt mit den Kosten dieses »Sozialpakts«. Saudi-Arabien hat ein extrem hohes Bevölkerungswachstum von drei bis dreieinhalb Prozent jährlich. Anfang der 70er Jahre, als

²⁰ Siehe Gregory Gause III, a.a.O.

mit den Ölmilliarden der »Sozialpakt« entwickelt wurde, lebten etwa fünf Millionen Menschen im Land, heute sind es über 20 Millionen, davon 28 Prozent Ausländer.

Als der Ölpreis 1998 auf ein historisches Tief fiel, stand Saudi-Arabien kurz vor einer schweren Finanzkrise. Das Regime war gezwungen, den Ölpreis ohne Rücksicht auf die Weltkonjunktur des Kapitals nach oben zu drücken. Im März 1999 beschloß die OPEC eine Produktionskürzung von 2 Mio. Barrel pro Tag (wovon Saudi-Arabien ein Viertel übernahm), was zusammen mit dem unerwartet schnellen Ansteigen der Nachfrage aus Asien nach der Krise '97/98 zum starken Anstieg des Ölpreis führte und dem saudischen Regime eine kurze Verschnaufpause gönnte.

Die soziale Krise in Saudi-Arabien verschärfte sich aber weiter und führte zu heftigen Kämpfen innerhalb der herrschenden Elite – wovon die Bin-Laden-Fraktion nur ein Ausdruck ist. Mit der Politik der Terrorakte gegen US-amerikanische Ziele²¹ (am 7. August 1998 die Botschaften in Kenia und Tanzania, am 11. September 2001 die Anschläge auf das WTC und Pentagon) zielt sie auf den inner-saudischen Machtkampf: durch die Zuspitzung einer Konfrontation zwischen »islamischer« und »westlicher« Welt soll der jetzt herrschenden Clique ihr wichtigster Verbündeter und ihre Stütze in den USA genommen werden. Den einheimischen Proletariern wird damit die Aufrechterhaltung des bisherigen »Sozialpakts« versprochen, der nur aufgrund der zu billigen Weggabe des Öls gefährdet sei.

Die Menschen, die am 11.9. Opfer der Anschläge wurden, waren genauso »Kollateralschäden« in diesem saudi-arabischen Machtpoker (der ähnlich auch in den anderen Ölförderländern im Nahen Osten stattfindet) wie die von Bomben getöteten Zivilisten in Afghanistan Opfer der Erschließung der kaspischen Ölvorräte und der Stabilisierung des saudischen Regimes wurden.

(Fortsetzung folgt)

²¹ Oder des positiven Bezugs auf solche Anschläge, von denen wir vielleicht nie erfahren werden, wer sie wirklich verübt hat.

Krieg und Öl

Die Industriestaaten haben ein Problem mit der zunehmenden Abhängigkeit von den Lieferungen der OPEC. In der Vergangenheit zeigte sich, daß nur die OPEC in der Lage ist, ihre Förderung noch zu expandieren (ebenso wie zu drosseln). Während der letzten Hochpreisphase war kein anderer Sektor in der Lage, die Förderung auszuweiten. Rußland ebenso wie UK/Norwegen und USA förderten schon an ihrem oberen Limit. Der Anteil der OPEC an der Weltölversorgung steigt nach dem Absinken in den 80ern kontinuierlich (1973 54%, 1985 29,7%, 2000 41,6%, nach den angeblichen Ölreserven 2015 um 60%). Deswegen ist eine strategische Forderung der US-Energie-Politik, so viele Öl- und Gasvorkommen wie möglich außerhalb der OPEC zu erschließen. Dies wurde um so dringlicher, je prekärer die politische Lage im Nahen und Mittleren Osten sich entwickelte. Die Unfähigkeit, die gesellschaftlichen Kosten für eine stabile Ausbeutung sicherzustellen, haben die zunehmende Abhängigkeit von der Versorgung mit Öl aus der Golfregion zu einem höchst riskanten Faktor für die USA und andere Industriestaaten gemacht (siehe hierzu auch den Artikel von G. Caffentzis in der Beilage zu diesem Zirkular).

Wurde früher versucht, Rußlands Einfluss auf die ölfördernden Regionen rund ums Kaspische Meer zu untergraben (Tschetschenien, Afghanistan, »Entwicklungs«-Investitionen in die zentralasiatischen und kaukasischen Länder), so ist heute Rußland ein wichtiger Partner bei der Versorgung mit Nicht-OPEC-Öl und -Gas geworden, nicht nur wegen der Kaspischen Region, sondern auch wegen der Potentiale in Sibirien.

Öl- und Gasmengen

Im Jahr 2000 erreichte die Weltölproduktion 77 Mio. bpd (Barrels pro Tag), das entspricht rechnerisch einem Jahresvolumen von über 28 Milliarden Barrel. Die prospektierten Weltölreserven werden mit über einer Billion (1000 Milliarden) Barrel angegeben (Quelle: BP-Amoco, Statistical Review of World Energy; IEA, OECD). Während die aktuellen Produktionsdaten für Erdöl realen Größen entsprechen, sind die Angaben zu den Reserven zweifelhaft, weil eine Reihe von erdölproduzierenden Ländern

(OPEC) seit vielen Jahren gleichbleibende Angaben machen, obwohl dort nicht nennenswert in Prospektion investiert wurde. Allerdings ist die Vergabe und der Umfang von internationalen Krediten von Sicherheiten, z.B. Erdölreserven abhängig. Auch ist die Vergabe von Förderquoten innerhalb der OPEC unter anderem an die Höhe der Reserven gebunden. Das führte dazu, daß in den letzten drei Jahren nach und nach alle OPEC-Länder ihre Reserven neubewerteten und dabei die Angaben verdoppelten bis verdreifachten. Bei der reinen Betrachtung der Volumina wird auch nicht berücksichtigt, daß mit zunehmender Dauer der Förderung die Ausbeutung der Restmengen einen zunehmenden technischen Aufwand erfordert und so die Förderung progressiv teurer wird.

Die Weltgasproduktion hatte im Jahr 2000 einen Umfang von über 2,5 Billionen Kubikmetern. Über die weltweiten Gasvorkommen liegen keine vernünftigen Zahlen vor.

Die erwarteten Ölvorräte in der Region am Kaspischen Meer werden derzeit – soweit veröffentlicht – auf ein Volumen von mehr als 200 Milliarden Barrel Öl geschätzt. Die Schätzungen haben sich mit fortschreitender Prospektion vervielfacht. Erst ein geringer Teil davon ist auch zur Förderung erschlossen. Das Volumen der Gasvorräte lässt sich über seismische Prospektion viel schwerer definieren. Nach jüngeren Untersuchungen werden im Bereich vom Kaspischen Meer bis nach Kirgisistan riesige Vorkommen vermutet. Über Struktur und Volumen dieser Vorkommen gibt es noch keine realistischen Zahlen.

Noch vor vier Jahren sind die Ölmengen-Schätzungen als Phantasieprodukt abgetan worden. Sie sind mittlerweile aber durch Prospektion erhärtet. In den Prospektionsprojekten wird derzeit von 150 Millionen Barrel – das entspräche ca. 15% der hochgerechneten Weltölreserven – und von 50% der Weltgasvorräte ausgegangen.

Die Ausbeutung des Öls vom Ostrand des Kaspischen Meeres, wo sich die größten Vorräte befinden, bringt besondere Probleme mit sich. Der Gehalt an Schwefel und Schwefelwasserstoffen, geologische Verhältnisse und teilweise durch frühere Ausbeutung drucklose Lagerstätten erfordern schon vor dem Transport hohe Förderkosten.

Anliegerstaaten am Kaspischen Meer sind Rußland, Kasachstan, Turkmenistan, Iran und Aserbeidschan. Östlich vom Kaspischen Meer in der turkmenischen Wüste und im weiter zurückliegenden Usbekistan finden

sich auch noch Öl- und Gaslagerstätten. In Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan werden weitere vermutet.

Die Grenzziehung im Meer ist umstritten. Sie wird vor allem von Iran angefochten, dem Rußland, Kasachstan und Aserbeidschan nur 12,5% der Meeresfläche zugestehen wollen. Juristisch ist das offen. Die iranische Regierung beruft sich auf Verträge mit der Sowjetunion von 1921 und 1940, welche die einseitige Nutzung der Rohstoffe durch einen der Anliegerstaaten verbieten. Das entspricht nach internationalem Recht der Definition des Gewässers als Binnensee (gemeinsame Nutzung). Die anderen definieren es als offenes Meer, dann liegen die Rechtsverhältnisse so, daß die Meeresfläche ausgehend von den bestehenden Landesgrenzen, die auf dem Meer nach einem festgelegten Berechnungsverfahren fortgeschrieben werden, aufgeteilt wird. Die Realität sieht gegenwärtig so aus, daß Defakto-Verhältnisse geschaffen wurden und die völkerrechtlichen Verhandlungen immer wieder vertagt werden. Aserbeidschanische (BP!-)Prospektionsschiffe wurden am 23. Juli 2001 vom Iran schon militärisch bedroht. Andererseits demonstrierten türkische Jets über Baku militärische Unterstützung für Aserbeidschan.

Rußland

Der Staat Rußland hängt in hohem Maß vom Öl und vom Preis des Öls ab. In manchen Jahren machten Öl- und Gas bis zu 44% der gesamten Exporte aus. Eine Variation des Ölpreises um einen Dollar/Barrel verändert die russischen Einnahmen um 850 Millionen Dollar. Bis 1998 fiel der Ölpreis auf weniger als 10 Dollar und führte zum Zusammenbruch des Rubels, Zahlungsunfähigkeit des Staates und katastrophalen Verhältnissen in der russischen Ökonomie. Diese Verhältnisse ermöglichten andererseits die Konzentration der russische Erdölindustrie unter Einsatz mafioser Mitteln in den Händen sogenannter Oligarchen.

Vom Tiefstpunkt 1998 stieg der Ölpreis bis auf über 36 Dollar bis September 2000 an. Diese enormen Deviseneinnahmen ermöglichten der Regierung Putin, Renten und Löhne pünktlicher auszuzahlen, den zweiten Tschetschenienkrieg zu finanzieren, den Zugriff auf die Nachfolgestaaten wieder zu konsolidieren und die Wahlen im März 2000 zu gewinnen. Die Inhaber der vier großen Ölfirmen Rußlands (Lukoil, Jukoil, Interrosneft-Sidanko, Sibneft) finanzierten den Wahlkampf Putins mit.

Der erste Tschetschenienkrieg, in dem die separatistische Bewegung durch Saudi-Arabien und andere unterstützt wurde und der im Ergebnis westlichen Interessen folgte, zerschlug die bedeutende petrochemische Industrie und vertrieb das aufsässige Proletariat von den Produktionsmitteln. **Die historische Pipeline von Baku zum Schwarzen Meer** wurde in Tschetschenien mehr als 100mal unterbrochen und angezapft. Das Öl wurde sogar in klandestinen Raffinerien weiterverarbeitet und auf dem schwarzen Markt vertrieben. Über eine Umgehungspipeline kann mittlerweile wieder Öl aus den alten Ölfedern bei Baku zum Schwarzen Meer fließen.

Der Zerfall der Sowjetunion öffnete für die USA und andere Industriestaaten den Zugang zu den Ölressourcen des Kaspischen Meeres. Sie unterstützten die zentrifugalen Tendenzen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion in Zentralasien und investierten in großem Umfang in Prospektion, Förder- und Verarbeitungsanlagen in Kasachstan und Turkmenistan. Rußland verlor mit dem Ende der SU bis auf einen kleinen Anteil auf seinem Territorium den Zugang zu den kaspischen Ölquellen, behielt aber das Monopol auf die Transportsysteme, solange keine andere effiziente Pipeline möglich wurde. 1996 reduzierte es unter dem Vorwand zu hohen Schwefelgehaltes (der schon immer so hoch war) den Weitertransport des Öls. Unter diesem Druck erreichte es die Finanzierung (Milliarden Dollar) einer **neuen Pipeline von den kasachischen Ölfeldern durch Rußland nach Noworossijsk am Schwarzen Meer** durch das Exploitationskonsortium von Chevron, Mobil, Lukoil (Rußland), Oman und Kasachstan (in der Reihenfolge der Größe ihrer Beteiligungen) und behielt so weiter die Kontrolle über einen expandierten Export des Kaspischen Öls.

Die US-Regierung forcierte zunächst den Ausbau einer **südkaukasischen Westtrasse**. Ein internationales Konsortium mit sehr breit gefächerter Finanzierung (Amoco, Unocal, Exxon und Pennzoil aus den USA mit Beteiligungen aus Großbritannien, Aserbeidschan, Lukoil, Norwegen, Japan, Türkei, Saudi-Arabien und anderen) konstruierte eine Pipeline im Süden des Kaukasus von Aserbeidschan durch Georgien zum Schwarzen Meer. Eine Unterwasserpipeline durch das Kaspische Meer sollte auch das Öl von der Ostseite des Kaspischen Meeres dieser Leitung zuführen. Diese wurde von Rußland verhindert. Seit 1999 transportiert die südkaukasische Pipeline eine reduzierte Menge Öl. Sie ist auf Grund der besonderen Bedingungen erst ab einem Ölpreis von ca. 25 Dollar rentabel. Die Türkei

behindert den Abtransport durch den Bosphorus und läßt nur relativ kleine Tanker passieren (für sehr große wäre die Passage ohnehin auch mit Ausbau nicht möglich). Sie fordert den Weiterbau der Pipeline quer durch die Türkei nach Ceyhan an ihrer südöstlichen Mittelmeerküste. Diese wäre allerdings erst nach einem endgültigen Abschluß des Krieges um Kurdistan möglich. Nach Aussage eines BP-Bosses ist diese Weiterführung aber nur mit dem ostkaspischen Öl rentabel.

Rußland unterstützt Armenien im Konflikt mit Aserbeidschan um Berg-Karabach, von wo aus die Pipeline leicht bedroht werden kann. Separatistische Bewegungen in Südossetien und Abchasien, wo Rußland auch Truppen stationiert hat, bedrohen Georgien. Der georgische Staat, der unter den Versprechungen der USA, Deutschlands und anderer auf völlige Unabhängigkeit von der GUS und sogar Anschluss an die NATO gesetzt hatte, geriet unter übermächtigen Druck Rußlands und wird in wiederkehrenden Abständen mit Intervention russischer Truppen bedroht. Die Wirtschaft ist nahezu zum Stillstand gekommen, im letzten Winter ließ Putin unter dem Vorwand der Kollaboration mit den »Terroristen« auch die Gasversorgung Georgiens abstellen. Stromversorgung und Heizungen waren mitten im Winter blockiert. Schewardnadse kehrte unter dem unmittelbaren Eindruck der russischen Gräueltaten in Tschetschenien und der doch begrenzten Zuwendungen der westlichen Staaten kleinlaut in die GUS zurück.

Die Bedeutung des zweiten Tschetschenienkrieges als Drohinstrument beschränkt sich nicht nur auf Georgien. Auch die GUS-Ölländer Aserbeidschan, Kasachstan, Turkmenistan bekamen vor Augen geführt, daß es für das Überleben ihres Regimes keine Alternative zum Zusammenschluß in einer antiterroristischen Allianz der GUS-Staaten gibt. Sie stehen unter dem direkten Druck des russischen Staates und anderer Nachbarstaaten (z.B. Iran vs. Aserbeidschan) sowie separatistischer, oppositioneller und islamischer Bewegungen, die sich aus Unterdrückung, Verelendung, Verseuchung und dem Haß auf die alles durchdringende Korruptiertheit speisen, denn anderes hat der Ölreichtum den Menschen dieser Regionen zwar verheißen, aber noch nicht gebracht. In einigen Ländern sind mittlerweile auch russische Beschützer stationiert.

Schon die Sowjetunion versuchte den Befreiungsschlag aus der zentral-kontinentalen Lage hin zum Weltölmarkt, als sie den Putsch in Afghanistan unterstützte und danach mit ihren Truppen einrückte. Der – nach

Vietnam – arrogant-dämliche Glaube an die Überlegenheit von Militärtechnik setzte einen der letzten Nägel am Sarg der Sowjetunion.

Zentralasiatische GUS-Republiken und Aserbeidschan

Die Entwicklung nach dem Ende der Sowjetunion verlief in den zentralasiatischen Republiken und in Aserbeidschan ähnlich. Ehemalige Parteikader – oft aus dem Sicherheitsapparat – setzten auf ethnizistisch/anti-russische Propaganda und brachten die Kontrolle über den Machtapparat an sich. **Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan** und **Aserbeidschan** entwickelten sich so in zunehmende Autonomie. **Kirgisistan** und **Tadschikistan** gerieten schnell wieder in militärische Abhängigkeit von Rußland: Regionale Milizen, welche die entlegeneren Teile der beiden Länder beherrschten und die Pfründe aus Rauschgifthandel und Transit einstrichen, konnten nur mit Hilfe der russischen Armee davon abgehalten werden, den flächenmäßigen Großteil dieser Länder unter ihre Kontrolle zu bringen.

Ein Beispiel für die Entwicklung in den anderen Staaten: In **Kasachstan** wurden nach der Unabhängigkeit alle ethnischen Russen, Deutsche u.a. aus Staats- und Leitungsfunktionen bis zu den untersten Chargen (z.B. Hausmeister) entfernt und durch ethnische Kasachen ersetzt. (Zur sowjetischen Zeit waren alle höheren Positionen russisch dominiert.) Das hatte zur Folge, daß die gesamte Struktur zusammenbrach, und die von dieser Säuberung Betroffenen emigrierten. Gesundheitswesen, Produktion, Transport und Verwaltung kamen bald zum Erliegen. Der Haupterwerbszweig breiter Bevölkerungsmassen wurde zunehmend das Ausschachten der Infrastruktur. Alles, was verkäuflich war, wurde bei Nacht und Nebel demontiert und nach China/Xinjiang verschoben und trug so zur Entwicklung Westchinas bei. Stromzähler, Wasser- und Gasleitungen, Türbeschläge und Armaturen, elektrische Leitungen, die Kabel von den Masten verschwanden über Nacht mitsamt ihren Isolatoren. Soweit in Fabriken überhaupt noch produziert wurde, kamen sie zum Erliegen, weil über Nacht die Produktionsmittel verschwanden: Schienen, Kräne, Maschinen, Werkzeuge und die letzten Kleinteile wurden demontiert und verschoben. Der Machtapparat wurde aufgebläht. Die Straßen des Landes wurden von einer mit dem Sicherheitsapparat identischen oder vercliqueten Mafia beherrscht, die für alle Bewegungen und Transporte Schutz- oder Strafgel-

der kassierten oder die Waren und Fahrzeuge gleich auf dem schwarzen Markt verschwinden ließen. Der Präsident Nasarbajew ließ mittlerweile eine neue Hauptstadt im Niemandsland aus dem Boden stampfen. Für die Nutzung und Aufrechterhaltung nicht oder nur mit riesigem finanziellem Aufwand verlagerungsfähiger strategischer Zentren, wie des Raumfahrtzentrums Baikonur oder des Atomtestgebiets bei Semipalatinsk im Norden, zahlt Rußland Gebühren und betreibt deren Unterhalt. Für die Subventionierung des Lebensunterhalts der Bevölkerung ist die Regierung auf den ununterbrochenen Fluß von Geldern aus dem Gas- und Ölgeschäft, sowie auf ausländische Hilfe angewiesen.

Unter dem Eindruck der Gewalttätigkeit des russischen Regimes in Tschetschenien, finanziellen Zuwendungen und des Know-Hows Rußlands in Bedrohung/Absicherung des Regimes sowie der immer noch vorhandenen geostrategischen Isolation kam die zentrifugale Bewegung K.s zum Erliegen. Bei der Stabilisierung der GUS spielt das Kasachstan Nasarbajews heute eine wichtige Rolle.

In **Usbekistan** war die Macht des Präsidenten Karimow nicht unangefochten. Ein riesiger Sicherheitsapparat, der jede Anzweiflung des Regimes brutal verfolgt, die Opposition inhaftiert, gefoltert, umgebracht oder vertrieben hat, dominiert das Land. Regimekritische Informationen werden von vorneherein unterbunden. Karimow selbst stellt sich als islamistisch dar, um der einzig noch existierenden Gefahr – den Fundamentalisten in den Koranschulen und Moscheen – den Wind aus den Segeln zu nehmen. So durfte im Lande auch nicht darüber gesprochen werden, daß bei der US-Intervention in Afghanistan dieses Land der wichtigste Stützpunkt der USA im Norden ist. Nach offizieller Version gibt es im Lande keine US-Soldaten und -Flugzeuge, obwohl ganze Stützpunkte für sie freigemacht wurden.

Turkmenistan hat keinen Anschluss an den Weltmarkt für seine großen Öl- und Gasvorkommen. Es gibt keine Verbindung zu den russischen/kasachischen Pipelines. Ein Projekt zum Anschluss an die wirtschaftlich und politisch prekäre südkaukasische Pipeline zum Schwarzen Meer quer durch das Kaspische Meer ist an Rentabilitätsproblemen zum Glück gescheitert; das ökologische Desaster wäre riesig gewesen. Die Regierung kooperiert mit dem Iran, der turkmenisches Öl in sein Inlands-Netz einspeist.

Nach dem Zusammenbruch der SU kann dieses riesige Ölvorkommen nicht mehr nur von Satelliten aus untersucht werden, es ist jetzt auch für westliche Investitionen offen. Weder Rußland noch die anderen SU-Nachfolgestaaten haben das Kapital und das Know-How für die aufwändige Ausbeutung dieser Ressourcen. Ein Wettrennen um die Förderung und den Bau von petrochemischen Anlagen findet statt. Dabei ist charakteristisch, daß Konsortien die Investitionen tätigen, die angesichts der Risiken eine breite Streuung aufweisen. Die Investitionsverträge westlicher Ölfirmen werden derzeit auf über 100 Milliarden Dollar geschätzt. 11 US-Gesellschaften, 24 andere westliche und 2 russische Firmen betreiben 40 Förderprojekte.

Ein Beispiel für Probleme, die bei der Konkurrenz um diesen Markt auftreten können, ist ein deutsch-kasachisches »Gemeinschaftsprojekt«. RWE-DEA und die Erdöl- und Erdgasgesellschaft Berlin gründeten mit der staatlich-kasachischen Juschneftegaz ein Joint Venture zur jährlichen Förderung von 600 000 Tonnen Öl in Südkasachstan. Die erforderlichen Investitionen von 300 Millionen DM wurden von den deutschen Firmen aufgebracht. Da es von dort keine Transportmöglichkeit nach Deutschland gibt, sollte es auf den einheimischen Markt gebracht werden. Im Gegenzug sollte von staatlichen Quellen im Nordwesten des Landes dieselbe Menge Öl durch die russische Pipeline zu Weltmarktpreisen nach Deutschland geliefert werden. Nachdem die Anlagen fertig waren und zum ersten Mal die volle Menge gefördert wurde, verkaufte die kasachische Regierung ihre Anteile an die kanadische Firma Hurricane HC. Seither „fühlt sich die kasachische Regierung nicht mehr an das Tauschgeschäft gebunden“ und liefert kein Öl für das deutsche Konsortium in die Pipeline. Der Schwiegersohn des Präsidenten und ein ehemaliger Regierungschef teilen derzeit den kasachischen Markt für Ölprodukte untereinander auf, und das deutsche Projekt stört dabei.

Es ist offensichtlich, daß auch wirkliche Macht oder Bündnisse mit Firmen, hinter denen wirkliche Mächte stehen, erforderlich sind, um auf diesem Markt Erfolg zu haben – oder man muss sich auch im Chor der militärischen Mächte etablieren.

Das westliche Kapital hat also die Hand am Ölhahn, aber das Produkt noch lange nicht zu profitablen Konditionen auf dem Weltmarkt.

Die Profite aus Erdöl werden nicht nur durch die Förderkosten und die Qualität des geförderten Öls bestimmt, sondern vor allem auch durch die Kosten des Transports, wobei der Seetransport mit Großtankern nicht so sehr ins Gewicht fällt wie der Transport durch Pipelines. Es entstehen sehr hohe Investitionskosten, Kosten für Unterhalt der Pipeline und Bewegung des Öls sowie politische Kosten für Transit und Sicherheit. So kostet der Transport von Öl in den Ländern am Persischen Golf zwischen 0,25 und 1 Dollar pro Barrel, Nordseeöl ca. 1,7 Dollar, Kaspisches Öl durch Rußland ca. 6 Dollar und Sibirisches Öl zwischen 5,5 und 7 Dollar. (1 Barrel = 159 Liter)

Ein hoher Ölpreis ist Voraussetzung für gewinnbringende Ausbeutung der kaspischen Ressourcen.

Kostengünstige und politisch sichere Pipelines mit optimaler Anbindung an den Weltmarkt sind eine andere Determinante des Profits.

Im folgenden werden verschiedene Transportwege und ihre Probleme besprochen:

Die Trasse nördlich des Kaukasus

Die südkaukasische Trasse

Die Südtrasse durch den Iran zum Persischen Golf

Die Südost-Trasse durch Turkmenistan, Afghanistan, Pakistan

Die Ostrasse durch China.

Die **Trasse nördlich des Kaukasus durch Rußland** und die **südkaukasische Trasse** wurden oben schon beschrieben.

Die **Iran-Trasse**

Die geographisch kürzeste und billigste Route würde durch den Iran an den Persischen Golf mit seinen entwickelten Ölhäfen und Verarbeitungsanlagen führen. Es gibt im Iran schon jetzt ein ausgedehntes Pipeline-System. Turkmenistan, das in den Konflikten um das Kaspische Öl mit dem Iran kooperiert, hat 1997 eine Gas-Pipeline in den Iran eröffnet. Die

iranische Regierung will den Bau einer Pipeline für das kaspische Öl quer durch ihr Land. Der Boykott der US-Regierung verhinderte bisher jedes Engagement von US-Ölkonzernen in diesem Land, von deren Seite aber schon wiederholt versucht wurde, die Regierung zur Lockerung der Sanktionen zu bewegen. Ölfirmen aus anderen Ländern (Frankreich, Italien, Niederlande, Spanien, Indien, Rußland und China) haben Ölgeschäfte mit dem Iran abgeschlossen oder stehen in Verhandlungen. Relativ unbeachtet fand jetzt im Zusammenhang mit dem Afghanistan-Krieg eine Intensivierung der Kontakte zwischen den Regierungen und die Demonstration von Akzeptanz durch die US-Regierung statt: Rumsfeld erklärte (am 11. Nov.), daß Iran »ein legitimes Interesse« daran hat, »was in diesem Land vorgeht« (Afghanistan ist gemeint) und daß iranische »Verbindungsleute« neben »amerikanischen« in Afghanistan aktiv sind. Die beiden Außenminister hatten am 12. November einen als »kurz, aber freundlich« bezeichneten Austausch am Rande der UN-Vollversammlung. Bei derselben Gelegenheit war eine »6+2-Konferenz« geplant: US- und Rußlands Regierung auf der einen Seite und Vertreter einiger an Afghanistan angrenzender Staaten, darunter Iran, auf der anderen Seite. Zwischen dem 10. und 12. November trat Chatami auch in den verschiedensten US-Fernsehprogrammen als respektabler Repräsentant der iranischen Reform auf.

Zur Lage im Iran

Der iranische Staat steht gewaltig unter Druck. Die industrielle und handwerkliche Produktion ist wegen der außenwirtschaftlichen Isolation des Landes und fehlenden Reparatur- und Innovationsinvestitionen stark zurückgegangen. Die vom stabilen hohen Ölpreis begünstigten Einnahmen des Landes versickern in der mittlerweile stark ausgeweiteten Korruption, der aufgeblähten Bürokratie, dem Sicherheitsapparat und – immer noch – in der Bedienung des Kriegs-Schuldendienstes. Die Arbeitslosigkeit liegt zwischen 40 und 50%, »Unterbeschäftigung« bei 75%. Die Inflationsrate beträgt offiziell um 20% jährlich. Die Bevölkerung ist innerhalb von 20 Jahren von 40 auf 70 Millionen angewachsen. 70% sind jünger als 25 Jahre. Unter ihnen ist die Arbeitslosigkeit etwa doppelt so hoch. Absolventen mit höherem Ausbildungsniveau haben kaum Chancen auf einen entsprechenden Job. Die Zahl gut ausgebildeter jugendlicher Migrantinnen –

besonders nach USA und Kanada – wird in diesem Jahr auf 200 000 geschätzt. Der Kampf gegen diese Verhältnisse initiierte den studentischen Protest. Von dieser Seite wird die Öffnungs- und Wirtschaftspolitik der derzeitigen Regierung unterstützt. Seit drei Jahren gibt es viele Arbeiterkämpfe – mit zunehmender Tendenz. Sie richten sich gegen die gravierenden Verschlechterungen in den Arbeits- und Lebensverhältnissen. Unter Ausnutzung der Arbeitslosigkeit werden Löhne nicht oder nicht vollständig bezahlt. Für die vielen Betriebe unter fünf Beschäftigten wurden die Arbeitsgesetze aufgehoben. Besonders in der Textil-, Teppich- und Lederindustrie finden Kämpfe (Streiks, Straßen- und Autobahnblockaden, öffentliche Protestaktionen vor Behörden und Parlamenten) wegen Nichtbezahlung statt.

Die Programmatik der hier so hochgelobten »Reform«-Fraktion versucht, die ökonomische Isolation zu durchbrechen und in Übereinstimmung mit dem IWF, über Privatisierungen und Sonderkonditionen Direktinvestitionen aus dem Ausland hereinzuholen.

Die Südost-Trasse durch Turkmenistan, Afghanistan, Pakistan

Um nach dem Scheitern der sowjetischen Pläne eine Trasse zum Indischen Ozean machtpolitisch durchzusetzen, nachdem sich die Taliban-Fraktion mit Hilfe der US-Saudischen Koalition gegen die anderen Fraktionen in Afghanistan durchgesetzt hatte, machte sich ein Konsortium unter Führung der kalifornischen Unocal daran, die Pipeline durch Afghanistan und Pakistan zu realisieren. Das Konsortium bestand aus: Unocal (USA) und Delta-Oil (Saudi Arabien) gemeinsam 85%, Turkmenrusgas 5%, Gazprom 10% (zog sich im Juni 98 aus dem Projekt zurück), Crescent Group (Pakistan), Hyundai E&C, Inpex (Indonesien) und Itochu (Japan). Als erstes war eine Gas-Pipeline von den Dauletabad-Gasfeldern in Turkmenistan über Herat (Afgh.), Kandahar nach Quetta in Pakistan geplant (2 Milliarden Dollar); danach eine Öl-Pipeline mit einer Kapazität von 1 Million Barrel/Tag von den Raffinerien in Tschardschu an der usbekisch-turkmenischen Grenze zur Arabischen See. Die Kosten wurden auf 2,5 Milliarden Dollar geschätzt. Tschardschu wäre ein Knotenpunkt, an den sowohl das westsibirische als auch das kaspische Öl angeschlossen werden könnten. Die Verträge zum Bau der Gas-Pipeline wurden im Januar 1998 von der Taliban-Regierung unterzeichnet. Das Gebiet war auf der ganzen Strecke

gesichert. Die Taliban hatten die Nordallianz in den äußersten Nordosten zurückgedrängt und, nach Bruch der Vereinbarungen mit der schiitischen Minderheit, den Westen des Landes – traditionell iranisches Einflußgebiet – mit der Provinz Herat vollständig unter ihre Kontrolle gebracht. Im März definierte Unocal »Verzögerungen« bei der Finanzierung, im Juni stieg Gazprom aus, im August – nach den Luftangriffen auf Stützpunkte von Al Quaida in Afghanistan – sprach Unocal von politischen Problemen und stieg im Dezember endgültig aus dem Projekt aus. Im April 99 beauftragten Pakistan, Turkmenistan, und die Taliban-Regierung das Konsortium, jetzt unter Leitung der saudi-arabischen Delta-Oil, das Projekt der Gas-Pipeline in Angriff zu nehmen.

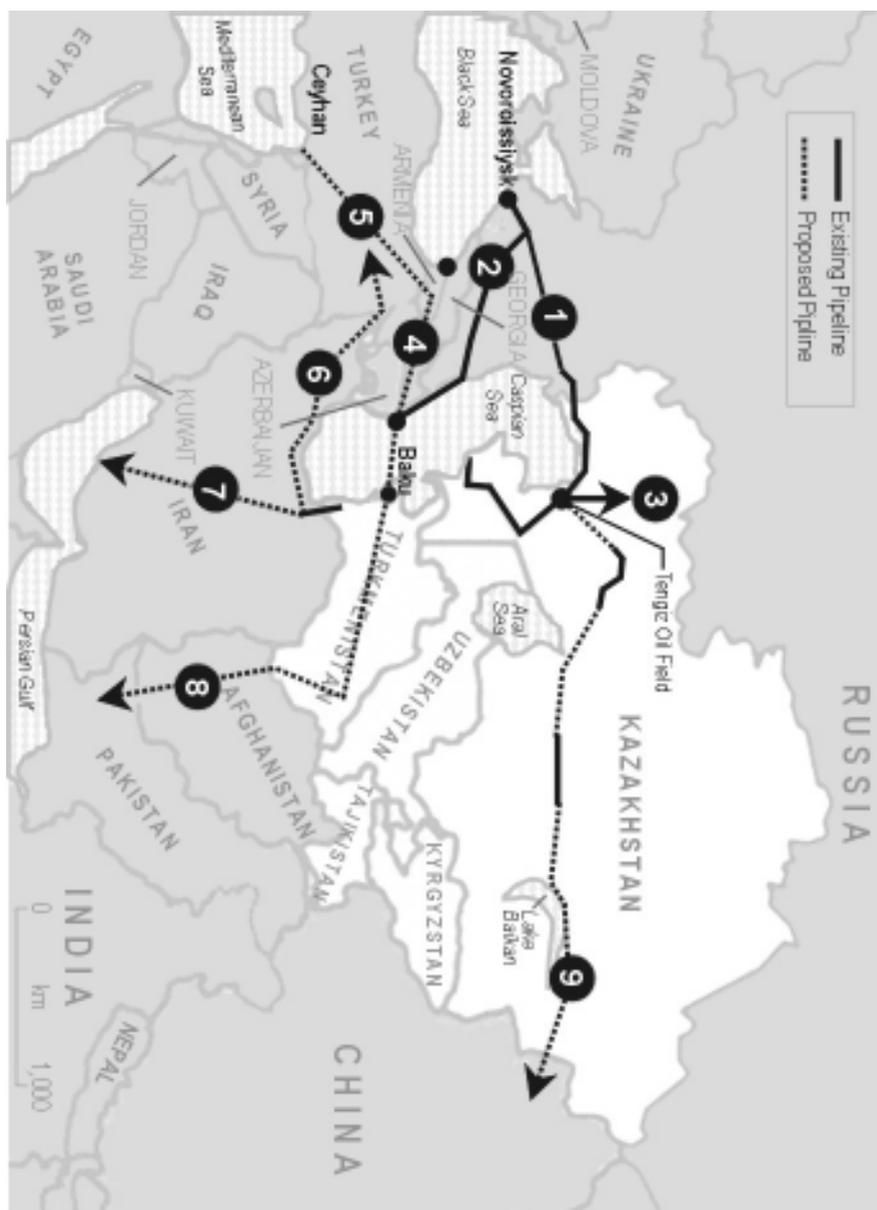
Zur Lage in Saudi-Arabien

Für Saudi-Arabien kommen die politischen und militärischen Anstrengungen der USA, ihren Machtanspruch in den Ölregionen der Welt nicht nur verbal einzufordern, auch innenpolitisch äußerst ungelegen. Die Ersetzung des Ölproletariats im Zuge des Golfkriegs verschaffte an dieser Front fürs Erste Ruhe. Die aufsässigen Proletarier palästinensischer, ägyptischer, jemenitischer, nordafrikanischer und anderer Herkunft wurden vertrieben und ihre Kampf- und Kommunikationsstrukturen zerschlagen. 90% des privaten und 70% des öffentlichen Sektors sind aber weiterhin von ausländischer Arbeitskraft abhängig.

Das Pro-Kopf-Einkommen ist über zwei Drittel gesunken. Die Geburtenrate ist hoch, die Mehrheit der Bevölkerung ist unter 15 Jahre alt. Die früher vielgerühmte Infrastruktur ist besonders im Gesundheits- und Bildungssektor zerfallen. Die Beschäftigungslosigkeit bei männlichen College-Abgängern liegt über 30%, die Beschäftigung von Frauen ist in vielen Bereichen verboten. Unter dem Druck des ökonomischen Niedergangs gewinnen ethnische und religiöse Unterschiede an Brisanz. Ungefähr 12000 junge Saudi-Araber waren im Afghanistan-Krieg gegen die Sowjet-Union. Jetzt fokussieren sich die Konflikte auf die Politik der uneingeschränkten politischen und religiösen Herrschaft. Die Stationierung von US-Truppen im Lande, die Zulassung internationaler Ölkonzerne zur Erschließung saudi-arabischer Gasfelder heizen die Konflikte an, die früher durch Zuwendungen aus den Öleinnahmen beruhigt werden konnten. (siehe hierzu G. Caffentzis in der Beilage zu diesem Zirkular)

Die Ost-Trasse

Nach Osten wurde eine Trasse durch China bis zum Pazifik zur direkten Erschließung des chinesischen, japanischen und koreanischen Marktes in Betracht gezogen. Mit infrastrukturellen Arbeiten, wie Telekommunikationsverbindungen, ist auf dieser Trasse ein Siemens-geleitetes Konsortium beschäftigt. Die brutale Bekämpfung separatistischer Bewegungen in Xinjiang durch die chinesische Regierung mag damit in Zusammenhang stehen. Auf den ersten Blick scheint eine solche Trasse mit dem Überseetransport vom Persischen Golf aus kostenmäßig nicht konkurrieren zu können. Zur Entwicklung der chinesischen Westregionen könnten direkte Gas- und Ölan schlüsse zu den zentralasiatischen Feldern allerdings einen wichtigen Beitrag leisten.



Die in Krieg und Öl beschriebenen Pipelines findet ihr auf der Karte:

Die Trasse nördlich des Kaukasus - 2

Die südkaukasische Trasse - 4

Die Südtrasse durch den Iran zum Persischen Golf - 7

Die Südost-Trasse durch Turkmenistan, Afghanistan, Pakistan - 8

Die Osttrasse durch China - 9

Weiterhin krank

90er Jahre: wenig Entwicklung in den Ausbeutungsverhältnissen des Kapitalismus in Deutschland

Die Produktivität ist hoch, der Produktivitätszuwachs gering: Nach wie vor ist der Kapitalismus in Deutschland vom Krankheitsbild der Eurosklerose befallen – also der Verkrustung von sozialen Verhältnissen aller Art, von denen behauptet wird, sie seien im Musterland des (Neo-)Liberalismus – den USA – schon längst aufgebrochen. Es gab auch hierzulande Veränderungen in den 90er Jahren, aber nur wenige und nur ansatzweise. Darüber dürfen die vielen Schlagwörter und Propagandawellen – von der »Gruppenarbeit« bis zur »Globalisierung« – nicht hinwegtäuschen. Im Gegenteil, gerade die Atemlosigkeit, mit der sich die Schlagwörter abwechselten, beweist ihre weitgehende Wirkungslosigkeit in der Ausbeutungspraxis einerseits, und andererseits ist die wesentliche Veränderung der 90er eine ideologische: Die »Arbeiter«-klasse hat sich politisch vorübergehend abgemeldet, weil niemand mehr ArbeiterIn sein will.

Das Aufregendste in den 90ern waren die Veränderungen in den fünf neuen Bundesländern (FNL), mit der Deindustrialisierung, den massenhaft vorkommenden Brüchen in Lebensgeschichten, der Intervention des »Sozialstaats«, der dort alle möglichen neuen Formen von Arbeit und Arbeitsverhältnissen ausprobiert oder entwickelt hat, neue Formen allerdings, die sich bis jetzt doch nur am Rande befinden. Das Verhältnis Ost-West gehört noch immer zu den spannendsten Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterklasse. Die Lebensbedingungen gleichen sich langsam, sehr langsam an. Das ist direkt dem Staat zu verdanken, der größere Unterschiede auf dem Markt abschwächt, indirekt aber wohl auch den Kämpfen wie in Bischofferode u.a. und dem anfangs eher zurückhaltenden Arbeitsverhalten. Es gibt immer noch genug Gründe für die Statistiker, zwei getrennte Listen zu führen. Auf der anderen Seite mag das Vorhandensein des Arbeitskräftepotentials der FNL auch größere Entwicklungen

in Deutschland-West verhindert haben. Schätzungsweise eine halbe Million sind im Saldo nach Westdeutschland gezogen; wie viele zur Zeit täglich oder wöchentlich pendeln, ist mir nicht bekannt, aber sie mindern etwas den Facharbeitermangel und möglicherweise auch den mit Mangel normalerweise einhergehenden Anstieg der Löhne.

Vom Anschluß der DDR und seinen Direktfolgen abgesehen haben wir alles in allem ein Jahrzehnt mit wenig Veränderungen hinter uns. Auf vielen Ebenen gibt es noch immer sowas wie eine Hängepartie, zu deren produktiver Auflösung ganz andere Maßnahmen notwendig scheinen. Das betrifft die durch den Staat vermittelte relative Gleichheit in Bezug auf Wohlstand/Einkommen; das betrifft die Produktivität der Arbeit und die nur ansatzweise stattgefundene Neuzusammensetzung.

Es gab wenig Kämpfe; die Zahl der Streiktage (pro 1000 Beschäftigte) lag in den 70ern bei 52, in den 80ern bei 27 und in den 90ern bei 12 mit fallender Tendenz während des Jahrzehnts (im Vergleich etwa Griechenland und Spanien mit je 300; Österreich, Japan mit 4)¹. Der Krankenstand ist kontinuierlich gefallen (im Osten von einem sehr niedrigen Niveau aus gestiegen, um heute etwas höher zu sein als im Westen)².

Dennoch sind im Westen die Bruttoreallöhne etwa gleich geblieben, während die Nettoreallöhne gefallen sind – der Staat finanziert sich über die Einkommenssteuer und über Lohnabgaben³. Im Osten sind die Löhne gestiegen. Die Einkommen über den Markt sind unterschiedlicher geworden – etwa zwischen ArbeiterInnen und Angestellten oder zwischen regulären ArbeiterInnen und Prekären. Die tatsächlich verfügbaren Haushaltseinkommen sind allerdings tendenziell etwas gleicher geworden, v.a. über die staatlichen Zuwendungen im Osten.

Tatsächlich scheint die Zahl der »blauen ArbeiterInnen« im Großen und Ganzen gleich geblieben zu sein; das bedeutet allerdings einen relativen Rückgang, weil die Zahl der Erwerbspersonen um 1 Million (auf 40 Millionen) zugenommen hat. Zugenommen an Zahl und Gewicht hat der

¹ IWD 18-2001

² Die Bundesregierung, Sozialpolitische Umschau, 25, 266/2001

³ DIW-Wochenbericht 19/00

Dienstleistungssektor. So haben etwa die Berufsgruppen der »Professionals« (AkademikerInnen oder Gleichgestellte; Freiberufler) um 1 Million, die VerkäuferInnen um eine halbe Million zugenommen⁴.

Der sog. »Dienstleistungssektor« ist natürlich eine statistische Größe, mit der man nix anfangen kann. Zum Teil gehört er direkt zur Fabrik, industrielle Dienstleistungen etwa oder die Leiharbeiter, die Putzkolonnen oder ein Teil der Sicherheitskräfte. Und zu einem anderen Teil unterliegt er selbst einer Tendenz zu einer fabrikmäßigen Organisation der Arbeit, etwa im Gesundheitsbereich, im Transportgewerbe oder jüngst bei den CallCentern.

Im »Dienstleistungssektor« werden Modelle entwickelt bzw. ausprobiert, die so oder so auf die Gesellschaft ausstrahlen, mit anderen Worten, der Dienstleistungssektor war das dynamischere Terrain der Auseinandersetzung um die Arbeit. Befristungen, Leiharbeit, Selbstständigkeit, geringfügige Beschäftigung, kommunale Zwangsarbeit – aber auch, und vielleicht als gesellschaftliches Leitbild viel wichtiger, die angeblich so hochmotivierenden und so hochbezahlten Jobs in der IT-Branche.

Man darf die allgemeine Flexibilisierung nicht überschätzen. Immer noch arbeiten 2/3 aller abhängig Beschäftigten im Normalarbeitsverhältnis⁵, also auf einer unbefristeten Vollzeitstelle. Am wichtigsten sind die Befristungen, sie haben im Westen von 5 auf 7 Prozent, im Osten von 10 auf 13 Prozent zugenommen⁶. Am stärksten gewachsen ist die Leiharbeit, aber mit etwa 600 000 Betroffenen im Jahr 2000 immer noch auf niedrigem Niveau⁷. Die leichte Zunahme der Selbstständigkeit hat die Abnahme der Zahl der Landwirte nicht kompensiert.

Die leichte Abnahme der Zahl der aktiven ArbeiterInnen könnte im wesentlichen dem Rückgang der Bauindustrie geschuldet sein, so daß ich davon ausgehe, daß die Zahl der Fabrikarbeiter gleich geblieben ist; auch wenn sich eine leichte Verschiebung z.B. in Richtung Leiharbeit, Wartung durch Fremdfirmen etc. ergeben hat.

⁴ ILO Laborsta, (1993 -99)

⁵ IAB Kurzbericht 2/98

⁶ IGMetall (91-99)

⁷ Bundesverband Zeitarbeit

Abgenommen hat nicht die pure Größe, wohl aber ihre Bedeutung im gesellschaftlichen Diskurs. Ihr erinnert Euch, wir mußten in der zweiten Hälfte der 90er sogar manchmal den Leuten erklären, daß es nach wie vor Fließbänder gibt...

Die Veränderungen in Bezug auf Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse, der Arbeit, sind mehr Schein als Sein, d.h. es gab viel Propaganda um Dienstleistungssektor, Flexibilisierung, Gruppenarbeit und dergleichen, aber die wesentlichen Veränderungen kommen dabei eher daher, daß diese Propaganda auch tatsächlich jeweils geglaubt worden ist. Nicht aus Dummheit, sondern weil sich Ängste und Hoffnungen damit verbinden ließen: und das hat dann zu wirklich interessanten Entwicklungen geführt - niemand will mehr ArbeiterIn sein, die alte Kollektivität (einer für alle, alle für einen) ist ziemlich verschwunden. Die Gesellschaft hat sich individualisiert – außer möglicherweise der Communitybildung entlang von Ethnien oder Kulturen.

Seit dem Beginn der 1974 (also kurz nach den 73er Streiks) vom Staat angeschobenen »Humanisierung der Arbeitswelt« haben wir verschiedenste Versuche gesehen, das Produktionsregime und die Arbeit zu »modernisieren«. Zuerst die Automatisierung in Richtung »menschener Fabrik«, dann Gruppenarbeit, dann Lean Production (Kostensenkung, Outsourcing), dann Business Reengineering und Nachhaltigkeit, dann wieder Automatisierung mithilfe des PC, zuletzt Rezentralisierung der Informationen mittels R3⁸.

Begleitet war dies immer durch jeweils wechselnde Propagandahypes auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene, von Auslagerung, Rationalisierung, Postmodernität, Standortdebatte, Verlagerung nach Ungarn oder China, Globalisierung, Neoliberalismus, Krisendebatte bis hin zur New Economy. Kann sich noch jemand an *Kaizen* und *Kanban*⁹ erinnern? Propagandawellen, die eindeutig dazu da waren, Angst zu verbreiten. Aber sie mögen auch die tatsächlich verzweifelte Stimmung von Teilen des Kapitals, einen Ausweg aus der Sklerose und etwas Neues zu finden, ausdrücken. Und

⁸ Unternehmensinformationssystem von SAP

⁹ Kaizen: Kontinuierlicher Verbesserungsprozeß, Kanban: Materialflußsteuerung

zum Teil wurden aber auch Erwartungen bei den Beschäftigten geweckt, die nicht erfüllt worden sind.

Alles in allem, nichts davon hat geholfen. Immer war es mehr Schein denn Sein; immer war die Propaganda mächtiger als die Wirklichkeit. Das will nicht sagen, daß nichts gewesen ist. Propaganda funktioniert nicht ohne realen Bezug. Es gab Versuche, viele, viele. Auslagerung nach China oder Polen, die z.T. wieder zurückgenommen wurde. Gruppenarbeit in der Automobilindustrie, die als kurzfristiges Kostensenkungsprojekt natürlich nicht die Erwartungen der Beteiligten erfüllen konnte. Roboter, die zwar die Lackierer arbeitslos machten, aber Roboterwartungsfachkräfte erfordern. Die Automatisierungswelle der 90er usw.

Alles mögliche wurde ausprobiert, eingeführt, wieder abgeschafft oder zurückgenommen, oder brach zusammen, ohne daß es einen wirklichen Durchbruch in der Produktivität gegeben hat.

Dennoch lassen sich natürlich Veränderungen festhalten, die in ihrer Bedeutung diskutiert werden müssen:

– Worüber wir wenig wissen, ist das Auseinanderreißen von Produktionsketten (Verringerung der Fertigungstiefe) seit dem Boom 91/92, man kann das nur anhand von zunehmendem Transportvolumen annehmen. Verkleinerung der einzelnen Fabrikeinheiten? Internationale Produktion in Kette oder parallel? Just-In-Time (Boom der Hochregalläger?). Umzug auf die »grüne Wiese«, in die vielen relativ neuen »Industrieparks« und v.a. in die Neuen Länder.

– Verwaltungsstrukturen: Das Zugpferd der New Economy war SAP, der Produzent von Unternehmensinfosystemen. Die Idee dabei war ja wohl, bei der neuen Diffusität der Fabrik und der neuen Arbeitsidentität (Teamarbeit) den Überblick und die Kontrolle nicht zu verlieren. Also die frühere dingliche Kontrolle durch das Band, den Akkord und die persönliche durch den Meister (bzw. die Hierarchie in der Verwaltung) durch eine technische Kontrolle durch das Sammeln und Aufarbeiten von Daten zu ersetzen. Hat das funktioniert? Unsere begrenzte Erfahrung deutet an, daß es nicht in erwünschtem Ausmaß funktioniert hat – es mehren sich Fälle

von Personalführung nach Gutsherrenart, gerade in mittleren Betrieben. Die abgeflachte, entmachtete und desillusionierte Hierarchie bis hinunter zum Meister wird durch die oberen Chefs selbst übersprungen... Hinzu kommt, daß auch der Aufwand für diese Technologie nicht gering ist und sich so gut wie nie die Träume von Arbeitskosteneinsparung verwirklichen (Bei uns im Betrieb ist die EDV-Abteilung inzwischen deutlich größer und noch deutlicher teurer als die anderen Instandhaltungsabteilungen).

– Rationalisierung: was nach unseren Einschätzungen ganz gut funktioniert hat, ist die Rationalisierung durch schlichte Erhöhung des Arbeitstempos und Flexibilisierung (nicht: Verlängerung, dies nur bei den Meistern etc.) der Arbeitszeit. Aber gerade das könnte der Ausgangspunkt von einer Diskussion darüber sein, wie einerseits die Vorgänge in der Fabrik den »Dienstleistungssektor« verändern (Individualisierung führt zum Boom der persönlichen Dienstleistungen aller Art, einschließlich Gesundheitsboom, Freizeitboom und Abschiebung der Alten) und andererseits die Propagandahypes aus z.B. der IT-Branche das Verhalten der Proleten verändern.

– Automatisierung: Überall stehen jetzt Monitore rum, überall PCs. Diese Veränderung ist augenscheinlich. Der große Hype der Automatisierungstechnik der 90er war die informelle Vernetzung von Produktionsschritten (und Anbindung an die Verwaltungsrechner) und die Visualisierung. Das könnte zwar (zusammen mit den R3s) ein paar Poren im Arbeitstag geschlossen und insofern zur Intensivierung der Arbeit beigetragen haben. Aber es hat den entscheidenden Nachteil, daß der Bedarf an virtuellem und technischem Können (Umgang mit Computer, bzw. auch deren Programmierung, Betreuung, Pflege, Reparatur etc.) drastisch gestiegen ist, auch bei den FabrikarbeiterInnen. Und dort sind eben die Möglichkeiten des »lebenslangen Lernens« beschränkt; bzw. die Kosten für Schulung, Fortbildung, Einweisung steigen; und diejenigen, die diesem Prozeß folgen können, entwickeln dann ein umso größeres Bedürfnis, sich ganz von der körperlichen Arbeit zu entfernen. Entsprechend wollen viele Firmen inzwischen gar ihren Grad von Automatisierung wieder zurücknehmen – es rechnet sich nicht¹⁰.

¹⁰ Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung, Presseinfo 14/2001, 13.8.01

– Zusammensetzung: Körperliche Arbeit hatte noch nie einen so schlechten Ruf wie heute, was zwanglos einen großen Teil des Erfolgs des Dienstleistungssektors erklären könnte: dafür gab's halt noch Leute. Der Versuch, wieder auch Frauen in die Fabrik zu holen («Mädchen in Männerberufe») ist ja mehr als kläglich gescheitert.

1990 lebten ca. 5,3 Millionen Menschen ohne deutschen Pass im Bundesgebiet, 1996 ca. 7,3 Millionen, d.h. es gab ne Steigerung bis ca. 74, dann blieb es relativ konstant bis etwa 88, erst dann nimmt es wieder rapide zu. Seit 96 allerdings nimmt diese Zahl nicht mehr zu, 97 hat sie sogar leicht abgenommen.

Von 89 bis 95 gab's eine Zuwanderung von 8,5 Millionen und eine Abwanderung von 4,6 Millionen, also plus 3,9 Millionen, inklusive von mehr als zwei Millionen Spätaussiedlern¹¹.

Es gibt nach wie vor große Unterschiede in der gesellschaftlichen Rolle von »InländerInnen« und »AusländerInnen«:

Die Arbeitslosigkeit bei »Ausländern« ist fast doppelt so hoch.

Erwerbstätigkeit bei Jugendlichen: die ist insgesamt gesunken, aber v.a. bei Jugendlichen mit anderem Pass. Während 16,5% der 15-24jährigen keinen deutschen Paß haben, stellen sie in dieser Altersgruppe 35,3% der Arbeitslosen und zusätzlich 43,6% der Nichterwerbspersonen.¹²

»Ausländer« haben deutlich weniger Zugang zu moderner Kommunikationstechnik: nur 10% von ihnen nutzten 2000 das Internet zuhause (gegenüber 16% insgesamt), nur 38% (gegenüber 44% bei Deutschen) hatten einen PC¹³.

FabrikarbeiterInnen u.a. rekrutieren sich tendenziell immer mehr aus denen, die dem technischen und vor allem kommunikativen Fortschritt hinterherhinken, also:

– neue Zuwanderer, etwa aus den 2,3 Millionen Spätaussiedlern

¹¹ efms, Statistiken zur Migration und Integration von Migranten

¹² IAB Kurzbericht 5/98

¹³ DIW-Wochenbericht 40/01

- Leute aus Zuwandererfamilien, die nicht den Zugang zum lebenslangen Lernen gefunden haben (und auch noch keinen systematischen Zugang zur neuen PC-Technologie auch aufgrund von Communitybildung? Das Verhältnis Arbeiter/Angestellte ist bei Leuten mit deutschem Pass 2:3 – bei »Ausländern« 3:2)¹⁴
- Facharbeitern aus den FNL
- sonstige Looser.

Daher auch der Facharbeitermangel. Es ist nicht so sehr ein Mangel an ArbeiterInnen mit Brief, sondern an FacharbeiterInnen, die dem technischen und kommunikativen Fortschritt zu folgen in der Lage sind. Wer schon in der Lage ist, einen modernen Facharbeiterberuf zu lernen, warum sollte der ihn lernen?? Entsprechend kriegt z.B. die BASF trotz ihrer anerkannt guten Ausbildung ihre Plätze nicht mehr voll; vom Handwerk ganz zu schweigen. Und die Klagen der Unternehmer über den Vorkenntnisstand der Lehrlinge häufen sich. Und wer als Elektriker in der Lage ist, SPS zu programmieren, wird mit relativ wenig Aufwand zum SPS-Programmierer...

Die Staatsquote am BIP war 2000 mit 45,6% relativ niedrig, das war aber ausschließlich eine Sache der UMTS-Milliarden; ansonsten fällt sie nur langsam und dümpelt immer noch knapp unter 50; während die Abgabenquote (Steuern und Abgaben) mit 43,2 ihren historischen Höhepunkt erreicht hat¹⁵. Es ist in den 90ern also kaum gelungen, dem deutschen Kapitalismus etwas mehr Neoliberalismus zuzufügen, das Krankheitsbild der Eurosklerose ist eher schlimmer geworden.

Das zeigt sich am besten an dem, was so gemeinhin als die Massenarbeitslosigkeit von 4 Millionen bezeichnet wird. Diese Arbeitslosigkeit, zusammen mit der in Kursen geparkten Zahl von Arbeitslosen, ist in Wirklichkeit zum größten Teil die staatliche Alimentierung und Einhegung allerer, die nicht (mehr) bei der Leistungsgesellschaft mitmachen wollen oder können. Nicht nur wir und ein paar andere Freaks leben von jahrelangen Arbeitsamtskarrieren, sondern, ich schätz mal, ca. 2,5 Millionen mindestens. Und es gibt Zahlen, die den Eindruck nahelegen, daß sich

¹⁴ aid, Ausländer in Deutschland, 4/98

¹⁵ Die Rheinpfalz, 27.10.01

Potemkin bei der Bundesanstalt der Arbeit?

Auf den ersten Blick sieht das Wirken der BfA recht dynamisch aus, so schreibt z.B. der Datenreport des Statistischen Bundesamtes 1999 (Teil1, 3.8., S.99): »Von Januar bis Dezember 99 lag im früheren Bundesgebiet der Zugang an Arbeitslosen mit 4,8 Millionen Personen unter den Zugangszahlen des Vorjahres, ebenso konnten mit 5 Millionen auch weniger Personen ihre Arbeitslosigkeit beenden« Also selbst Statistikprofis fallen auf Zahlen der BfA rein, die den guten alten Potemkin erstaunen würden. Es handelt sich um eine seit ein paar Jahren etwa gleichbleibende Zahl von 7 Millionen Zugangsfällen und Abgangsfällen (BfA, Referat IIIa4) - die allerdings überhaupt nix mit »Personen« zu tun hat. Da werden nämlich z.B. Zugänge aus Krankheit genauso gezählt wie Wechsel des Arbeitsamtsbezirks und Meldeversäumnisse. Dennoch wird aus diesen Vorgängen z.B. die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit berechnet...

Tatsächlich haben sich 2000 etwa 3,5 Millionen Personen neu aus Erwerbstätigkeit (oder ohne vorher erwerbstätig gewesen zu sein wie Schulabgänger oder Hausfrauen) arbeitslos gemeldet und selbst darunter dürften (etwa im Baubereich) viele Mehrfachnennungen sein. Und auch die Arbeitsvermittlung leistet weniger als gedacht: knapp eine Million mal wurde in eine Beschäftigung ohne Hilfe vermittelt, dazu kommen knapp 300 000 Rückkehrer und 1,2 Millionen, die sich selbst was gesucht haben. Außerdem sind ca. 300 000 ausgeschieden, meist wohl in Rente. D.h. der jährliche Turnaround ist niedriger als der Bestand.

diese Zahl im Verlauf der 90er Jahre verdoppelt hat, während die sozusagen »normale« Arbeitslosigkeit gleich geblieben ist. Inwieweit sich dies mit einer zunehmenden Schwarzarbeit verbindet, muß auf der Ebene der Statistiken naturgemäß im Dunkeln bleiben. Wo wir das annehmen können, ist in den ethnisch oder kulturell selbstdefinierten Communities, aber das tatsächliche Ausmaß und die zugehörigen Arbeits- und Lebensbedingungen bleiben wichtiges Thema weiterer Untersuchung.

Man kann auch so

rechnen wie das Institut der deutschen Wirtschaft. Nach einer Haushaltsumfrage hatten sich von den über 4 Millionen vom Mai 99 nur 1,6 Millionen in den vergangenen vier Wochen aktiv um eine Arbeit bemüht – nur die hätten z.B. in den USA als arbeitslos gezählt. Von denen, die sich nicht bemüht hatten, wollten 39 Prozent (also knapp 1 Million) »ganz sicher nicht« zurück zur Arbeit...¹⁶

¹⁶ IWD, 34-2001

Das bedeutet aber, daß zur gleichen Zeit, wo der Staat (einschließlich der Sozialverwaltungen) weit über vier Millionen Menschen im arbeitsfähigen Alter alimentieren muß, auf dem aktiven Arbeitsmarkt in weiten Teilen Deutschlands in Wirklichkeit eine ziemliche Vollbeschäftigungssituation herrscht. Mehr als 20 % der Betriebe im Westen und 15% im Osten geben an, Schwierigkeiten zu haben, Fachkräfte zu finden¹⁷.

Also noch mal: in den 90ern hat sich relativ wenig getan, entgegen allem Schein. Viele politische Konjunkturen, viele Hypes, viele Schlagwörter und natürlich, das ist wahr, viele Versuche und Experimente und daraus auch beginnende Veränderungen, ein bisschen mehr an Flexi aller Art.

Die wichtigste Entwicklung, die ich sehe, ist eine politische: das Verschwinden der Arbeiterklasse aus dem Scheinwerferlicht – nicht als arbeitende Klasse, wohl aber als Klasse, die als solche damit auch aufhören kann. Das hat sicher viele Ursachen, zu den wichtigsten gehört sicher, daß es dem Staat einerseits gelungen ist, eine tiefere soziale Krise zu vermeiden, andererseits eine langsame Neuzusammensetzung in Richtung sauberere Arbeit für die Westdeutschen und z.T. auch für die Ostdeutschen (also Dienstleistungssektor) und schmutzige Arbeit für Zuwanderer (ohne deutschen Pass) und andere Leute mit Nachteilen auf dem Arbeitsmarkt stattgefunden hat. Aber zu den Ursachen gehören natürlich auch die Propagandaschlachten, die in vielen aufeinanderfolgenden Wellen gegen die ArbeiterInnen geschlagen wurden und an denen auch diesmal die Gewerkschaften und Linken nicht unbeteiligt gewesen sind. Niemand will mehr ArbeiterIn sein, auch die nicht, die es noch sind. Das ist ja vielleicht gar nicht schlecht.

Ich hab 1994 schon mal so ein Referat gehalten, das hieß damals »Zur Krise«¹⁸. Damals hab ich den »aktuellen Prozeß« der Neuzusammensetzung als zäh und komplex wegen Abwehrkämpfen und dem klebrigen Arbeiterverhalten geschildert. Das letztere ist so geblieben. Allerdings hab ich damals als eine mögliche Perspektive angeführt, daß das Kapital in »absehbarer Zeit« dies mit drastischen Maßnahmen wie »Krieg, Bürger-

¹⁷ Arbeitgeber, 1/53-2001

¹⁸ Wildcat-Zirkular 5, Juli 94)

krieg, Autoritärer Staat« aufzulösen versuchen wird. Aber dazu reicht es nicht, Soldaten wegzuschicken und Sicherheitsgesetze zu beschließen. Der Staat müßte genau die Maßnahmen ergreifen, vor denen bisher alle Regierungen zurückgeschreckt sind: radikaler Umbau des Sozialstaats, dramatische Erhöhung des Arbeitszwangs, Inkaufnahme der Verelendung und das alles nicht nur für MigrantInnen...

Karl, 1.12.01

In den Medien war die Castorberichterstattung davon bestimmt, wie gut die Bullen diesmal alles im Griff hatten und wie wenig die DemonstrantInnen erreicht haben. Der folgende Artikel zeichnet ein etwas anderes Bild, indem er genauer auf die inhaltliche Ausrichtung einiger Aktionen und Demonstrationen schaut. Ob die hier analysierte inhaltliche Radikalisierung der kleiner werdenden Bewegung Bestand hat, wird sich weniger beim nächsten Castortransport herausstellen, sondern an den alltäglichen Auseinandersetzungen, die die Gruppen vor Ort und anderswo führen.

Nach dem CASTOR ist nicht nur vor dem CASTOR

(oder: zwischen den Transporten herrscht auch im Wendland kapitalistischer Normalzustand...)

So schnell war noch kein Castor-Transport durchs Wendland gekommen wie jetzt im November 2001. Und das, obwohl wiederum Tausende von Menschen sich »querstellten«. Noch der letzte Transport im März, als der Atomexpress das erste Mal rückwärtsfahren musste, sah da ganz anders aus. Eine große Niederlage vor dem Hintergrund des 11. September? Eine neue Qualität der staatlichen Repression?

Der größte Unterschied zum Transport im März dieses Jahres lag in der Einschätzung danach. Damals wurde die Mobilisierung dagegen allgemein und zu Recht als Erfolg gewertet. Diesmal sieht es etwas anders aus. Viele sehen sie als Niederlage an. Besonders bei jungen Leuten, die tage- und nächtelang gegen eine anscheinend übermächtige Bullenarmada angerannt sind, die jede noch so kleine Widerstandsaktion schon im Keim erstickte. Es gelang zwar immer wieder vereinzelt oder auch in Gruppen, vor dem Castor auf die Gleise zu kommen. Obwohl der Zugverkehr auf der Strecke von Lüneburg nach Dannenberg bereits Tage vorher eingestellt war, es also nichts Konkretes zu blockieren gab, räumten die Bullen sofort aus berechtigter Angst, die Gleise oder das Gleisbett würden ramponiert

werden. Soweit kam es aber nie. Nur an einer Stelle gelang es mal einigen Hundert mit Hilfe von Bauern, das Gleis kurzzeitig auszuhebeln.

Erfolgreiche Aktionen gab es nur im Vorfeld. So wurden einmal 25 Meter Gleis aus der Strecke geschnitten und zwei mit Stroh beladene Anhänger unter einer Holzbrücke angesteckt, so daß die Brücke für mehrere Tage unpassierbar war. Haben die Pigs aber auch noch rechtzeitig wieder hingekriegt, mit Tag- und Nacharbeit.

Am Sonntag, nach der Auftaktdemo in Lüneburg, wurden die Bahnstrecke von Lüneburg nach Dannenberg sowie die Straßenstrecke von Dannenberg nach Gorleben von Abertausenden Bullen und BGSlern besetzt. Auf der Bahnstrecke wurden alle paar hundert Meter große Scheinwerfer aufgebaut, die die Strecke auch nachts überall taghell erleuchteten. 24 Stunden am Tag gab es jede halbe Stunde Patrouillen über die Gleise, 87 Hub-schrauber taten ihr übriges. Ab Einbruch der Dunkelheit wurden sämtliche Zufahrtswege in die Wälder dichtgemacht und es kam niemand mehr rein. In Ortschaften, die an der Strecke lagen, wurden nur Bewohner gelassen. Wer dort nicht gemeldet war oder nicht überprüfbar nachweisen konnte, wo er/sie hinwollte, bekam Aufenthaltsverbot.

Mit anderen Worten: am Sonntagabend war allgemein klar, daß zumindest auf der Strecke von Lüneburg nach Dannenberg nichts mehr laufen würde. Sämtliche Maßnahmen, die bereits im Vorfeld getroffen wurden (z.B. unter den Gleisen angebrachte Rohre zwecks Einbetonierung), wurden entdeckt.

Sämtliche Camps wurden verboten, und beim Versuch, sie zu beziehen, schritten die Bullen sofort ein. Das wurde unterlaufen, indem AnwohnerInnen mit Regenschirmen vor ihren Häusern kennzeichneten, daß sie Leute privat aufnehmen, nach dem Motto »Wir lassen unsere Gäste nicht im Regen stehen«. Das hat auch ganz gut geklappt..

Erstmals, und das ist wirklich traurig, wurden Leute festgenommen, die im Gegensatz zu Greenpeace und RobinWood keinen Wert auf Festnahme bei ihren Aktionen legen.

Das Aktionskonzept wurde von der Bewegung im Wesentlichen aus dem Frühjahr übernommen. Ab Lüneburg sollten entlang der Strecke bis Dannenberg Aktionen stattfinden. Räumlich kam es zu einer Ausweitung auf die sogenannte Hauptstrecke von Hannover nach Lüneburg. Uelzen sollte dabei der Schwerpunkt sein. Das wurde ausgehebelt, indem diesmal der Zug von Hannover umgeleitet wurde und über Verden, Harburg/Maschen

nach Lüneburg fuhr. Hier gelang es dann durch Schienenbesetzungen und einer Anketaktion vor Lüneburg, den Zug für eine halbe Stunde aufzuhalten.

Verfeinerung der Repression

Das Ganze hört sich erstmal ganz schön traurig an. Ist es aber soweit eigentlich gar nicht. Es ist nun endgültig klar geworden, daß die Konzentration auf das Wendland mit Ausweitung bis Lüneburg und Uelzen ihr Ende erreicht hat. Dies wurde zwar bereits nach dem Transport im Frühjahr andiskutiert, trotzdem wurde das praktische Widerstandskonzept im wesentlichen aus dem Frühjahr übernommen. Die Ausweitung auf die kapitalistische Infrastruktur der Warenströme gelang nur marginal. In Frankreich verzögerte sich der Transport durch einen spontanen Streik von Bahnarbeitern, und hier in Deutschland stand der Zug mehrere unplanmäßige Stunden in Maschen, weil die Lok aus unerklärlichen Gründen einen Maschinenschaden hatte.

Auch der Staatsapparat übernahm im Wesentlichen sein Konzept vom Frühjahr. Er verfeinerte es aber beträchtlich. Es waren wieder ca. 18 000 Bullen im Einsatz, Unmengen von Konfliktmanagern, die aber auch diesmal wieder wenig Kontakt zu den Demonstranten hatten. Sie schritten aber sehr viel schneller ein, wenn sich irgendwo Menschenmengen versammelten, so daß Ansammlungen wie beim letzten Mal (z.B. die Camps) sich gar nicht erst bilden konnten. Das Demonstrationsverbot entlang der Strecke wurde rigoros umgesetzt. Die größte Verfeinerung war aber die Besetzung der gesamten Strecke ab dem Sonntag. Das machte im Wesentlichen seinen diesmaligen Erfolg aus.

Das Konzept ist nicht als etwas völlig neues vor dem Hintergrund der Repression seit dem Krieg gegen den sogenannten Terror zu sehen. Es ist wichtig, das auch so festzustellen. Viele FreundInnen, die die Sache als Niederlage erleben, sehen einen Zusammenhang mit der Repression. Das lenkt ab von der Kritik an uns selber: das bisherige Konzept der Konzentration auf einen Landstrich hat sein Ende erreicht. Der Terror gegen die Bevölkerung durch den Staat hat hier keine neue Qualität erreicht, bestenfalls eine Verfeinerung. Hier wird bereits seit Jahren das praktiziert, was nun im Namen des Kampfes gegen den Terror überall durchgesetzt werden

soll. Wenn wir uns jetzt an der Repression festbeißen, schwächen wir uns damit nur selber. Das würde in keinem Verhältnis zu unseren Möglichkeiten stehen: Die Ausdehnung des Widerstandes und des Kampfes über den Castor und die Atomenergie hinaus. In Ansätzen war das diesmal bereits ersichtlich, und damit komme ich zu den positiven und angenehmen Seiten der Tage.

Den Castor-Widerstand in Richtung auf den »ganzen Kapitalismus« erweitern: ein Versuch...

Im Aufruf für die Auftaktkundgebungen in Lüneburg und Karlsruhe heißt es: *»... die Profite zählen in dieser Welt mehr als Menschenleben.«* *»Deswegen sagen wir: Es reicht nicht, gegen den Castor zu sein. In unseren Protesten müssen wir uns auch gegen jede Form der Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen wenden. Egal ob sie ökonomisch, rassistisch, sexistisch oder sonstwie daherkommt.«* *»Stellen wir uns solidarisch gegen diese Verwertungslogik. Hier und heute gegen einen weiteren Castor-Transport ins Wendland. Aber auch an jedem anderen Tag, an jedem anderen Ort. Verweigern wir uns der kapitalistischen Durchdringung auch der letzten Lebensbereiche.«*

Auf den Vorbereitungsveranstaltungen zum Castor-Transport wurde ebenfalls auf eine inhaltliche Erweiterung des Widerstandes auf den Kapitalismus gedrängt. Aus der Rede einer Frau der »Gruppe ohne Namen aber mit Meinung«:

»Und da wir keine Castortransporte, keine Abschiebungen, keine Rüstungsexporte und genauso wenig Vergewaltigungen in (und außerhalb) der Ehe, rassistische Übergriffe oder Normierungen für unser Sexualleben wollen, reden wir immerzu von Freiheit und Glück, von Revolte, Widerstand und Emanzipation. Wir behaupten, daß es zwischen den oben genannten Unterdrückungsformen die Konstante Kapitalismus gibt, die wir zu überwinden probieren wollen.

Im Kapitalismus geht es um die Akkumulation von Kapital, und um nichts anderes. Dies kann nur durch die mehr oder weniger abgefederte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft geschehen, denn nur durch diese entsteht Mehrwert. ...

Wir wollen dem Kapitalismus, der Herrschaft und der Repression politischer Bewegung eine Antwort entgegensetzen, die sich nicht integrieren und verharmlosen läßt, sondern die die Verhältnisse destabilisiert. Dies darf nicht nur bei den symbolischen Treffen der Institutionen weltweiter Ausbeutung geschehen wie in Seattle, Prag, Göteborg und Genua. Wir müssen im Alltag und vor Ort Bewegung entstehen lassen, die Verteilungskämpfe, Lobbypolitik und die Selbstbeschränkung auf einen Kritikpunkt hinter sich läßt, die grundsätzlich und praktisch wird. Ein Ansatzpunkt ist für uns hier und heute der Castortransport. ...

Zum Überleben der Menschheit, zum freien und selbstbestimmten Leben der Menschen jedoch brauchen wir etwas ganz anderes, etwas, das in den Castortagen immer schon ein bißchen spürbar ist. Kollektives Denken und Handeln in möglichst nicht-hierarchischen Strukturen, Verantwortung für einander übernehmen, die zeitweise Aufhebung des Eigentumsgedankens, die Überschreitung von Gesetzen. Es zeigt sich, wozu Menschen fähig sind, wenn sie ihr Leben selbst in die Hand nehmen und es eben nicht darum geht, Geld zu machen. Wir hoffen, daß Ihr und wir dazu beitragen werden, daß das beim kommenden Castor wieder spürbar wird.«

Nun mögen sowohl im Aufruftext wie auch im Redebeitrag kritikwürdige Passagen stehen, in beiden drückt sich aber was Neues aus, was es bisher, zumindest in den letzten 10-15 Jahren, in dieser Form bei den Mobilisierungen nicht gegeben hat, nämlich eine Hinwendung zur Kritik des Kapitalismus. Natürlich gab es immer antikapitalistische Gruppen, die ihren Standpunkt vertreten haben, aber in der Bewegung selber ist es neu.

Entsprechend sah auch die Demo in Lüneburg aus. Es war keine reine Anti-Castor- oder Anti-Atom-Demo, sondern antikapitalistische Standpunkte in ihrer Vielzahl und auch Widersprüchlichkeit waren deutlich präsent und wurden auch als solche wahrgenommen. Zitate aus einem Flugblatt »Zug durch die Gemeinde«, welches auf der Demo von einer Lüneburger Gruppe verteilt wurde.

»Es ist eine verkürzte Kritik am Kapitalismus, ihn zu personifizieren. Es lenkt den Blick davon ab, daß es ein gesellschaftliches Verhältnis ist. Das heißt, wir sind alle darin verstrickt. Wir müssen fast alles, was wir zum Leben brauchen, kaufen. Dazu müssen wir uns selber, unsere Arbeitskraft verkaufen. Deshalb ist unsere Arbeit ein Zwang. Wir reproduzieren den Kapitalismus deshalb immer wieder selber, gehören zur Struktur selber.

Diese Struktur lässt sich aber namentlich benennen, und überall finden wir uns wieder als Beschäftigte oder sonst wie Beteiligte. Aber aus dieser Beteiligung kann auch Sand im Getriebe werden. Deshalb soll auf diese Strukturen der nun folgende Text den Blick der DemonstrantInnen lenken. Gebt also acht!«

Anschließend wurde auf verschiedene Orte dieser Struktur hingewiesen, an denen die Demo lang ging, wie Stromversorgungsunternehmen, Banken, Gerichte, Karstadt, Arbeitsamt, Ausländerbehörde usw..

An diese Institutionen wurden zur Kenntlichmachung große Wandzeitungen mit entsprechenden Texten gehängt. Vor Karstadt hing »Für eine Gesellschaft, in der nichts mehr gekauft werden muß«. Hier waren allerdings die »Namenlosen« zu zögerlich. Zu spät kam der Versuch, einen Teil der Demo durch Karstadt zu führen. Diese Zögerlichkeit haben später etliche kritisiert, weil damit eine »benötigte Radikalisierung« der Demo vertan wurde. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Die Kundgebung selber war aber tödlich und stand im krassen Widerspruch zum Tenor der Demo. Die meisten hauten beim zweiten Redebeitrag ab. Damit wurde auch die Chance für im Vorfeld geplante Spontandemos in Richtung Gleise vertan. Die meisten DemonstrantInnen waren einfach schon weg. So formierte sich am Ende dann nur noch ein Zug von etwa 300 Leuten, die Stimmung war gut, viele Parolen... Aber wir kamen nicht so weit, wie wir wollten. Plötzlich zu viele grüne Männchen. Das war's dann auch.

Das Positive an der Mobilisierung zu diesem Castor-Transport bestand also darin, daß sich der Horizont inhaltlich, theoretisch auf den gesamten Kapitalismus erweitert hat. Es ist aber nicht gelungen, diese inhaltliche Erweiterung in ein praktisches Widerstandskonzept zu übersetzen. Die wenigen Versuche waren zu zögerlich. Aber für viele ist sowas auch völlig neu und muß erst gelernt werden. Wenn mensch aber bedenkt, daß es um einen Prozeß geht, nichts überstürzt werden sollte und solche Aktionen auch etwas mit kollektivem Lernen zu tun haben, dann ist die Lage eigentlich gar nicht so schlecht.

In Lüneburg gab es zwei Fahrraddemonstrationen am Sonntag und am Montag mit 40-50 Leuten. Die erste ging direkt zu den Gleisen, und es gab ewige Scherereien mit den Bullen und etliche Festnahmen. Am zweiten Tag orientierten sich die DemonstrantInnen am »Zug durch die Gemeinde«. Dabei wurden mehrere der aufgeführten Plätze kurzzeitig »besetzt«,

rebellische Lieder gesungen und der normale Gang von Behörden und Geschäften gestört. Das sehen die Beteiligten insgesamt als Erfolg an. Es gilt also nicht, die Niederlage zu konstatieren und »Nichts geht mehr« festzustellen, sondern einen Weg der Erweiterung des Widerstandes zu gehen. Dies inhaltlich und in der Folge dann auch praktisch. So wie es bei einem Teil der Bewegung diskutiert wird, die »Konstante Kapitalismus« als etwas Übergreifendes zu erkennen, das es zu überwinden gilt, ist das auch mehr als nur eine Vernetzung verschiedener Teilbereichsbewegungen. Es ist eine Tendenz, die bestehenden widerständigen Politikbereiche, wozu der Castor-Widerstand gehört, zu einer großen antikapitalistischen Bewegung, und den ganz großen Landfriedensbruch zu mehr als nur einem schönen Traum werden zu lassen.

Das soll kein Argument gegen den regionalen Widerstand sein. Gerade der Kampf gegen die Atomenergie lebt vom Wendland. Er wird auch weiterhin eine zentrale Rolle im Widerstand spielen. Das Wendland ist aber auch ein Beispiel dafür, daß das linke Ghetto durchbrochen werden kann, wenn der Widerstand regional ist.

Das alles ist jetzt keine einheitliche Sicht aus der Anti-AKW-Bewegung, sondern erstmal nur von Einigen, die aber in der Auseinandersetzung stehen und gegen den »Frust«, wie es ihn zweifellos in der Bewegung gibt, anstinken wollen.

Afghanistan Arbeit, Öl, Krieg

Eurosklerose Ausbeutungsverhältnisse in Deutschland

Erdöl Pipelines, Preise, Prisen

Castor Einpunktbewegung oder mehr?



Beilage

»Grauer September«

Carasso / Dauvé / Nestic

»Warum diese Verzweiflung?«

George Caffentzis



J.-P. Carasso / G. Dauvé / K.Nesic

»Grauer September«

George Caffentzis

»Warum diese Verzweiflung?«

Beilage zum

Wildcat-Zirkular 61

Januar 2002

Grauer September

»Wie üblich wird nichts sein wie zuvor«

(Die Presse)

Nach nur drei Tagen war der aufgeklärte Europäer unschlagbar darin, die Konstruktion der Twin Towers zu erklären. Zwei Wochen später konnte er Hérat und Kandahar auf einer Landkarte finden. Kaum hatte er die Existenz eines Feindes der Menschheit entdeckt, da lernte er schon, daß dieser neue Feind der menschlichen Gattung ein Produkt des Westens war. Was heute zum Absoluten erhoben wird, wird morgen schon wieder relativiert, auf jede Lüge folgt ihre Widerlegung. Jeder »Fakt« existiert ausschließlich in der ewigen Gegenwart und verliert damit jede Bedeutung. Keine Gesellschaft hat jemals eine solche Aufeinanderfolge von partiellen Selbstkritiken erlebt.

Jede »radikale« Aktivität, die sich nicht außerhalb der Logik dieser permanenten Entrüstung stellt, setzt sich jedesmal der Gefahr einer nachträglichen Berichtigung im Radio aus.

Man muß schon verdammt naiv sein, um den offiziellen Versionen Glauben zu schenken (kennen wir 39 Jahre nach der Ermordung eines US-Präsidenten die Verantwortlichen?). Da die Vereinigten Staaten ihren Anteil am Aufstieg des Politischen Islam haben, sollte man das, was über das angebliche »Netzwerk« geschrieben wird, nicht allzu ernst nehmen, denn 99 Prozent der Informationen stammen aus Geheimdienstquellen. Es wäre aber noch naiver, grundsätzlich den Gegenstandspunkt zu den offiziellen Wahrheiten einzunehmen.

»Am teuersten ist die Haut des Weißen«

(G. Chaliand)

Die Leichen zählen nicht gleich viel. Sich darüber zu empören, ist nutzlos. Da die öffentliche Meinung an den Staat glaubt, findet sie sich eher

mit der Staatsgewalt ab als mit der von Individuen oder Gruppen. In den Augen des Staatsbürgers ist der Mörder in Uniform (den man hofft, zur Vernunft bringen zu können) mehr wert als ein gesetzloser Mörder.

Es ist viel verlangt von einer Zivilisation, daß sie sich ihrer Vergänglichkeit bewußt wird. Noch mehr, zu erkennen, daß sie todbringend ist.

Tausende New Yorker, vom Tellerwäscher bis zum Yuppie, sind als Fußtruppen eines Systems gefallen, welches sie doppelt platt gewalzt hat, indem es die verstorbenen Lohnabhängigen als Helden feiert und ihren Tod genauso ausbeutet wie ihr Leben. Als Dank für ihre Ergebenheit verkaufte ihnen diese Gesellschaft das, was sie für größtmögliche Sicherheit hält. Sie waren mit größeren oder lächerlich kleinen Krümeln beteiligt. Und solange sie das Chaos auf der Erde nur auf CNN vorbeiziehen sahen, bildeten sie sich ein, daß es ausschließlich auf dem Bildschirm stattfindet. Es waren Arme von überallher.

Ein New Yorker erklärte, daß er von nun an wüßte, wie gefährlich es sei, im Herzen der Weltwirtschaft zu leben. Leben bedeutete für ihn bisher, in Ruhe seine Arbeit zu verrichten, ohne sich über Hintergründe und Auswirkungen Gedanken zu machen, ohne sich zu fragen, was Weltwirtschaft und ihr Herz bedeutet, welchen Risiken Milliarden von Menschen an ihrer Peripherie ausgesetzt sind. Das ist die Welt, die unbewohnbar ist.

Man ist schockiert über solche Selbstmordattentate, über solch einen zerstörerischen Nihilismus. Es war aber nicht Marx, der die »schöpferische Zerstörung« als Charakteristikum des Kapitalismus bezeichnete, sondern Schumpeter, ein Liberaler und Pessimist. Die beiden vergangenen Jahrhunderte bestätigen eher den »Marx'schen Katastrophismus« als den reformerischen Optimismus.

Es wird auch vergessen, daß die meisten Religionen Vorstellungen von einer besseren Welt haben, die sie der unsrigen vorziehen. Es stimmt, daß unsere Epoche im Namen der Toleranz die Ablehnung der Religion wenig schätzt und den Antiklerikalismus für überholt hält. Die Erklärung, Jesus, Buddha oder Mohammed nicht gut zu finden, reicht aus, um einen Skandal auszulösen. Dies bedeutet, daß der Atheismus künftig nur als ein

Glaube unter vielen durchgehen wird und der Laizismus als größtmögliche antireligiöse Haltung. Das 21. Jahrhundert fällt hinter das 18. Jahrhundert zurück.

Der Akt des Selbstmords ist in Anlehnung an Descartes der Wille, »Gebietler und Besitzer der Natur zu sein«, eine mörderische Utopie, deren mythischer Ort die Vereinigten Staaten sind: Die Illusion eines aus eigener Kraft geschaffenen **self made man**, eines Landes ohne Volk für ein Volk, das kein Land mehr braucht, weil es glaubt, ohne Erde auszukommen, und das die Natur in Erholungsgebiete in Form von Nationalparks umwandelt.

Die vertikale (Wolkenkratzer) und horizontale (Megastädte) Ausdehnung gilt als Beweis von Allmacht: sich alles auf der Erde einverleiben, um es uns in Form eines Konzentrats an beschleunigtem Leben zurückzugeben.

Zuweilen offenbaren jedoch ein riesiger Stromausfall, die Warnung vor einer Nuklear- oder Hungerkatastrophe, ein gestrandeter Öltanker, die Explosion einer Chemiefabrik, ein Tornado oder ein größeres Attentat die Verletzlichkeit einer Welt, die auf der Zirkulation gründet, aber gezwungen ist, Wert zu realisieren und zu akkumulieren, indem sie ihn immer mehr fixiert: sie erhöht das Gewicht, um das Leichte zu bekommen, das Materielle, um Immaterielles zu erhalten, sie verwandelt Stahl und Glas in Nullen und Einsen, stockt den Lagerbestand auf, um den Warenfluß zu erhöhen. Die angebliche Virtualisierung vermehrt in Wirklichkeit Maschinen, Fortbewegungsmittel und Warenlager. Kein riesiges Unternehmen ohne riesige Gebäude.¹ Die eingestürzten Türme entsprechen einer Stadt, zwei vertikalen Fabriken. Jeder Durchgang ist Quelle neuer Hindernisse: Je mehr die Mobilität triumphiert, desto verwundbarer ist sie für elektronische Viren, für die Vergiftung des Wassers und der Lebensmittel.

In dem Spiegel, den der Mörderschüler seinem Lehrmeister vor die Nase hält, entdeckt dieser, daß die Dinge, die sein Leben erhalten und bereichern sollten, zu einem gewaltsamen und massenhaften Tod führen können: das Flugzeug und der Wolkenkratzer. Brauchte es den 11. September, um zu begreifen, daß jedes technische Gerät Krieg und Tod bringt? Erst die Eisenbahn hat die Todeszüge ermöglicht. Ein Kettenfahrzeug

kann ebensogut ein Panzer wie ein Traktor sein. Ein Flugzeug bringt einen auf die Hochzeitsreise oder überfliegt am 6. August 1945 Hiroshima. Die Schamlosigkeit oder schlimmer noch: Gedankenlosigkeit, die in einer Gesellschaft vorherrscht, die dies erst nach so langer Zeit begreift, genügt, um sich ein Urteil über sie zu bilden.

Der Terror als Realität und als Repräsentation

Lassen wir einmal den Illegalismus und die als anarchistisch bezeichneten Gewalttaten beiseite, die nichts mit dem Thema zu tun haben.² Was immer man über *Action Directe* und die Sackgasse denkt, in der sie sich engagiert hat, so trennt doch ein Abgrund die Ermordung des Generaldirektors von Renault von dem willkürlichen Tod von Tausenden von Menschen in zwei Bürohochhäusern, auch wenn diese im weltweiten Finanzzentrum stehen. Wir werden hier auch nicht den jakobinischen Terror der Jahre 1792-94 erörtern, der in den Schulbüchern lange Zeit gerechtfertigt wurde.³

Die beschwörende Wiederholung der Worte »Terror« und »Terrorismus« verwandelt jeden in einen Unschuldigen und erklärt uns alle für nicht verantwortlich: ständig wird wiederholt, daß die in den Türmen Beschäftigten nichts mit dem Lauf der Welt tun hatten, daß der Kapitalismus von sich aus voranschreitet, trotz der Arbeiter, die ihn am Laufen halten, trotz der Händler, trotz der Buchhalter, trotz jedem von uns. Der Erfinder der Bombe aus Plastikugeln (die mit Röntgenstrahlen nicht zu orten ist), war vielleicht ein anständiger Mensch. In Amboise bewundert der Besucher heutzutage Leonardo da Vincis Entwürfe von Kriegsmaschinen: Leonardo, ganz das Gegenteil eines Grobians, ein Künstler, der als Gesprächspartner mindestens soviel zählt, wie ein Angehöriger der New Yorker Mittelklasse. Im World Trade Center sind unzählige Finanzanalysten ums Leben gekommen. Zu behaupten, sie seien unschuldig am Schicksal des Planeten und sich über den Hass zu wundern, den ein Ort wie Manhattan hervorrufen kann, ist genauso absurd wie zu glauben, daß man den Kapitalismus trifft, indem man sie tötet. Der Leser der *New York Times* lebt in einer Traumwelt und ist entsetzt, wenn sich diese in einen Albtraum verwandelt, aber die einzige Möglichkeit, diesem Albtraum zu entfliehen, besteht darin, endlich aufzuwachen. Wenn wir es sind, die diese Welt

erschaffen, können wir sie uns genauso gut vom Halse schaffen und sie neu erschaffen.

Die Bestürzung über den Terror, auch wenn man klischeehaft den »Staatsterrorismus« anklagt, ist immer das beste Mittel, um die Frage nach der Ablehnung der sozialen Ordnung nicht zu stellen. Das bedeutet immer Akzeptierung durch Unterlassung. Wer sich als Opfer sieht, wirkt an seiner eigenen Enteignung mit.

Es scheint eine allgemeine Übereinkunft zwischen Regierenden und Regierten zu geben, die Situation in Begriffen von »Terrorismus« zu erklären, d.h. sich der Situation *nicht* zu stellen. Kapitalisten und Lohnabhängige scheinen gemeinsam das Problem (und seine Lösung) außerhalb des Widerspruchs zu verweisen, der sie verbindet und zu Gegnern macht.

Auf der Seite der Lohnabhängigen verkörpert der Terrorist die Unterdrückung derjenigen, die die Morgenfähre nach Manhattan oder die Metro in Rom nehmen – in einer Zeit, wo die Lohnarbeit zusehends zu einem unpersönlichen Verhältnis wird. Nur wenige kennen ihren Chef, und der Begriff »Eigentümer« des Unternehmens löst sich auf. Von den »200 Familien«¹ zu den »Managern«, weiter zu den »Multinationalen« und schließlich zu den »Finanzmärkten«: die Herrscher der Welt erscheinen zusehends diffuser und weniger greifbar. Man spricht nicht mehr von den »Börsianern« und immer weniger von den »Spekulant«n, sondern der Markt selbst wird zur Person. Das Geld bleibt schließlich die greifbarste Realität, aber es ist unmittelbar und vergänglich und bietet aus sich heraus keinen Schlüssel zum Verständnis der Welt. Dieses Ganze, welches wir jeden Tag aufs Neue reproduzieren, läßt uns die Bedeutung seiner Totalität vergessen. Jeder weiß, daß uns ein »Ganzes« dominiert und daß es nicht vom Himmel fällt, sondern wir es produzieren, aber jeder hält es auch für nicht greifbar; denn dieses »wir« zerfällt genau in dem Maß, in dem es dieses Ganze produziert. Es bleibt nicht mehr davon übrig als ein Staub von ICHs, die nur noch in der Lage sind, sich im Konsum

¹ Zur Zeit der Volksfront in Frankreich lenkten die Linken den Zorn der Proletarier auf die »200 Familien«, die Reichsten, die angeblich das Land beherrschten. Anm.d.Ü.

Im Folgenden sind die Fußnoten im Text sind von uns, die Endnoten von den Autoren.

zu bestätigen, den eigenen Körper und die eigene Privatsphäre zu pflegen, aber nicht, sich in einem »Wir« neu zusammenzusetzen, welches imstande ist, den Lauf der Geschichte zu beeinflussen.

Verlust der Totalität, sagte Lukács 1923.² Verlust der Orientierung, sagt der Psychologe. Die Wirkung des Attentats verdoppelt unsere kollektive Nichtexistenz: indem es uns als Nichts behandelt, erinnert es uns daran, daß wir Nichts sind. Aber es schafft diesen Zustand nicht, sondern nutzt ihn nur aus und hebt ihn hervor. Unter der Herrschaft der Ware und der Lohnarbeit ist die Angst ein soziales Verhältnis. Diese These halten nur diejenigen für übertrieben, die Kafkas *Prozeß* nicht mit den Konzentrationslagern in Verbindung bringen können.

Der moderne Lohnabhängige hat keine Illusionen, außer der einen: er glaubt sich Kräften preisgegeben, die er nie wird kontrollieren können. Dieses Unbekannte, nicht Greifbare erhält durch das Bild des »Terroristen« ein Gesicht. Damit befördert diese Illusion das entgegengesetzte Bild des Staates als Schutzwall, der uns vor dem Terror schützen wird, egal, was wir ansonsten darüber denken: ob Bin Laden nun ein Produkt Bushs ist oder nicht, trotzdem ist Bush mehr wert als Bin Laden.

Das schwache Niveau der Klassenkämpfe hält diese Passivität aufrecht und führt dazu, daß man die ständig neuen emotionalen Schocks akzeptiert, die immer schneller veralten. Es ist kaum verwunderlich, daß sich ein Teil der sogenannten zivilisierten Menschheit beim Einsturz eines ihrer Symbole kurz geistig verbunden gefühlt hat.

1970 waren die in Indochina getöteten GIs in den Vereinigten Staaten wie im Rest der Welt Anlaß für Auseinandersetzung und Kritik an der amerikanischen Regierung und am amerikanischen Lebensstil. Heute lösen andere gewaltsam ums Leben gekommene Amerikaner eher Zustimmung aus, zumindest an der Oberfläche. In dreißig Jahren ist der rebellische Schwung zurückgegangen, von seinen eigenen Widersprüchen besiegt, mundtot gemacht, vereinnahmt worden. Im Jahre 2001 sind die Vereinigten Staaten überall, in Westeuropa, in Japan, aber auch in Sao Paulo oder

² In »Geschichte und Klassenbewußtsein« (1923) betonte Georg Lukács »Totalität« als die zentrale methodische Kategorie des Marxismus, die in Vergessenheit geraten sei. Anm.d.Ü.

Seoul. Über Autobahnkreuze und Computeranschlüsse verursacht die Amerikanisierung den Amerikanismus. Wer aber die amerikanische Hegemonie kritisiert, wirft zumeist den Vereinigten Staaten vor, daß sie ihren Idealen nicht treu geblieben sind, der Demokratie vor Ort nicht wirklich Raum lassen, nicht alle am Konsum teilhaben lassen, nicht wirklich verschiedene Identitäten zulassen, ihre humanitären Versprechungen nicht einlösen und die Technik nicht auf eine vernünftige Art und Weise einsetzen.

Die Kapitalisten wiederum, die nicht begreifen, an welchem Punkt des Ende der 70er Jahre begonnenen Restrukturierungsprozesses sie sich befinden, tun so, als seien die Kämpfer mit den vorsintflutlichen Mitteln die Hauptgrenze des historischen Modells, dessen Protagonisten sie sind; als versuchten sie letztendlich ihren Untergang zu verursachen. Man nennt das Terrorismus, was man nicht beherrscht.

Für den Staat ist unkontrollierter Terrorismus der ideale Feind, der alles rechtfertigt, von Festnahmen, Durchsuchungen, Kontrollen, Zensur bis zu Paramilitärs in der U-Bahn. Gegen Leute, die außerhalb der Menschheit stehen, ist jedes Mittel recht und billig. Da der Feind den Ruf hat, überall und nirgends zu sein, kann man überall angreifen.

Diese Welt liebt die Katastrophen: sie stärken den Staat, weil er sich damit unentbehrlich machen kann. Aber noch wichtiger ist, daß durch sie die Geschichte als Verkettung von quasi natürlichen großen Schocks dargestellt werden kann, ausgelöst durch Naturereignisse (z.B. einen Wirbelsturm) oder durch die »schlechte« menschliche Natur (insbesondere den Fanatismus).

Genau darin wurzelt der Gegensatz von Gut und Böse, der auf der anderen Seite des Atlantiks so verbreitet ist und über den sich die Europäer lustig machen. Da die Demokratie und der Markt (wobei die erste den zweiten korrigiert) die am wenigstens schlechten Möglichkeiten dieser Welt sind, gibt es keine Wahl außerhalb dieses Rahmens. Das gesamte politische Spektrum vertraut auf ein sozialtechnisches System, welches ständig kritisiert wird, aber trotzdem als unüberwindbar erlebt wird. Es erhält uns am Leben und beschützt uns, kann uns aber nicht glücklich

machen (Glück ist ein veraltetes Ideal in Europa). Wenn es ein Problem gibt, dann liegt das am Schlechten oder gar Perversen im Menschen. Der Liberale setzt das Schlechte mit Faulheit und Verweigerung der Regeln gleich, die Kritik von Links mit Intoleranz und Habgier. Auch in Europa wird Politik zusehends im Namen des Guten gemacht. Mrs. Thatcher löste einen Skandal aus, als sie auf die Armen moralisch einwirken wollte. ATTAC macht aus der Forderung nach Selbstbeschränkung des Kapitalismus ein politisches Rezept. Moralismus und Psychologie stehen große Tage bevor. Wir sind alle Amerikaner⁴.

»**Wir langweilen uns in der Stadt**« (Situationistische Internationale)

Dieselben, die an 100-stöckigen Türmen das industrielle Unmaß und den Konzentrationsurbanismus kritisiert haben, zählen seit dem 11. September ein Zentrum des *Welthandels* (hatte man nicht gegen die Organisation dieses Handels demonstriert?) zum Erbe der Menschheit.

Wir sind keine Waisen der *Twin Towers*. Man sollte die Kathedralen aus Glas und Stahl so betrachten wie Angkor oder Chartres, als Ausdruck von unlösbar miteinander verbundener menschlicher Entfremdung und menschlicher Aktivität. Das gotische Kirchenschiff mißfällt dem Revolutionär des 21. Jahrhunderts weniger als dem De-Christianisierer des 18. Jahrhunderts, weil seine soziale Funktion weitgehend erloschen ist (zumindest in Westeuropa, denn in Rußland oder Griechenland z.B. greift die Kirche aktuell direkt in die Politik ein); die *buildings* der Wall Street lasten hingegen schwer auf unseren Leben. Die seichte Vorortsiedlung zieht den protzigen Vertikalismus nach sich.

Aber auch die meisten Kritiker der Megalopole können nur schwer ihre Gefühle zurückhalten, wenn sie die New Yorker *skyline* sehen. Wir sehen einen Sonnenuntergang über den Wolkenkratzern mit anderen Augen als eine Disneyland-Parade. Wenn wir in Paris vor der Schlafstadt Sarcelles oder der Bürostadt La Défense stehen, haben wir nicht dieselben Empfindungen. Es geht nicht nur um die Faszination des Schreckens, wie sie Verhaeren 1895 in Gedichten über die Krakenstädte (*Villes tentaculaires*) beschrieb – sondern auch um die halluzinierten Landschaften (*Campa-*

gues hallucinées), beides gehört zusammen. Die Entgegensetzung natürlich/künstlich hat nur für den Menschen Sinn, sie ist also wenig »naturegegeben«. Wenn man so tut, als sei diese Welt in jeder Minute und an jedem Ort negativ, dann verschließt man sich dem Verständnis, aus welchem positiven Grund sie weiterbesteht. Kein System hält sich *default* am Leben. Die am 11. September ausgeführte blutige Kritik an Manhattan ist nicht unsere, aber sie ruft damit nach einer anderen, »menschlicheren«. Was soll man mit den Wolkenkratzern machen? Einige abreißen, andere umwidmen ... ? Egal was wir überlegen, wir tun es nie aus reiner Vorliebe für die *Vergangenheit*; für die haben wir nicht mehr Respekt als für die Gesamtheit der *Meinungen*.

»Wir werden nicht die mechanischen Zivilisationen und die kalte Architektur verlängern, die am Ende des Einkaufs zu langweiligen Vergnügungen führen ... Die Architektur von morgen wird ein Mittel der Erkenntnis und ein Mittel zum *Handeln* sein.« (Situationistische Internationale Nr. 1 1958 – geschrieben 1953)⁵

Wenn man in der Ferne den toskanischen Hügel erblickt, auf dem sich die mittelalterlichen Türme von San Gimignano erheben, kann man flüchtig meinen, sich New York zu nähern. Diese alten Handelsfestungen verkörpern auch eine versteinerte Vergangenheit von Ausbeutung und Unglück. Soll man sie abreißen? Die Stadt ist auch nicht mehr unser Feind als andere Realisierungen, bei denen niemand im voraus wüßte, wie er/sie die Auswahl treffen soll. (Das Fahrrad ist einem sympathischer als das Auto, aber beides sind typische Artefakte der Industrieära.) Es wäre zudem unlogisch, den Bildersturm auf die Architektur zu beschränken. Ein Gutteil des Geschriebenen ist Ausdruck der Klassengesellschaften, man müßte also das British Museum zur gleichen Zeit abfackeln wie man die Sphinx abreißt.

Die Lohn- und Marktgesellschaft³ bringt sowohl revolutionäre wie reaktionäre Kritik hervor, und beide haben gemeinsame Punkte. Nur weil die

³ die Vorstellung, der Kapitalismus sei eine Marktwirtschaft, wird kritisiert in: *Ist der Kapitalismus eine Marktgesellschaft?*, Wildcat-Zirkular 24.

revolutionäre Kritik extrem schwach ist, kann die reaktionäre Kritik die Bühne und die Kulissen der Geschichte beherrschen.

In welcher Unordnung ist die Welt?

Der 11. September eröffnet kein neues Zeitalter: nicht dieses Attentat wird die Welt in Unordnung stürzen, sondern die Unordnung der Welt hat dieses Attentat möglich gemacht.

Das allgemeine Gefühl der Ohnmacht gegenüber diesem Ereignis verrät, daß man Schwierigkeiten hat, »den Feind« einzukreisen und die Mittel, mit dem man ihm entgegentreten will. Warum erzeugt der Zusammenbruch von zwei Bürohochhäusern so leicht einen Krisenkonsens? Der Einsturz des World Trade Center macht unmittelbar sichtbar, in welcher Situation wir seit Ende der 80er Jahre leben: es kommt kein neues Produktionssystem, das den Fordismus/Taylorismus ersetzen könnte, noch kann die »Informationsrevolution« das ersetzen, was das Fließband gebracht hatte.⁶

Das Kapital hat Mühe, den Planeten zu beherrschen und – im Gegensatz zu dem, was gesagt wird (oder gesagt wurde) – es erscheint zerbrechlich. Die großen Konzerne ziehen ihre Investitionen aus den Schwellenländern zurück und schwächen sie damit noch mehr. Früher bemühte sich der Imperialismus, auf Erhebungen an der Peripherie mit einem Anschein von Entwicklung zu antworten (Plan von Constantine in Algerien, Schaffung kleinbäuerlichen Eigentums in Südvietnam, Förderung der »grünen Revolution« gegen die »rote« usw.). Heute gibt es nichts von alledem. Die Aktion der NATO in Ex-Jugoslawien führt zu keinerlei Wachstum. Die 100 Milliarden Dollar, die von den amerikanischen Bundesbehörden aufgebracht wurden, werden allein der US-Ökonomie zugute kommen.

In den Bergen Afghanistans liegt weder die Geburtsstätte der gegenwärtigen Widersprüche, noch die von möglichen Lösungen. Ihr Ursprung liegt im Innern und ist zunächst sozial und erst dann »geopolitisch«: sie liegt in der Unfähigkeit dieser Produktionsweise, sich zu verallgemeinern und dabei überall positiv zu wirken.

Unsere Welt ist *eine*. Der Beduine im Sinai, der davon lebt, daß er billigen Schmuck und vor allem das Bild seiner Lebensweise an den europäischen Techniker verkauft, der seine Wüste durchquert, gehört zum selben Universum wie der »trekker«. Die Nikes werden in Asien hergestellt – aufgrund der dort herrschenden Arbeitsbedingungen. Im vormaligen Rhodesien hat der Weiße den Schwarzen ausgebeutet, weil das im Kolonialhandel größeren Profit einbrachte – seit Zimbabwe daraus geworden ist, verliert das Land diese traurige Bestimmung, rutscht aber in den Bankrott. Wenn durch ein Wunder die Rollen von Italien und Thailand im Welthandel ausgetauscht würden, flögen eben die Ingenieure und Händler aus Bangkok als Sextouristen nach Rom. Solidarische Wirtschaft und fairer Handel haben höchstens als Ideologie (schlechtes Gewissen und Halbheiten) Platz in einem System, wo der Reichtum des einen auf der Verarmung des anderen beruht.

Das Kapital bewegt sich von Paradox zu Paradox und steuert dabei auf einen Endpunkt zu. Seit dem Fall der UdSSR stellt es sich als Horizont dar, der nicht zu überschreiten ist; aber gleichzeitig hat es große Schwierigkeiten, sich optimal zu verwerten und erweist sich als unfähig, die ehemals bürokratischen Gesellschaften zu organisieren.

Diese Welt geht auch am Fehlen einer kommunistischen Perspektive zugrunde. Die gesellschaftliche Kritik beschränkt sich auf einen Neo-Reformismus, der höchstens in seinen Vorschlägen und Verhaltensweisen radikal ist, oder auf eine archaische Waffensammlung: Ethnizität, religiöser oder anderweitiger Fundamentalismus, Nationalismus, Identitätsreflexe usw..

Bewaffnete Kämpfe von Minderheiten und Attentate sind nichts Neues, doch die Bedeutung des 11. September ist eine ganz andere. Von Sarajewo 1914 über die Bomben der IRA bis zu den Anschlägen der Palästinenser in den 70er Jahren zielten diese Aktionen auf die Konstitution einer staatlichen Einheit, einer Nationalökonomie, also darauf, die Welt noch weiter zu kapitalisieren. Die Zerstörer des World Trade Center wollten offensichtlich die Macht der USA schwächen, setzten ihr aber keine alternative Entwicklung, nicht einmal eine islamische, entgegen.

Während früher das Infragestellen der Ordnung bedenkenlos als progressiv bezeichnet werden konnte, will die Protestbewegung heute nur noch sie selbst sein und ohne modernisierenden Anspruch das herrschende Modell kopieren. Der Nationalismus zerfällt in Stücke: ein unabhängiges Indonesien oder ein unabhängiges Vietnam waren ökonomisch gangbar. Das gilt nicht mehr für Timor. Heute betonen Regionen ihre Einzigartigkeit und haben dabei kein anderes Programm als ihre Wurzeln wiederzufinden und damit nach internationaler Hilfe zu rufen.

Ein Weltsystem zieht sich auf seine historischen Bastionen zurück (Vereinigte Staaten, Europa, Japan) und behandelt den Rest als Brachland, wo es Ressourcen und Wert abschöpft, wenn es geht, und die Ordnung wiederherstellt, wenn es sein muß (allerdings sehr viel weniger als zuvor).

Obwohl der Kapitalismus die Erde seit mehreren Jahrhunderten beherrscht, ist seine wesentliche Lebensweise (Austausch von Arbeit gegen Geld, Einheit von Produktion und Konsum, Schaffung eines Binnenmarktes) nicht auf alle ausdehnbar. Wer sich darüber freute, daß die Industrialisierung Südafrikas schließlich der Apartheid ein Ende setzte, muß heute feststellen, daß Saudi Arabien, feudal und voller Erdöl, *und* Burkina Faso integrale Bestandteile dieses Weltsystems sind.

Aber in bestimmten Perioden (in der Mitte und am Ende des 19. Jahrhunderts, sowie nach 1945) vergrößert sich das kapitalistische Herz, seine Basis erweitert sich und dehnt die Zirkulation der Waren (beginnend mit der Arbeit) weit über die Metropolen hinaus aus. In anderen Phasen (während der großen Depression 1873-95 und zwischen den beiden Weltkriegen) zieht es sich zusammen: in einer solchen Phase leben wir seit ungefähr zwanzig Jahren. In der gesamten Dritten Welt zeigt das wahnsinnige Wachstum der Städte das Zerbrechen der alten Gemeinschaften an, ohne daß es die Möglichkeit gäbe, diese entwurzelten Massen einzureihen (der sogenannte Staatskapitalismus) oder zu integrieren (der sogenannte Marktkapitalismus). Wir erleben eine Proletarisierung, eigentlich eine Lumpenproletarisierung, die aber vor allem negativ bleibt und nur zu geringem Teil in Arbeit gesetzt wird, weil es keine *rentablen* Beschäftigungen gibt (und die Betroffenen wissen, daß keine Tobinsteuer daran etwas ändern würde). Der Kapitalismus verdinglicht die Welt über das

Maß hinaus, das für ihn selber vernünftig ist, das heißt, er setzt sich selber ins Ungleichgewicht, indem er die Menschheit in zwei Kategorien zerteilt.

Auf der einen Seite diejenigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen können, wobei sich ihre soziale und menschliche Situation verschlechtert und ihre Arbeit inhaltsleer wird.

Auf der anderen Seite die ungeheure Mehrheit der Menschen, die das Kapital nicht in Lohnarbeit zu setzen vermag. Im Gegensatz zur Epoche der Dekolonisation versteht diese Mehrheit heute, daß ihr das kapitalistische Universum verschlossen bleiben wird, was in ihr Frustrationen und Haß erzeugt. Hinzu kommen die verarmten Mittelschichten, die früher in Asien oder Afrika als mittlere Kader der bäuerlichen Massen eine neue Position in der Gesellschaft fanden, was heute ausgeschlossen ist. Aus eben diesen Mittelschichten kommen die mutmaßlichen Attentäter. Das Wichtige ist aber nicht, daß es einige zehntausend »Fanatiker« gibt, sondern einige hundert Millionen, die sich selbst überlassen sind und ohne die die Aktion der ersteren nicht möglich wäre.

Das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital regiert die Welt, nicht in dem Sinn, daß die Tendenz zur Akkumulation des Werts alles bestimmen würde, sondern weil seine Dynamik die Gesamtheit der früheren Verhältnisse erschüttert, zerstört oder neu zusammensetzt. Dort, wo diese Tendenz sich nicht aufzwingt, entwickeln sich die früheren Lebensformen gegen sie und unter ihrem Druck. Der Druck der destrukturierten Massen, die nicht in Lohnarbeit kommen werden (und die in die auseinandergerissene alte Handelsökonomie schlecht reintegriert werden können) speist die Revolten. Diese wurden lange Zeit in nationale Bahnen kanalisiert (was auch immer das Wort »national« im Irak oder im Sudan bedeutet), solange ein unabhängiger Staat und ein »Durchstarten« möglich schienen. Die Revolten zerbröckeln heute in vielfältige regionale, ethnische, religiöse Forderungen – auch dies sind Auswirkungen, die der Experte mit Ursachen verwechselt.

Ohne den Antisemitismus und die Vernichtungslager gäbe es Israel nicht, Aber der Zionismus konnte sich nur durchsetzen, weil er Millionen von Immigranten in Lohnarbeiter verwandeln konnte, die für Unternehmen

arbeiten, welche ihre landwirtschaftlichen Produkte, Diamanten, Waffen, Hochtechnologie und Dienstleistungen auf dem Weltmarkt verkaufen können. Es mögen Zweifel erlaubt sein, ob der Arbeitsmarkt offen ist für den Durchschnittsbürger eines eventuellen palästinensischen Staates.

Was außerhalb der kapitalistischen Metropolen gilt, findet sich auch in ihrem Inneren, wo sich eine Masse von Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt sieht, eingerahmt durch den Konsum, überwacht vom Staat, aber letztlich sich selbst überlassen. Trotz des unterschiedlichen Ausmaßes existiert ein gemeinsamer Punkt zwischen dem Gemetzel in New York und der Nacht in Béziers einige Tage zuvor, wo ein junger Magrebiner die Polizei entschlossen mit einem Raketenwerfer angegriffen hat. Egal, was Journalisten und Politiker dazu sagen, ein großer Teil von Bewohnern dieses Planeten freute sich über das Attentat vom 11. September und hielt die darüber vergossenen Tränen für unanständig, weil sie die Tausende Toten hier mit den Millionen Toten dort verglichen haben. Hätte man über die Zwillingsstürme in Belgrad oder in den Vorstädten von Djakarta genauso geweint? Frustration und Haß führen früher oder später zur Revolte, dies ist im allgemeinen die schlimmste Form von Revolte, auf die eine noch schlimmere Reaktion folgt. Die vorherrschende Kritik an dieser Welt ist heute *negativ* und häufig vermittelt mit der Suche nach einem mythischen, vorkapitalistischen goldenen Zeitalter.

Mit diesem Grauen September bezahlt die entwickelte Welt das Wahngebilde ihrer technologischen Überlegenheit. Seit nunmehr 15 Jahren tut man so, als könne die »Schaffung von Wert« mit einem Lächeln und ein paar Glasfasern bewerkstelligt werden. Kraft ihrer Anbetung der Modernität konnten sich die Staaten trotz ihrer Legionen von Politologen nicht vorstellen, daß »Unterentwickelte« zu einer solchen Herausforderung fähig sein könnten, und schon gar nicht, daß ihre Durchführung gelingen könnte.

Diese Welt zahlt auch den Preis für eine finanzielle und ökonomische Illusion, die postulierte, daß aufgrund nunmehr konstanter Produktivitätszuwächse die Krisenzyklen verschwinden würden. Die Information wurde zum ersten Produktionsfaktor getauft, es sei Schluß mit abnehmenden Er-

trägen, Schluß auch mit der menschlichen Arbeit im klassischen Sinn, alles würde ersetzt durch Symbolmanipulateure ...

Politisch bezahlt sie für ihren Glauben an ein wirtschaftliches Absterben des Staates, der seine politische Entscheidungsstruktur und seine Management-Funktionen aufgeben sollte. Die Zivilgesellschaft in ihren vielfältigen Bestandteilen könne sich theoretisch selbst verwalten und die Gegenkräfte hervorbringen, die eine wahrhafte Demokratie ausmachen. In Wirklichkeit ist die Selbstregierung der Zivilgesellschaft ein Trugbild, und die Staaten lenken weiterhin die Welt, koppeln sich aber von der Gesellschaft ab. Es ist mehr als ein Symbol, wenn die Herren des Planeten, im übrigen demokratisch gewählt, dazu gezwungen sind, sich im Schutz einer verbunkerten Zone zu treffen, und von nicht gewählten, aber zahlreichen Mitgliedern ihrer Staatsvölker belagert werden. Die Imperative des Staates und der repräsentativen Demokratie sind seit zwanzig Jahren doppelt verleugnet worden: von der liberalen Rechten, die den Staat aus seiner notwendigen Rolle in der Ökonomie herausnehmen wollte; und von der Linken, die auf das bißchen, was sie noch von der Rechten unterschied, verzichtete und damit die Politik auch noch um die letzten Streitpunkte beraubte. Alle Parteien haben daran geglaubt, daß die Marktmechanismen zu einer Selbstkonstitution der Demokratie führen. Diese Krise der Repräsentation und der Legitimation explodiert in den Straßen von Göteborg und Genua.

Diese Welt hat versucht, den Menschen zu einem Produzenten und Konsumenten zu machen und bezahlt nun das Fehlen einer Perspektive, eines Projekts, eines Traums. Brot und Spiele... aber keine Rosen. Das Glücksversprechen des Supermarkts begünstigt überdies den Fundamentalismus. Die jungen Leute hätten weniger Grund »Nieder mit der Musik!« zu sagen, wenn sie mehr Oum Kalsoum [arab. Hochmusik] oder Monteverdi hören würden statt Fahrstuhlmusik. Man kann auch verstehen, daß der Koran eine größere Anziehungskraft ausübt als die seichte »Surf-Kultur« [culture de la glisse].

All diese Aspekte haben eines gemeinsam: sie enthüllen die Tendenz, die menschliche Tätigkeit aus der Realität des Kapitals zu entfernen. Aber man kann die Geschichte nicht ewig hintergehen. Wir berühren hier das,

was *Invariance* »die Anthropomorphose des Kapitals«⁴ genannt hat: wie weit es auch gehen mag, es wird nie zum Körper werden. Es ist kein sich selbst unterhaltendes Spektakel mehr, wie Debord in seinen letzten Texten schrieb. Die kapitalistische Zivilisation bleibt ein Verhältnis zwischen Arbeit und Wert, und wer Arbeit sagt, sagt lebendiges und gesellschaftliches Wesen.

Das Kapital ist nur insoweit unabhängig gewordener Wert, wie es lebendige Wesen in produktive Arbeit setzt – dieselben Wesen, von denen es sich (durch maximale Roboterisierung) zu befreien träumte, bevor es sie auf eine vernachlässigbare Größe reduziert hat, inklusive die reine Repression. Man spottet jetzt über die CIA und das FBI, weil sie sich auf die elektronische Überwachung und die künstliche Intelligenz verlassen haben: haben Spione und Polizisten nicht das Recht, die Illusionen ihrer Zeitgenossen zu teilen? Das übermäßige Vertrauen in die automatisierte Kontrolle von Passagieren und Gepäck spiegelt auch die allgemeine Tendenz wider, Personal abzubauen und die Übriggebliebenen schlecht zu bezahlen.⁵ Ohne diejenigen, die sie in Gang setzen, ist die Technik bewegungslos. Es gibt keinen Wert ohne Arbeit, es gibt keinen Krieg ohne Soldaten (und ohne Tote), es gibt keine soziale Kontrolle ohne Polizisten.

Der Kapitalismus ist weit davon entfernt, wie ein abstraktes, aseptisches System zu gedeihen, das man im Laboratorium isolieren oder wie ein klimatisiertes Hochhaus vor den Unbilden der Witterung schützen kann; er ist ein gesellschaftliches Verhältnis und somit ein Verhältnis zwischen Menschen. Auf die Gefahr hin geschwollen zu reden, möchten wir daran erinnern, daß die Geschichte weiterhin von Wesen aus Fleisch und Blut gemacht und oft mit Buchstaben aus Blut geschrieben wird. Gewalttätigkeiten, Krisen, Revolutionen und Kriege bleiben der Motor der kapitalistischen Entwicklung.

⁴ In der Zeitschrift *Invariance* argumentierte der ehemalige französische Bordigist Jacques Camatte, das Kapital sei in seiner Entwicklung »autonom« geworden, existiere unabhängig von der Ausbeutung lebendiger Arbeit und könne daher auch nicht mehr von seinem Produktionsprozeß her angegriffen werden. Die Autoren wenden sich hier gegen diese Auffassung vom Kapital als einem autonomen, menschähnlichen (anthropomorphen) Subjekt. Anm.d.Ü.

⁵ siehe hierzu den Spiegelartikel im Anhang

Das Kapital schafft es insbesondere nicht, sich von seiner Bindung an die Proletarier zu lösen oder sie einfach durch immer mehr Konsum an sich zu binden. Im Auto steckt mehr als ein Auto.⁷ Es kann sich auch nicht damit zufrieden geben, all jene, die es nicht braucht, endgültig zu marginalisieren. Um ein Maximum an Zirkulation sicherzustellen, braucht der Kapitalismus in seinen entwickeltsten Zonen ein Mindestmaß an Integration.

Der 11. September 2001 und was zu ihm geführt hat, bezeugt, daß die Umstrukturierung – ein Mittel zur besseren Beherrschung der Welt durch das Kapital – mehr ist als die Reorganisation der Verhältnisse zwischen Arbeitskraft und potentielltem Käufer – vor allem, wenn diese Reorganisation bei den Proletariern auf Forderungen stößt – und seien sie auch begrenzt.

Der Westen hat das Verschwinden der UdSSR laut beklatscht. Ihr Scheitern stellt für die englischen, französischen, amerikanischen usw. herrschenden Klassen tatsächlich einen Sieg dar. Aber dieses Gefühl der Überlegenheit führte zu den oben erwähnten Versäumnissen. Die Kapitalisten schlossen daraus, daß sie keinen inneren oder äußeren Feind mehr hätten und nun ihre bloße Existenz ausreichen würde, um sich durchzusetzen. Tatsächlich waren aber die USA, Europa und Japan nicht fähig, die durch den Untergang des sowjetischen Blocks befreiten Zonen zu stabilisieren.

Die Wiedereroberung kann nicht einfach materiell und strategisch erfolgen, denn kein System funktioniert dauerhaft durch puren Zwang. Sie wird politisch und sozial sein müssen, aber auf dieser Ebene entsteht nichts von Bedeutung, und die geplanten oder bereits laufenden militärischen Operationen sind dafür nicht der ideale Rahmen.

Es liegt weder in der Logik des Kapitals, auf dem ganzen Planeten die Lohnarbeit durchzusetzen (dieses Ziel ist nicht realisierbar und wäre kontraproduktiv), noch beschränkt sich seine Entwicklung darauf, die Kapitale zusammenzubringen: sondern sie müssen noch immer als Kapitale angewandt werden und die Vermittlung durch Arbeit durchlaufen, und die kann man nicht wie einen Sack Zement kaufen. Die Zeit der Sklaverei ist

abgelaufen, das »Menschenmaterial« ist keine Sache. Man muß einen möglichst geschmeidigen Übergang zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit bewerkstelligen. Es geht nicht darum, jedem einen Arbeitsplatz zu geben, aber der Großteil der Leute muß darauf hoffen können.

Die Anschläge bringen auf grausame Weise ein Charakteristikum der letzten 20 oder 30 Jahre ans Licht.

In dem Teil der Welt, den man einmal Dritte Welt nannte, ist kein Führer und keine Partei in der Lage, eine ursprüngliche Akkumulation⁶ in Gang zu setzen. Früher war diese Mobilisierung nicht ausschließlich erzwungen und mit Gewalt durchgesetzt: sie enthielt die Hoffnung auf bessere Tage, für die man Opfer zu bringen bereit war. Heutzutage gibt es kein solches Mobilisierungsprojekt. Die Regierungen akzeptieren entweder die Diktate der multinationalen Konzerne, oder sie begnügen sich damit, das Land in den Tag hinein zu regieren, oder sie verhalten sich wie vor-kapitalistische Beutemacher. Angesichts der ganzen Korruption wäre »der saudische Milliardär«⁸ beinahe als Robin Hood, Verteidiger der Armen, glaubwürdig.

Nach 1949 zwang die maoistische Bürokratie Hunderte von Millionen Chinesen dazu, die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus im Wettlauf zum Glück zu beweisen, und der Große Sprung nach vorn machte aus Dörflern zwangsweise Stahlarbeiter. Das Experiment endete in einer wirtschaftlichen und menschlichen Katastrophe, aber zumindest hatte man erfolgreich die Massen »zum Erstürmen des Himmels« angestoßen. Heutzutage gibt es nirgendwo eine ähnliche Dynamik, und Erfahrungen wie die Taliban wenden sich schlicht ab von einer Entwicklung auf der Basis von Kommerz und Lohnarbeit, auch wenn diese künstlich und mystifiziert ist. Es gibt keinen Raum mehr für ein Wachstum aus eigener Kraft. Psychologisch gesprochen: »Man glaubt nicht mehr daran«. Die aktuelle kapitalistische Expansion in China ermutigt 10 bis 20 Pro-

⁶ Marx benutzt diesen Begriff kritisch und ironisch und setzt ihn in Anführungszeichen. Denn das, was die bürgerliche Ökonomie als eine Form von Akkumulation darstellt, war in Wirklichkeit die Losreißung der Produzenten vom Boden und ihren Produktionsmitteln. Im marxistischen Jargon hat es sich dann leider eingebürgert, diesen Prozeß unter »ursprüngliche Akkumulation« zusammenzufassen – **ohne** Anführungszeichen; siehe Kapital, Bd. I, Kapitel 24.

zent der Chinesen und marginalisiert den Rest. Die Bevölkerung erduldet das und flüchtet sich in die Überreste der Vergangenheit, um weniger oder leichter zu leiden. Und was die reichen Länder betrifft: hier »umgeht« die benachteiligte Fraktion das Kapital und kommt in der Parallelokonomie unter.

Als historisches Projekt erfährt der Islamismus selbst einen starken Rückgang. Es ging darum, aus dem Islam den Rahmen einer gangbaren Entwicklung zu machen, was eine wirksame Integration in den Weltmarkt impliziert, wenn das betreffende Land keine Zukunft wie Antigua oder Vanuatu hat. Es ist eine Sache, die Scharia durchzusetzen, aber eine andere Sache, auf solchen Grundlagen Gesellschaft und Ökonomie so zu reorganisieren, daß sie auf dem planetaren kapitalistischen Ozean navigieren können. Der Iran verzichtet darauf, und weder Pakistan noch die Erdölmonarchien haben das je versucht. Saudi Arabien hütet sich davor, die Scharia auf das anzuwenden, wovon es lebt: das schwarze Gold, das es wie ein unheiliges Kapital behandelt. Die Religion und mehr als jede andere der radikale Islamismus sind als Wirtschaftsmodell seit langem überholt.⁹

Was das Herz des Kapitalismus betrifft, so fallen die Attentate nicht nur in eine Zeit, in der ein neues Produktionssystem auf sich warten läßt – und zwar auf allen Ebenen: sozial, technisch, politisch –, sondern sie schlagen in einem Moment zu, wo dem Wirtschaftszyklus die Puste ausgeht. Die Rezession ist da: die Wirtschaftswissenschaftler diskutieren lediglich darüber, wie tief sie ist und wie lange sie dauern wird. Die Regierenden weisen dem Konsum eine entscheidende Bedeutung zu; der wird aber gleichzeitig gebremst durch den Angriff auf die Löhne, und der zahlungsfähige Markt stößt an Sättigungsgrenzen, auch in Sektoren, die als Sturmspitzen eines neuen Entwicklungstypus galten, wie die Mobiltelefonie.

Daß man die Prosperität, das heißt die Lebenskraft der kapitalistischen Metropolen, auf einem so flüchtigen Phänomen wie dem »Vertrauen der Haushalte« ruhen lassen will, spricht Bände über ihre Zerbrechlichkeit. In der sozialen Demokratie, wo jeder nach seinem Recht auf einen (ungleichen, aber garantierten) Anteil am Konsum definiert wird, erwartet man

vom Bürger nicht mehr, daß er sein Leben auf dem Feld der Ehre gibt, sondern sein Geld im Supermarkt. Soweit er das will und kann. Man kann auf Kredit konsumieren, man kann sogar auf Kredit an der Börse spekulieren – neben anderen Hindernissen eine richtiggehende Zeitbombe.

Ohne in die Details der Rezession gehen zu wollen, lassen sich aufzählen: die wiederholten Krisen (es vergehen kaum zwei Jahre, bis das System im nächsten Land oder der nächsten Branche betroffen ist); Rückgang der industriellen Produktion in Amerika in 11 Monaten hintereinander, was es seit 1960 nicht mehr gegeben hat; das Hinübergleiten vom Aktiensturz der Hitech-Werte zu Massenentlassungen in der Industrie und der Finanz; Rückgang der Investitionen, Anstieg der Arbeitslosigkeit; enorme Subventionen durch den Bundesstaat; die Ansteckung in Europa; die Gefahren der Schuldenökonomie werden wieder entdeckt; schließlich sei an Länder wie Argentinien erinnert, in denen die Zahlungen fast zum Erliegen gekommen sind, und an die »neuen Wachstumsländer«, wo fast nichts mehr wächst.

All das beweist lediglich (aber das ist schon viel) die Fortdauer der selbstzerstörerischen Logik des Systems, die den Planeten seit zwei Jahrhunderten gestaltet und die sich in den letzten 20 Jahren verschärft und nicht abgemildert hat. Die vielbeschworene »Globalisierung« beschleunigt die Ausbreitung der Krisen. Die Einpoligkeit der Welt führt zu denselben Nachteilen wie die Megafusionen der Unternehmen: der übertriebene Monopolismus erstickt die Konkurrenz.

Ein lokaler Sieg ist wahrscheinlich – das globale Ungleichgewicht bleibt bestehen

Stockhausen hat damit schockiert, daß er im Zusammenbruch des WTC »das größte Kunstwerk, das man sich vorstellen kann«, gesehen hat. So sehr der Musiker danach seine Bemerkung bedauerte, sie erhielt in der Debatte denselben Stellenwert wie das Attentat selber. Die Realität Manhattans geht über das Materielle hinaus, so wie die Rolle derjenigen, die sich dort tummeln, über das Ökonomische hinausgeht.

Die Wall Street wird als *unser* Herz erlebt, verfluchtes aber lebensnotwendiges Organ, als »Wertpumpe«, die eine vitale Flut anzieht und wieder abstößt. Man denunziert das Geld, kann sich aber kein anderes Leben vorstellen (»Ziehen Sie das Albanien von Enver Hodscha vor?«). Für das Attentat war nicht die hohe Anzahl von Opfern wichtig, sondern, daß sie genau dort getroffen wurden: ein Massaker an 5500 EinwohnerInnen von Seaside (Oregon) hätte nicht dieselbe Bedeutung transportiert.

»(...) als sie den Rauch der brennenden Stadt sahen, riefen sie: wer konnte sich mit der großen Stadt messen? (Apokalypse, Johannes 18:18)

Als neue Unglückspropheten haben die Terroristen an alte religiöse, anti-dekadente und antiurbane Tiefen angeknüpft, die Amerika sonst nur in den Sonntagsreden seiner extremsten Christen zu hören bekommt. Aber auch Radikale, insbesondere schwarze, haben die USA als neues Babylon denunziert und ihnen das Schicksal des alten vorhergesagt.

Kann der US-Gegenschlag ein ebenso hohes symbolisches Niveau erreichen?

Da der Einsturz eines Teils von Manhattan einen Eingriff in die amerikanische Hegemonie im Namen der islamischen Werte darstellt, müßte eine angemessene Antwort eben diese Werte mit derselben Wucht treffen. Früher gab sich ein Reich, das von »Barbaren« bedroht wurde, nicht damit zufrieden, sie zurückzuschlagen, sondern es machte ihre Tempel und Götter nieder. Man kann sich schlecht vorstellen, daß eine Cruise Missile den Schwarzen Stein von Mekka, gar einen heiligen Ort zweiten Ranges, etwa am Tag einer Wallfahrt, in Schutt und Asche legt.¹⁰

So viele Konkurrenten von Berlin bis Peking tun nur deshalb so, als würden sie sich gegen ein so unbedeutendes Ziel zusammenschließen, weil sie um ihre eigene innere Stabilität fürchten, die sie nur schwer mit dem Zuckerbrot Ware und der Polizei-Peitsche absichern. Egal, welcher Geheimdienst oder welche verdächtige Gruppierung Bin Laden in seinem Privatkrieg zur Störung der Weltordnung unterstützt hat – er enthüllt die Schwäche der etablierten Strukturen.

Anstatt sich sofort ins Getümmel zu werfen, ergreifen die USA die größtmöglichen Vorsichtsmaßnahmen, um diejenigen Regimes (rund um Afghanistan und im Mittleren Osten) zu schützen, für die kein Marshallplan vorgesehen ist. Das betraf zunächst Länder mit Wachstumsmöglichkeiten, nicht Usbekistan oder Jordanien. Das Besondere am Kapitalismus ist nicht, daß man sein Auto übers Internet bestellen kann (als hätte ein elektronischer Katalog der *Trois Suisses*⁷ die Welt revolutioniert), oder daß überhaupt Autos produziert werden, sondern daß sie produziert und zu rentablen Bedingungen verkauft werden. Das sogenannte Profitgesetz ist nur die Maske der Logik der Wertproduktion. Die Klientel der Großmächte kann durch Geldspritzen konsolidiert werden, aber damit werden die Rentabilitätsprobleme dieser Mächte selbst nicht gelöst. Reiche Länder, die über die Zahlungen an ihre eigenen Arbeitslosen ungehalten sind, werden nicht Milliarden von Afrikanern und Asiaten unterstützen.

Angesichts der negativen Wut, die sich bei denen aufgestaut hat, die Frantz Fanon 1961 in bereits religiösen Begriffen die »Verdammten dieser Erde« nannte, riskiert jede Antwort, die Revolte zu radikalisieren und die Konflikte entlang der Achse Arm/Reich zu polarisieren. Verschärfend kommt hinzu, daß der Gegner sich nicht auf ein Land beschränkt und viele Formen annimmt. Die Antworten, die der Kapitalismus heute auf diese wirkliche Existenzfrage vorbereitet, können allenfalls die für ihn bestmögliche Lösung hinausschieben. Obwohl Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Pakistan zu den Brutstätten des Islamismus zählen, wird sich das Pentagon besonders davor hüten, ihre Stabilität zu bedrohen; es wird seine Falken zurückhalten und sich daran klammern, den Ruinen in Afghanistan weitere Ruinen, vielleicht im Irak, hinzuzufügen.

So hat eine politische Herausforderung solchen Umfangs, auch wenn sie nur auf ein Symbol zielte, nur eine Polizeiaktion zur Folge. Die Antwort der führenden Weltmächte auf das, was sie als große Bedrohung präsentieren, was sie aufgrund ihrer Ursachen auch ist, spart, wie jeder sagt, die Ursachen geradezu aus. Dieser Fall ist neu. Nach 1918 wurde so getan,

⁷ Katalog mit den angesagten Klamotten für die zahlungskräftige Mittelklasse, zwischen Benetton und Lacoste...

als eröffne sich eine lange Ära des Friedens. Die Sieger von 1945 sagten immer wieder, daß es zukünftig weder blutige Diktaturen noch Völkermord geben dürfte. Dann schuf die Dekolonialisierung einen Konsens über das Aufkommen gleichrangigerer Beziehungen unter den Völkern und über Wohlstand in den neuen unabhängigen Ländern. Man glaubte noch an etwas. Heute geht man an den Terrorismus wie an ein Verbrechen heran: dabei hat noch nie jemand behauptet, daß die Eliminierung eines Verbrechers, egal wie groß er ist, das Verbrechen beenden könnte. Zum ersten Mal gestehen die Staaten und die (öffentliche) Meinung von vornherein ein, daß sie nicht an die Wurzeln gehen ...

Die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation ist gering, aber nicht ausgeschlossen: niemand weiß, wie weit der Dampfhammer einschlagen wird, um die Fliege zu zerquetschen, noch welche tödlichen Schläge es geben wird. Bush wird aus diesem Jahrtausendwettbewerb jedenfalls nicht als Sieger gegen seinen schwarzen Zwilling Bin Laden hervorgehen.¹¹ Die Heldentaten der Special Forces und anderer S.A.S. werden niemals das Bild der beiden zusammenbrechenden Monolithen aufwiegen können. Egal wie die Schlacht ausgehen wird, die Erinnerung an Bin Laden wird die an seinen Bezwinger überleben.

Entweder geht der Kapitalismus (verkörpert und angeführt von seiner Nummer 1) dabei zu weit oder nicht weit genug. Er kann die Welt nur »zurückerobern«, wenn er genau das noch verstärkt, was zu den Attentaten geführt hat. Wenn er im Gegenzug Politik auf Polizei reduziert, setzt er sich neuen Angriffen aus, die ihn am Ende wirklich in Gefahr bringen.

Der Dritte Weltkrieg findet nicht heute statt, sondern übermorgen

Möglicherweise übersteht das Kapital den Schock, der mit diesem Attentat verbunden ist. Aber es ist zweifelhaft, ob es die hier nur kurz zusammengefaßten Probleme von »langer Dauer« schnell regeln kann. Es wird also die Flucht nach vorn antreten, was seine Situation verschlechtern wird.

Aus der Sichtweise, die uns interessiert, wird die kommunistische Perspektive auf sich warten lassen, je länger der Kapitalismus mit seiner Antwort zögert: es gibt kein dynamisches Proletariat ohne einen Kapitalismus, der selbst dynamisch ist; nur das Proletariat kann den von dieser Gesellschaft vorgeschlagenen Reichtum kritisieren – und nicht nur die Armut, die sie durchsetzt. Wenn einmal eine radikale Kritik am Horizont erscheint¹², dann kann sie sich nirgends verfestigen und organisieren. Ein Porträt der Klassenkämpfe wäre unvollständig ohne Vorkommnisse wie bei AOM-Liberté (frz. Luftfahrtgesellschaft, A.d.Ü.), wo es die Lohnabhängigen feierten, daß ein Ex-Gewerkschafter die Geschäftsführung übernimmt und die vorgesehenen Entlassungen reduziert. Der aktuelle Zyklus der kapitalistischen Entwicklung trägt seine Überwindung nicht in sich.

Die Zeiten sehen weder nach kommunistischer Erneuerung noch nach großen innerimperialistischen Konflikten aus. Nicht die Ermordung eines österreichischen Prinzen hat Europa 1914 in einen Krieg geworfen, sondern die Unfähigkeit der industriellen Zivilisation, sich friedlich zu verständigen. Die USA sind aktuell und in Zukunft weniger von den Islamisten als von der europäischen oder gar japanischen und chinesischen Konkurrenz bedroht ... Eine Proletarisierung ohne damit einhergehende Schaffung von Lohnarbeitern: hier liegt die Ursache für die aktuellen Zuckungen, die fälschlicherweise als archaisch eingestuft werden. Aber sie werden nicht ausreichen, um die Großmächte in einen verallgemeinerten Konflikt hineinzuziehen.

Die historische Tragweite der US-Gegenoffensive liegt nicht in ihrer leider sehr realen Fähigkeit, Afghanistan und die gesamte enterbte Region mit Feuer und Schwert zu verheeren. Sie liegt darin, ob die kapitalistischen Metropolen von heute und morgen in diesen Erschütterungen voranschreiten oder zurückfallen.

»Unsere Strategie muß sich jetzt darauf konzentrieren, das Auftauchen jedes potentiellen globalen Konkurrenten zu verhindern.« (Pentagon-Bericht, 1992)¹³

Weder Europa noch Rußland haben lange damit gewartet, ihr eigenes Spiel zu machen in einer antiterroristischen Zufallsunion, die den Weg geöffnet hat für alle Anpassungen und Allianzwchsel.¹⁴ Die imperialistischen Rivalitäten bedrohen die Welt; wenn es keine Revolutionen gibt, werden sie früher oder später zu immensen Weltenbränden führen, bei denen die Randkonflikte nur als Zünder dienen. Bis dahin ist der »Krieg gegen den Terrorismus« lediglich eine PR-Operation, die mehrere Milliarden Dollar, verstärkte Polizeikräfte und einen Haufen Leichen kostet. Ubu contre Ubu.⁸ Als Geschöpf des amerikanischen Imperialismus im Kampf gegen den russischen Imperialismus ist Bin Laden ein Widerspruch innerhalb des Kapitalismus und eben kein Gegenspieler des Kapitals.

Kann man überhaupt von Altertümlichkeit sprechen, wenn das Wiederleben der Vergangenheit unter der Last und den Schocks der Moderne stattfindet? Bemerkenswert ist doch viel eher, wie zerbrechlich die Tradition gegenüber dem Kapital überall dort ist, wo dieses Lohnarbeit und Warengesellschaft durchsetzt.

Der Islamismus ist kein plausibler Schritt mehr hinter den Kapitalismus zurück, so wie die UdSSR auch keine Alternative zu eben diesem Kapitalismus war. Die Zugehörigkeit des bürokratischen Blocks zu einem Weltsystem war überdeutlich, dank der Lohnarbeiterschaft und des Produktionskults in allen Ländern des Ostens. Beim Islamismus ist diese Integration weniger deutlich, da er sich auf eine andere Ideologie beruft. Das Kapital ist jedoch nicht Agent eines gleichförmigen Fortschritts, der schließlich zu mehr Gleichheit unter demokratischerer oder moralischerer Leitung führen soll. Der Arbeitslose in Bengalen und der Angestellte eines Callcenters in Yorkshire sind im Grunde genommen auf gleiche Weise mit Besitzlosigkeit und Herrschaft konfrontiert. Aber diese werden fast nie als gemeinsame erlebt und angegriffen. Die Attentate vom 11. Septembers 2001 und die darauffolgende Gegenoffensive entfernen diese beiden Proletarier weiter voneinander, zumindest auf der Erschei-

⁸ Das Theaterstück »König Ubu« (1896) des Franzosen Alfred Jarry führt in satirischer und absurder Weise einen ebenso gewalttätigen wie feigen und unfähigen König vor, der sich selbst an die Macht gebracht hat. »Ubu« wurde in der Linken zu einem Synonym für die vielen kleinen Diktatoren auf der Welt. Anm.d.Ü.

nungsebene, und machen es noch schwerer, daß aus der Gemeinsamkeit der Bedingungen ein bewußtes Gemeinwesen wird. Kapitalismus und Barbarei: so sieht die nahe Zukunft aus.

J.-P. Carasso, G. Dauvé, K. Nestic – 22. Oktober 2001

Anmerkungen:

1. Vgl. die Beschreibung der »logistischen Plattform« (10 Mrd. frz. Francs) des Textilunternehmens Mango im »Wettrennen gegen die Zeit«, *Les Echos*, Juli-August 2001.

2. Unter anderem O.Bayer, *Les Anarchistes expropriateurs*, Atelier de Création Libertaire, Lyon; A. Salmon, *La Terreur noire*, 1959, Neuauflage bei 10/18, 1973; Max Hölz, *Un rebelle dans la révolution. Allemagne 1918-1921*, Spartacus.

3. Es ist nicht egal, daß die Rolle der großen Figur der Französischen Revolution von Robespierre auf Männer wie Danton, sogar Condorcet oder den Abbé Grégoire verlagert wurde. Die Entwicklung geht in Richtung einer Ablehnung der Rauheiten. Auch die Vergangenheit wird befriedet.

4. 1968 hatte der Satz »Wir sind alle deutsche Juden« seine subversive Kraft aus einem Aufeinanderprall und einer Vereinigung von Gegensätzen, sowohl in seinem Inhalt (Juden/Deutsche) als auch bei denen, die ihn aussprachen (Franzosen/Deutsche). Die Formel fegte auch den Patriotismus von PCF und CGT weg. Die Demonstranten, die ihn riefen, leugneten jede Trennung zwischen menschlichen Wesen (sie/wir), indem sie sich mit einer Gruppe identifizierten, die von der Menschheit besonders zurückgewiesen wird und versicherten: wir = ihr = alle. Die Anwendung auf eine Unzahl von Gruppen in der Folgezeit (»Wir sind alle Immigranten, Afghanen, Palästinenser« usw.) hieß, jeder Kategorie andere hinzuzufügen und die Menschheit als Juxtaposition von Identitäten zu betrachten. »Wir sind alle deutsche Juden« kritisiert den Begriff des deutschen Juden und transportiert implizit die Hoffnung, daß es keine »Juden« oder »Deutsche« mehr geben möge. Die Totalität der heutigen Wiederaufnahmen der Parole will im Gegenteil jeder Kategorie zu ihrem Recht verhelfen. Man ging vom »Reißt die Mauern ein, die uns trennen« zum »Es leben die Trennmauern!« über. Die Formel ist jeglichen Sinns beraubt worden, dient nur noch der Werbung, und so wurde sie auch innerhalb von fünf Tagen auf die Amerikaner ausgedehnt. Mit der Feststellung dieser Entwicklung soll nicht der Mai '68 idealisiert werden, der in der Tendenz viele Widersprüche enthielt, die durch die konkrete Aktion und ihre weitere Akzeptanz gelöst wurden.

5. Im selben Zeitraum und ohne voneinander zu wissen haben Bordiga und die Situationistische Internationale jeweils auf ihre Weise den Lebensstil und insbesondere die Architektur kritisiert. Aus den zahlreichen situationistischen Texten zitieren wir *Potlatch*, Nr. 25 vom 13. Oktober 1955. Artikel von Bordiga sind in *Espèce humaine et croute terrestre* (Menschliche Gattung und Erdkruste), Payot, versammelt. Viele sind auch wieder abgedruckt in (*Dis*)*Continuité* (5 rue J.Brel, 8700 Nexon).

Fügen wir hinzu, daß es zwar das alte Paris nicht mehr gibt, aber auch New York sich verändert hat und sozial gereinigt wurde: vgl. B. Benderson, *Sexe et solitude*, Payot, 1999.

6. Dieser Punkt wird in *Dynamique de la rétraction* entwickelt werden. Der antiamerikanische Angriff vom September 2001 bezeugt ein »entre-deux« des Kapitalismus, das schon 1999 zu Tage trat. Vgl. unseren Text *10 + 1 Fragen zum Krieg der NATO gegen Serbien*.

7. Diese gelebte Wirklichkeit ist schon in die Werbung integriert worden: »Wir vermieten Ihnen mehr als ein Auto«.

8. Wollen die Medien nicht einfach sein Image schädigen, wenn sie ihn so oft so bezeichnen? Man nennt Bush selten »den texanischen Milliardär«. [Mitte Dezember geben »US-amerikanische Experten« das Vermögen von Osama bin Laden auch nur noch mit »25 Mio. Dollar« an; d. Übers.]

9. G.Kepel, *Jihad - Expansion et Déclin de l'Islamisme*, Gallimard 2000. O. Roy vertritt eine ähnliche These. Der politische Gebrauch des Islam durch die Großmächte begann vor dem 19. Jahrhundert und geschah im 20. Jahrhundert, als die Bolschewiki versuchten, den muslimischen Glauben in den Dienst der Arbeiter- und/oder nationalen Bewegung zu stellen (Kongreß von Baku, 1920).

10. Ein noch größerer Sieg wäre es, den Islam nicht zu erniedrigen, sondern ihn im Gegenteil aufzuwerten: Mekka in ein kalifornisches Lourdes und die Imame in Fernsehprediger zu verwandeln; aus der Vergötterung ein Geschäft zu machen und – unter Beibehaltung der charakteristischen Abstraktion des Koran – keine Fetische, sondern virtuelle Spiritualität, das heißt, eine Spiritualität des Nichts zu verkaufen. Leider erfordert eine Religion nach amerikanischem Muster eine Gesellschaft desselben Typs.

11. Vgl. den im *Guardian* erschienenen Text von Arundhati Roy; in der FAZ nachgedruckt unter dem Titel »Terror ist nur ein Symptom« (FAZ 28.9.2001).

12. Siehe »Die Zeugen von Genua« von S. Quadrupani über Genua, erhältlich über die website von Infozone: http://www.listes.samizdat.net/wws/info/infozone_1

13. Zitiert in Foreign Affairs, Sommer 2000.

14. Diejenigen, bei denen der Antiamerikanismus ihre Ablehnung der Welt ausmacht, entledigen sich so der Kritik dieser Welt. Darüberhinaus bedeutet die Identifizierung von Kapitalismus mit den USA eine Rückkehr in die Blocklogik. Das ist der Fall bei *Le Monde Diplomatique*, der letzten Metamorphose des »Dritt-Weltlertums«.

Weitere Veröffentlichungen von »troploin«

Le fichisme ne passera pas, 1999

(Deutsche Übersetzung in Wildcat-Zirkular 56/57, Mai 2000, Seite 32 ff.)

10+1 questions sur la guerre de l'OTAN contre la Serbie, 1999

Autre temps, 2001

(Deutsche Übersetzung im nächsten Wildcat-Zirkular, Frühjahr 2002)

<http://troploin0.free.fr> (es gibt eine CD-Rom)

Kontakte über

AREDHIS, B.P. 20306, F – 60203 Compiègne Cedex

Lücken am Checkpoint

Der Spiegel 41/2001

Die Sicherheitskontrollen an deutschen Flughäfen sind unterbezahlt und überfordert

Sven K., 23, war gerade mal sieben Tage in dem neuen Job, als er an der Sicherheits-schleuse in Berlin-Tegel den Passagier Salko Loncaric filzte. Weil die Handsonde laut piepste, knöpfte der Wachmann dem Fluggast mehrere Schlüssel und Steinchen ab. Danach durfte der 40-jährige Bosnier an Bord – und brachte wenig später mit zwei Holzknüppeln und einem Messer die Maschine ... in seine Gewalt. Mit Waffen, die Kontrolleur K. schlicht übersehen hatte.

Der Vorfall vom Januar 1997 verlief glimpflich ... Doch die peinliche Panne von Berlin-Tegel belegt eine fatale Entwicklung bei der deutschen Flugsicherheit, vor der Polizei und Gewerkschaften seit langem vergeblich warnen: Denn kurz vor dem Fall Loncaric hatte das Personal am Checkpoint gewechselt. Ein privater Sicherheitsdienst hatte mit einer Billigofferte den angestammten Schutz- und Wachdienst unterboten. Die neuen Kontrolleure wurden nicht nur schlechter bezahlt, sondern offensichtlich auch schlechter geschult.

Die Politik will es bis heute so, selbst in den Tagen groß angekündigter Anti-Terror-Pakete: Das Kabinett Helmut Kohl hatte 1992 eingewilligt, die immens hohen Kosten für die Flugsicherheit durch Einsatz privater Dienstleister zu drücken... Der Billigste erhält den Zuschlag. ... Die Bezahlung der Männer und Frauen, die mit Handsonden und Röntgengeräten nach Waffen suchen, erinnert in der Tat an die Dumpinglöhne auf vielen Großbaustellen: 13 Mark brutto pro Stunde bekommt ein Kontrolleur in Berlin-Schönefeld, nur 11,80 Mark sein Kollege am Airport Leipzig-Halle. Den Negativ-Rekord hält Erfurt mit 11,36 Mark Stundensatz, der Monatslohn bleibt damit auf Sozialhilfe-Niveau. ... Wer kann, sucht sich schnell was Besseres, ständig müssen deshalb neue Kräfte angelernt werden. ...

[Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei:] »Bei den Niedriglöhnen müsse der Hinweis erlaubt sein, daß »Menschen mit negativen sozialen Rahmenbedingungen« leichter Fehler machten – und empfänglicher für Schmiergeld seien...«

Warum diese Verzweiflung?

von George Caffentzis

Öl und Fundamentalismus

Aus einem größeren Blickwinkel betrachtet, können die Ereignisse des 11. September auf die ökonomische, soziale und kulturelle Krise zurückgeführt werden, die sich in Nordafrika, im Mittleren Osten und Westasien als Folge des Golf-Kriegs entwickelt hat, sowie auf den vorausgegangenen beschleunigten Globalisierungsprozeß seit den späten 70er Jahren.¹

Das erste Merkmal dieser Krise war die zunehmende Verarmung der städtischen ArbeiterInnen und der Bauern in diesen Regionen gewesen, verursacht durch die Politik der Strukturanpassungsprogramme (SAP) und Importliberalisierung, die wir auf den Beginn der ägyptischen »Politik der offenen Tür« zurückdatieren können. Eine Politik, die Anwar Al-Sadat 1981 das Leben kostete und den Aufschwung des islamischen Fundamentalismus² als neue politische Kraft mit sich brachte.

¹ Die Beschreibung der Kette von Nationalstaaten, die einer naiven politischen Geographie nach bei Marokko beginnt und bis Pakistan reicht, hat einige Schwierigkeiten bereitet. Sie ist nicht arabisch, aber ist sie islamisch? Unterliegt eine solche Beschreibung nicht dem Orientalismus? Schließlich beschreiben wir den Nationenbogen von Chile über Russland über Irland nach Island auch nicht generell als Christentum, obwohl die dominierende Religionszugehörigkeit (wenn sie denn eine haben) ihrer Bevölkerungen zu irgendeiner Sorte Christentum gehört. Aber wenn weder arabisch noch islamisch, was dann? Mit dem Wissen um diese Probleme habe ich in diesem Essay Begriffe benutzt, ohne unbedingt immer davon auszugehen, daß sie die Wirklichkeit genau treffen.

² Wiederum ein Problem: was ist islamischer Fundamentalismus? Jeder Definitionsversuch ist schwierig, wenn in Betracht gezogen wird, dass es viele Gruppen und Bewegungen gibt, die sich als islamische Fundamentalisten begreifen, oder die als solche beschrieben werden. Zum Zwecke einer Einordnung der Ideologie kann man sagen, daß islamische Fundamentalisten einen islamischen Staat errichten wollen, der an den Lebensgewohnheiten der frühen muslimischen Gemeinschaften ausgerichtet sein soll. Natürlich müssen wir die alte Gebrauchsanweisung von Marx im Kopf haben: Vorsicht mit den Aussagen des Händlers, der dir einen Mantel verkaufen will! Eine gute Analyse des Islamischen Fundamentalismus und seiner politischen und ideologischen Grenzen findet sich bei Faksh, 1997.

Von den »Brotrevolten« 1976 in Kairo bis zu den Aufständen in Marokko und Algerien 1988, die in Blutbädern endeten, bis zu den jüngeren Anti-IWF-Protesten in Jordanien (und die Liste ist viel länger) sind die Probleme der Arbeiter, die am Existenzminimum leben, immer dramatischer geworden. Sie haben zu erheblichen Spaltungen innerhalb der kapitalistischen Klassen von Marokko bis Pakistan in der Frage geführt, wie mit dieser Rebellion von unten umgegangen werden soll.

Ein weiterer Beitrag zur Krise ist die Situation in Palästina gewesen. Durch den Golf-Krieg, den vermehrten Siedlungsbau, den Versuch, Jerusalem zu besetzen und durch die zunehmende Repression als Antwort Israels auf die palästinensischen Forderungen hatte sich die Situation verschärft.

Der wichtigste Faktor der Krise war jedoch die hegemoniale Rolle der USA in dieser Region. Die USA verwüsteten den Irak, die US-Regierung war als Eigentümerin am Management der Ölressourcen im Mittleren Osten beteiligt, die USA errichteten amerikanische Militärbasen mitten im heiligsten Land des Islam, in Saudi-Arabien. In all diesen Fällen entstanden tiefe Spaltungen innerhalb der herrschenden Klassen, die die proamerikanischen Regierungen untergruben. Die herrschenden Klassen aus königlichen Dynastien der arabischen Halbinsel sahen sich mit einer Dissidentengeneration konfrontiert, die aus ihren eigenen Reihen stammte. Im Namen des Koran beschuldigten diese Dissidenten ihre Regierungen der Korruption, der Ressourcenverschwendung, des Ausverkaufs an die USA und des Verrats am Islam, während sie gleichzeitig den Arbeiterklassen Nordafrikas, des Mittleren Ostens und Westasiens einen alternativen »Sozialvertrag« offerierten und ihren Wohlstand einsetzten, um ein multifunktionales Netzwerk von Gruppen zu schaffen, die sich über alle Kontinente ausbreiteten und eigenständig agierten.

Während des letzten Jahrzehnts hat sich nicht nur die internationale Krise zugespitzt, sondern auch der Antagonismus zwischen den islamisch-fundamentalistischen Netzwerken und den USA und deren Unterstützern in den islamischen Ländern selbst. Dieser Konflikt hatte in einigen Ländern bereits in den neunziger Jahren in die Sackgasse geführt. Die Islamische Heilsfront (FIS) in Algerien beispielsweise, die nach den Anti-SAP-Protesten im Jahre 1988 sehr schnell wuchs und bei den Wahlen 1991 fast zur Staatsmacht geriet, wurde durch einen Militärputsch eingedämmt. Während der letzten zehn Jahre, in denen bei einem schrecklichen Bürgerkrieg

zwischen 60 000 und 70 000 Menschen umgebracht wurden, sind die islamischen Fundamentalisten in Algerien durch Zermürbung und militärische Repression entscheidend geschwächt worden. In Ägypten hat das Mubarak-Regime, genau wie in Algerien, nicht nur zu unmittelbaren Unterdrückungsmaßnahmen gegriffen, sondern ein System mikroskopischer sozialer Überwachung eingeführt. Denn »die Mubarak-Regierung versuchte, die Ausbreitung von privaten Moscheen und mit ihnen verbundenen Wohlfahrtsstiftungen einzudämmen und ihre nebenstaatliche Autonomie zu beenden« (Faksh 1997:54) Als Ergebnis erlitt der Fundamentalismus im wahrscheinlich zweitwichtigsten islamischen Staat eine seiner wichtigsten Niederlagen. Diesen Rückschlägen hatten auch die Fundamentalisten, die im Sudan und in Afghanistan die Staatsmacht übernahmen, nichts entgegenzusetzen, da sie in beiden Ländern das Erbe eines lang andauernden Bürgerkriegs antraten, den zu beenden sie bis heute nicht in der Lage waren.

Aber diese Pattsituation war noch keine Niederlage. Der islamische Fundamentalismus übt auf die herrschenden Klassen der reichen islamischen Nationen weiterhin seine Anziehungskraft aus. Dieser innere Widerspruch hat ein wirres Knäuel von Konsequenzen geschaffen, das nun viele Leute in der US-Regierung und den Regierungen des Nahen Ostens beunruhigt und in Gefahr bringt. Schließlich waren sie es, die diese Dissidentengeneration finanziert und ausgebildet haben, die sich jetzt gewaltsam gegen sie richtet. Da die Loyalität in den herrschenden Klassen des Mittleren Ostens gespalten war, wurde einerseits ein Teil der Öleinnahmen dazu benutzt, Angriffe auf die Symbole der Neuen Weltordnung zu finanzieren. Auf der anderen Seite hat die US-Regierung in ihrem Bemühen, die Sowjetunion in Afghanistan zu destabilisieren, viele Mitglieder des Dissidentenzweigs der herrschenden Klassen des Mittleren Ostens finanziert und ausgebildet.

Verwicklung des Bush-Clans

Die bewaffneten islamischen Fundamentalisten wurden nach dem Abzug der Sowjets aus Afghanistan 1989 weiterhin von der Regierung unbürokratisch finanziell und militärisch unterstützt. Diese militanten Kräfte spielten bis zum 10. September 2001 in der US-Politik gegen Jugoslawien

(in Bosnien und im Kosovo) und Rußland (in Tschetschenien, Dagestan, Usbekistan) eine wichtige ökonomische, militärische und ideologische Rolle. Offensichtlich sah die Vereinbarung folgendermaßen aus: Ihr erledigt die Schmutzarbeit und destabilisiert und bekämpft weltliche kommunistische, sozialistische und nationalistische Regimes in Osteuropa, Kaukasien und Zentralasien, dafür erhaltet ihr eine Belohnung. Sie bekamen die versprochene Belohnung nicht: die Machtübernahme auf der arabischen Halbinsel, dem Herzen der islamischen Welt.

Diese allgemeinen Fakten über den versteckten Bürgerkrieg in den ölproduzierenden Ländern von Algerien bis Iran dienen dazu, das Umfeld der Angriffe auf das World Trade Center und das Pentagon zu beschreiben. Sie helfen uns jedoch noch nicht zu verstehen, warum die Anschläge im September 2001 stattfanden und warum der Widerstand gegenüber den USA eine so verzweifelte Form annahm.

Die Anschläge sind Zeichen von Verzweiflung und keine von Stärke. Sie laufen auf eine vernichtende militärische Reaktion seitens der USA hinaus, mit vorhersehbaren Folgen: der Vernichtung Tausender militanter islamischer Fundamentalisten sowie erheblicher Schäden für die Bevölkerung in Afghanistan und in vielen anderen Ländern Nordafrikas, des Nahen Ostens und Westasiens. Offenbar muß etwas sehr Wichtiges im Gange gewesen sein, daß die Täter des 11. September solch verzweifelte Maßnahmen ergriffen.

Was könnte das gewesen sein? Wenn meine Hypothese stimmt, liegt die Ursache für diese Verzweiflung in Ereignissen im geographischen Zentrum des Islam, in Saudi-Arabien. Meiner Ansicht nach haben die politischen Faktoren, die die Massenmorde und die Selbstmorde am 11. September ausgelöst haben, mit der Ölindustrie und mit der Globalisierung der arabischen Halbinsel zu tun. Im folgenden beschreibe ich diese Geschichte.

Freihandel mit den Saudis

Im Jahr 1998 (nach dem Zusammenbruch der Ölpreise aufgrund der asiatischen Finanzkrise) nahm eine Entscheidung der Saudi-Monarchie ihren

Lauf, die eigene Wirtschaft und Gesellschaft aus »strategischen Gründen« zu globalisieren. Das begann mit dem Ölsektor. Die Ölindustrie war seit 1975 nationalisiert. Das bedeutete, daß ausländische Investoren sich nur an »nachgeordneten« Unternehmungen wie den Raffinerien beteiligen durften. Im September 1998 aber traf Kronprinz Abdullah sich in Washington D.C. mit den Vorstandsvorsitzenden verschiedener Ölfirmen. Laut Gawdat Bahgat »bat der Kronprinz die Vorstände der Ölgesellschaften darum, ihm unmittelbar Empfehlungen und Vorschläge darüber zu unterbreiten, welche Rolle ihre Firmen bei der Ausbeutung und dem Ausbau sowohl der vorhandenen als auch neuer Öl- und Erdgasvorkommen spielen könnten« (Gawdat Bahgat: Managing Dependence. American-Saudi Oil Relations. Arab Studies Quarterly, Heft 23/2001).

Diese »Empfehlungen und Vorschläge« wurden dann zu Beginn des Jahres 2000 einem Obersten Erdöl- und Mineralrat vorgelegt (nachdem der Kronprinz ihnen zugestimmt hatte). Mitte 2000 ging die saudi-arabische Regierung vorsichtig daran, sie umzusetzen, indem sie ein neues Ausländerinvestment-Gesetz verabschiedete. Danach »sind Steuerbefreiungen abgeschafft zugunsten radikaler Steuersenkungen auf Profite ausländischer Unternehmen. Damit nähern sich diese dem Niveau für inländische Unternehmen. Vollständig in ausländischer Hand befindliche Unternehmen haben das Recht, Land zu besitzen, ihre eigenen Angestellten zu fördern und von Staatskrediten zu profitieren, die zuvor nur saudi-arabischen Unternehmen zustanden« (Bahgat). Es liegt auf der Hand, warum »das Recht, Land zu besitzen« für jeden ein rotes Tuch sein muß, der sich der heiligen Rolle der arabischen Halbinsel verpflichtet sieht.

Die Experten rissen sich in ihrem Bemühen, die neue Investitionsregelung zu beleuchten, buchstäblich ein Bein aus. Einer von ihnen beschrieb sie mit den folgenden Worten: »Jubeln wir nicht zu früh, aber es sieht so aus, als gäbe Arabien nach fast siebzig Jahren seine restriktive, ja, unfreundliche Politik gegenüber ausländischen Investitoren auf«. Dieses Gesetz errichtete in der Tat ein Abkommen, ähnlich der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA, zwischen dem saudi-arabischen Monarchen und den US-amerikanischen und europäischen Ölgesellschaften. Zur gleichen Zeit, als dieses Gesetz diskutiert wurde, kündigte ein Ausschuß des Ministeriums an, daß innerhalb des nächsten Jahrzehnts Investitionen von bis zu 500 Milliarden US-Dollar getätigt werden würden, um die nationale

Wirtschaftsform Saudi-Arabiens zu verändern. 100 Milliarden Dollar dieser Investition waren bereits von ausländischen Ölfirmen zugesagt worden.

Im Mai 2001 wurde dann der erste konkrete Schritt in diesem forcierten Globalisierungsprozeß vollzogen, als Exxon/Mobil und die Royal Dutch-/Shell-Gruppe an der Spitze acht anderer ausländischer Unternehmen (einschließlich Conoco und Enron aus den USA) ein 25 Milliarden Dollar teures Erdgas-Entwicklungsprojekt in Saudi-Arabien übernahmen. Die Finanzpresse bemerkte, daß das Geschäft an sich nicht besonders lukrativ sein würde, aber daß »es Teil eines langfristigen Schachzugs der Ölgesellschaft sei, [die] endlich wieder einen Zugang zum Saudi-Rohstoff haben wollen« (LA Times 19.5.2001).

Auf diese Weise fielen bis zum Sommer 2001 die Würfel für die saudiarabische Monarchie. Sie überschritt damit in gesetzlicher, sozialer und ökonomischer Hinsicht den Rubikon der Globalisierung. Sie »globalisierte« nicht, weil die saudiarabischen Schulden nicht in den Griff zu bekommen gewesen wären, sondern weil der König und seine Kreise angesichts einer immer stärker werdenden Opposition realisierten, daß sie nur mit dem Rückhalt der USA und der Europäischen Union hoffen konnten, in den kommenden Jahren an der Regierung zu bleiben.

Die Strategie zielte darauf ab, die zunehmend hohe Arbeitslosigkeit junger saudiarabischer Bürger, die Abhängigkeit vom Ölexport und die enorme Menge ausländischer Arbeitskräfte zu reduzieren, indem die Wirtschaft wieder angekurbelt werden sollte (1993 gab es 4,6 Millionen ausländische Arbeiter bei einer Gesamtbevölkerung von 14,6 Millionen, heute sind es ungefähr sechs bis sieben Millionen bei einer Gesamtbevölkerung von 22 bis 23 Millionen). Dies erforderte eine radikale Abkehr von den gruppenspezifischen sozialen Kontrollmethoden, die die saudische Monarchie in der Vergangenheit angewendet hatte, um den sozialen Frieden zu erhalten, und die bis vor kurzem durch ihren immensen Ölreichtum möglich waren. Aber dieser Reichtum ist nicht unendlich und sank tatsächlich, gemessen an der Einwohnerzahl. Zum Beispiel sank das Bruttosozialprodukt pro Kopf von 1983 bis 1993 von ungefähr 13 000 auf 8 000 US-Dollar und ist seit dieser Zeit weiter gefallen.

Eine solche Initiative würde die Wirtschaftspolitik der Regierungen anderer ölfördernder Länder in der Region unvermeidlich beeinflussen, beson-

ders jene der Staaten des Golfkooperationsrates - Oman, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Bahrein und Kuwait. Falls sie funktionierte, würde diese Strategie der islamistischen Opposition einen entscheidenden Schlag versetzen. Diese würde keine Glaubensschüler mehr rekrutieren können, weil diese jetzt in den höheren Etagen der globalisierten Wirtschaft und Gesellschaft angestellt würden, statt politisch machtlos zu sein und durch lange Perioden der Arbeitslosigkeit in die Verzweiflung getrieben zu werden. Die Einführung von ausländischem Besitz an Boden und natürlichen Ressourcen, gedeckt durch hohe Investitionen und die Einstellung weiterer Auswanderer aus Europa und den USA, würde zwangsläufig zu erheblichen sozialen Veränderungen führen.

Das Katz- und Mausspiel, das die Saudi-Monarchie mit den fundamentalistischen Dissidenten gespielt hatte (wobei der König und seine Monarchie den Anspruch hatten, noch fundamentalistischer zu sein als jene), sollte somit ein Ende haben. Welche Hoffnung die islamische Opposition in den herrschenden Klassen der arabischen Halbinsel auch immer gehegt haben mochte - etwa ihre Regierungen zu bewegen, die amerikanischen Truppen nach Hause zu schicken und die Einkünfte aus dem Öl in die Wirtschaft eines wiederauflebenden Islam zu investieren - sie sah sich im Sommer 2001 einer historischen Krise gegenüber. Ohne eine entscheidende Wende hätte die islamisch-fundamentalistische Opposition einem (»totalen«) Bürgerkrieg in ihren eigenen Ländern oder ihrer eigenen Auslöschung ins Auge sehen müssen.

Bestimmte Elemente dieser Opposition müssen (oder könnten) entschieden haben, daß nur eine spektakuläre Aktion, wie die Flugzeugentführungen vom 11. September und die Vernichtung Tausender Menschen in New York und Washington, das Blatt noch wenden kann. Vielleicht hofften sie, daß die Anschläge in Amerika so viel Tumult und Unsicherheit auslösen würden, daß ein strategischer Rückzug der USA von der arabischen Halbinsel erreichbar gewesen wäre. Die Bombardierungen im Libanon 1983 hatten auch dazu geführt, daß die USA sich von dort zurückzogen.

Die Reaktion von Bush: »Krieg gegen den »Terrorismus« und das Eindringen der US-Armee in Zentralasien

Es ist wichtig, daß wir die politischen und ökonomischen Ziele der Flugzeugentführer und ihrer Komplizen verstehen. Aber noch wichtiger wird es sein, daß wir uns über die Agenda der Bush-Regierung im klaren sind. Man braucht nicht in Verschwörungstheorien zu verfallen, um zu erkennen, daß die Bush-Regierung die Ereignisse des 11. September dazu benutzt, ihr eigenes Programm durchzusetzen. Sie hat die Morde und die Zerstörungen des 11. September strategisch genutzt, um in zwei klar ersichtlichen Bereichen voranzukommen. Zum einen zur konzeptionellen Umgestaltung des politischen Horizonts, zum anderen zum geopolitischen Vorstoß in die früheren zentralasiatischen Republiken der UdSSR, die 1991 zu Nationalstaaten geworden waren.

Diese Staaten, insbesondere Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan, besitzen bedeutende Öl- und Gasreserven. »Die nachgewiesenen und vermuteten Energiereserven in oder nahe der kaspischen Region - darunter allein mindestens 115 Milliarden Barrel Öl - sind faktisch um ein Vielfaches größer als die der Nordsee und würden durch fortgesetzte Förderung bedeutend ansteigen. Derartig umfangreiche Ressourcen könnten den US-Gesellschaften und ihren Anteilseignern riesige Gewinne bringen. Amerikanische Firmen besitzen bereits 75 Prozent der gigantischen Ölfelder von Tengiz in Kasachstan. Sie sind inzwischen mehr als zehn Milliarden Dollar wert.« (Jan Kalicki, Foreign Affairs, September-/Oktober 2001)

Kenner der Ölindustrie und Kritiker des NATO-Krieges in Jugoslawien kamen nach dem 11. September sofort zu der Erkenntnis, daß dieser Krieg der USA gegen Osama bin Laden und seine Unterstützer in der Taliban-Regierung gleichzeitig ein Weg ist, eines der wichtigsten Ziele der US-Außenpolitik in der postkommunistischen Ära wahrzunehmen. Das neue »Große Spiel«, das »Krieg um Öl und Destabilisierung Zentralasiens« heißt, war leicht zu dokumentieren, da viel des relevanten Materials 1999 recherchiert worden ist. In dieser Zeit versuchten viele, die Gründe der Clinton-Regierung für die Einmischung in den Jugoslawien-Krieg zu verstehen, die jenseits der lauthals verkündeten Sorge um die

humanitären Rechte der Kosovaren lagen. Es wurde damals klar, daß einer der Gründe, warum die USA Jugoslawien angriffen, darin bestand, den Russen einzuschärfen, daß die USA ihre ganze Macht einsetzen würden, um die Russen davon abzuhalten, sich in US-Investitionen im Kaukasus und in Zentralasien einzumischen. Heute ist es ein Gemeinplatz, daß jeder, der die Afghanistan-Politik der Bush-Regierung verstehen wollte, den »Ölfaktor« mit einbeziehen müßte (besonders unter der Voraussetzung, daß viele Mitglieder der Bush-Regierung direkt an Öl-Gesellschaften beteiligt sind, die Unmengen in diese Region investiert haben).

Damit will ich nicht sagen, daß der geopolitische Vorstoß nach Zentralasien vor dem 11. September auf der Tagesordnung der Bush-Regierung an oberster Stelle gestanden hätte. Eine ihrer ersten Ölinitiativen hatte die Ausweitung der Bohrrechte innerhalb der USA betroffen. Tatsächlich schrieb Jan Kalicki, in der Clinton-Regierung der Spezialist für zentralasiatisches Öl, für die September/Okttober-Ausgabe von *Foreign Affairs* einen Artikel, in dem er sich über den Rückzug Bushs aus Zentralasien beklagt. Nachdem er die Verdienste der Clinton-Regierung aufgezählt hat, ärgert er sich darüber, daß man »nun riskiere, sich aufgrund ungenügender Aufmerksamkeit seitens der Bush-Regierung und der restriktiven US-Politik zu zerfasern. Im Gegensatz zur tatkräftigen Unterstützung der Initiativen für kaspische Energie seitens der Clinton-Regierung scheint das Bush-Team diese Angelegenheit in die hinterste Ecke verbannt zu haben«. Kalicki beendet seinen Artikel mit den Worten: »Es wäre ein ernsthafter Fehler der USA, wenn sie ihre vergangenen Erfolge und ihr Zukunftspotential in der Region durch Selbstgefälligkeit und Unaufmerksamkeit verplempern würden.« Zweifellos ist er nun erfreut über das rasche Ende von Bushs »Selbstgefälligkeit und Unaufmerksamkeit« gegenüber Zentralasien nach dem 11. September und begrüßt eine Rückkehr zum dortigen »Öl-Business as usual«.

Ein vorsichtiger Blick zurück

Die Ereignisse des 11. September und ihre Folgen sind ein gewaltiger Schlag für die Antiglobalisierungsbewegung, denn sie haben dazu geführt, daß jede Regierung der Welt öffentliche Räume sperren und jede

Opposition, woher sie auch kommen mag, im Interesse der »öffentlichen Sicherheit« unterdrücken kann. Um das Heft wieder in die Hand zu bekommen, müssen wir unsere Lage begreifen: Die Antiglobalisierungsbewegung kämpft sowohl gegen die supranationalen Betreiber der Globalisierung, die sich jetzt in US-Flaggen hüllen, als auch gegen die opponierenden heimlichen Herrscher des Nahen Ostens, die sich in die islamische Flagge hüllen und für sich und ihre Anhänger einen besseren Rang in der Weltgesellschaftsordnung fordern. Wenn wir wieder handlungsfähig werden wollen, müssen wir uns befreien und unsere eigene Vergangenheit neu bewerten, um unsere Zukunft in diesem Zusammenhang zu verstehen.

Aber die grausigen Ereignisse des 11. September haben bei vielen eine Denklähmung ausgelöst, genau wie beabsichtigt. Ein erster Schritt zur geistigen Selbstbefreiung ist es, Fragen zu stellen und uns eine alternative Wirklichkeit vorzustellen. Hätte es anders sein können? Hätte es eine andere historische Möglichkeit gegeben, die nicht zur Ermordung Tausender Menschen in New York und Washington geführt hätte?

Von Seattle bis Genua

Erinnern wir uns an unsere eigene Geschichte. Von Seattle im November 1999 bis Genua im Juli 2001 stand die Antiglobalisierungsbewegung für die Erkenntnis der »Ersten Welt«, daß die supranationalen Institutionen (IWF, Weltbank, WTO, G8), die den Anspruch erhoben hatten, sich mit den wirtschaftlichen und politischen Problemen der Menschheit zu befassen, aus zwei Gründen illegitim waren: a) haben sie dabei versagt, diese Probleme zu lösen (die Schulden der »Dritten Welt« beispielsweise sind seit der Schuldenkrise in den frühen achtziger Jahren dramatisch gestiegen) und b) stehen sie der Menschheit gegenüber in keinerlei demokratischer Verantwortung (IWF und Weltbank werden z. B. weitgehend von ihren größten Anteilseignern kontrolliert: den USA, Japan und den EU-Staaten).

Die Antiglobalisierungsbewegung, die Mitte der achtziger Jahre mit dem Widerstand gegen die Strukturanpassungsprogramme in den Ländern der

»Dritten Welt« begonnen hatte, war schließlich in den Straßen der »Ersten Welt« wieder aufgetaucht. Sie forderte die supranationalen Institutionen auf gewaltfreie Weise auf, ihren Kurs zu ändern und demokratisch zu werden, bevor es zu spät sei. Sie forderte diese Institutionen auf, sich die Welt sorgfältig anzusehen und eine spektakuläre Geste zu machen: zum Beispiel den vollständigen Schuldenerlaß für die »Dritte Welt«.

Die Demonstrationen in Seattle im November 1999 und alle darauffolgenden sind in der Rückschau so bedeutend, weil sie die Forderungen der »Dritten Welt« auf die Straßen der »Ersten Welt« brachten. Sie zeigten, daß man die Belange der Armen und Enteigneten in Asien, Afrika und Lateinamerika in Europa und Nordamerika so ernst nahm, daß Hunderttausende Menschen bereit waren, Verhaftungen, Schläge und Folter zu riskieren, um ihre und die eigenen Belange in den Bezirken der Machthaber zum Ausdruck zu bringen. Diese Demonstrationen haben die supranationalen Institutionen jedenfalls zumindest von der Verabschiedung neuer Gesetze und Verordnungen und von der Anrichtung zusätzlichen Schadens abhalten können.

Aber das Problem war: Obwohl die Antiglobalisierungsbewegung in der Lage war, die Konferenzen der supranationalen Institutionen zu stoppen oder zu unterbrechen, wurden die positiven Forderungen der Bewegung von diesen Institutionen vollkommen abgeblockt. Weder wurde auf die Bewegung mit einem umfassenden Schuldenerlaß reagiert noch wurden faire Handelsbedingungen oder ein »Welt-Marshall-Plan« oder die Abschaffung der Weltbank und des IWF in die Wege geleitet (wie sehr auch immer die Effektivität dieser Forderungen intern diskutiert wird). Im Gegenteil, die ökonomischen und politischen Krisen, die durch die Globalisierung verursacht werden, haben sich in den letzten beiden Jahren noch verschärft.

Dazu kommt, daß die offizielle Antwort auf die Bewegung zunehmend gewaltsamer und repressiver wird. Im Juli erreichte die Gewalt in Genua ihren Höhepunkt, als die Polizei Carlo Giuliani erschoss, Hunderte Aktivisten schwer verletzte und folterte und Tausende von ihnen verprügelte. An dieser Stelle müssen wir die Frage stellen: Was wäre passiert, wenn anstelle dieser Repression während des G-8-Gipfels in Genua im Juli

2001 die Entscheidung getroffen worden wäre, der »Dritten Welt« alle Schulden zu erlassen? Stellen wir uns das vor.

Ungleicher Kampf

Es waren jedenfalls nicht nur diese beiden Kräfte, die sich 2001 gegenüberstanden - der Kreis der sich globalisierenden Kapitalisten und die Antiglobalisierungsbewegung, die sich aus Tausenden von Gruppen aus der Bauern-, Arbeiter-, der feministischen, der Umwelt- und der Menschenrechtsbewegung in der ganzen Welt zusammensetzt. Es gab noch eine dritte: die bewaffneten Militärs des islamischen Fundamentalismus, die die politische Forderung der Dissidenten der islamischen Herrscherklasse repräsentierten.

Diese Gruppe hatte und hat sich der tödlichen Gewalt, dem Patriarchat und der Wiedererlangung der Kontrolle der Energieressourcen von Algerien bis Indonesien seitens der herrschenden Klasse gegen die Ansprüche der transnationalen Ölgesellschaften verschrieben. Sie trat in das Vakuum der Hoffnungslosigkeit, das die Pattsituation zwischen der Antiglobalisierungsbewegung und den supranationalen Betreibern der Globalisierung unausweichlich geschaffen hatte - angetrieben von der eigenen Krisensituation, wie es weiter oben beschrieben wurde.

Aufgrund dieses vorsichtigen Rückblicks komme ich zu der Ansicht, daß wir Globalisierungsgegner uns nicht zwischen den großen Bomben Bushs und den kleineren Bomben des islamischen Fundamentalismus aufreiben lassen oder das Opfer im ungleichen Kampf zwischen den gigantischen und den kleinen Elefanten werden dürfen. Momentan wäre nur die Antiglobalisierungsbewegung in der Lage, einen Ausweg aus dieser höllischen Dialektik von Mord und Selbstmord zu finden. Jene ist gerade von den Streitkräften des Weltkapitals und den Verursachern des Massakers vom 11. September in die Vergessenheit katapultiert worden.

Ausblick

Nach meiner Hypothese sind also in New York City und Washington D. C. nicht nur Tausende Menschen zum Bauernopfer im Machtkampf der fortlaufenden »Ölkriege« des Nahen Ostens geworden. Die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon haben uns auch auf eine politische Struktur zurückgeworfen, wie sie während des Kalten Krieges überwiegend herrschte. Bei dieser Struktur haben wir als Globalisierungsgegner es mit beiden Seiten zu tun, denn keine von ihnen vertritt die Interessen der arbeitenden Bevölkerung irgendwo auf der Welt. Die Frauenfeindlichkeit der islamischen Fundamentalisten - die in der offenen Sklaverei, mit der die Taliban liebäugeln, ihren Höhepunkt erreicht - die autokratische Manier, in der die Scharia vielen Bürgern gegen ihren Willen aufgezungen wurde, die Grausamkeit der Bestrafungen, die jene trifft, die sich nicht an die Gesetze halten (einschließlich der Todesstrafe) und der chauvinistische Stempel des Islam, der allen sozialen Schichten von selbsternannten islamisch-fundamentalistischen Regierungen wie denen in Afghanistan oder im Sudan aufgedrückt wird - all das spricht hier eine eindeutige Sprache.

Darum ist es wichtig, daß die Antiglobalisierungsbewegung in diesem Zusammenhang eine unkriegerische und unpatriarchale Alternative zur tödlichen Politik der Fundamentalisten und ihrer globalisierenden Widersacher anbietet. Wir müssen darstellen, daß wir die Probleme aufzeigen können, die zu dieser Situation geführt haben:

– Kontrolle der natürlichen Ressourcen. Warum sollten die USA und Europa einen Anspruch auf den Besitz dieser Ressourcen haben, als sei es ihr Geburtsrecht? Wie kann die Bevölkerung Nordamerikas und Europas gegenüber den sozialen Kosten des Öls, das sie in ihre Autos füllt, und gegenüber dem darauf aufbauenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ungleichgewicht so blind sein?

– Die Verweigerung des Heimatrechts für die Palästinenser. Wie lange werden Generationen von Palästinensern noch in Flüchtlingscamps aufwachsen müssen, ohne irgendeine Hoffnung und mit der brennenden, unstillbaren Wut über das schreckliche Unrecht, das ihnen widerfährt –

ein Unrecht, das sich mit jeder neuen israelischen Siedlung wiederholt, auf dem Land, das einst ihnen gehörte?

– Die Politik der Weltbank und des IWF. Können wir uns ein Globalisierungsprogramm leisten, das die Bevölkerung ganzer Landstriche zu Flüchtlingen, Bettlern und Immigranten degradiert hat? Dürfen wir eine Welt zulassen, in der die Mehrheit der Menschen von ihrem Land, der Grundlage ihres Überlebens, vertrieben und dazu gezwungen wird, durch die Welt zu migrieren, um in einer neuen Diaspora anzukommen, ein Vorgang, der dem Sklavenhandel ähnelt?

Es ist außerdem von höchster Wichtigkeit, daß die Antiglobalisierungsbewegung anfängt, eine Verbindung zum Nahen Osten aufzubauen und dessen dringlichste Forderungen aufzeigt. Es liegt auf der Hand, daß es für die Täter des Massakers am 11. September viel schwieriger gewesen wäre, alle Menschen in den USA als Feinde des Islams hinzustellen, wären wir in diesem Punkt schon weiter. Ebenso wäre es auch für die US-Regierung viel schwieriger, wahllos nordafrikanische, mittelöstliche und westasiatische Länder zu bombardieren.

Der Aufbau solcher Verbindungen wird viele Schwierigkeiten mit sich bringen, nicht nur logistisch. Man kann jedoch mit Verbindungen zu den nahöstlichen und westafrikanischen Einwanderergemeinschaften in unseren eigenen Ländern anfangen. Entscheidend ist dabei auf jeden Fall, eine Situation zu vermeiden, wie sie während des Kalten Krieges auftrat, als für ein halbes Jahrhundert die russische Arbeiterklasse und die Arbeiter aus Nordamerika und Europa so gut wie keinen Kontakt hatten. Ausnahmen kamen nur durch die Vermittlung kommunistischer Parteien zustande, mit dem Ergebnis, daß in den neunziger Jahren die »Experten« der US-Gewerkschaft AFL-CIO selbst die anscheinend militantesten unter den sowjetischen Arbeitern, die Bergarbeiter, zum Narren halten konnten, so daß diese in den letzten Tagen der Sowjetunion einer Privatisierung zustimmten.

Die Kraft der Antiglobalisierungsbewegung liegt in ihrem Potential, einen realen, nicht nur ideologischen politischen Kampf der arbeitenden Menschen in der Welt gegen die Pläne des globalisierenden Kapitals zu füh-

ren. Indische Bauern, kanadische Handelsgewerkschafter, europäische Studenten marschierten, diskutierten und organisierten bei den großen Antiglobalisierungsaktionen der letzten zwei Jahre gemeinsam. Diese wachsende Vereinigung von Menschen über alle Grenzen der geographischen, religiösen, geschlechtlichen oder politischen Zugehörigkeit hinweg hat die Tagesordnung sowohl der islamischen Fundamentalisten als auch der kapitalistischen Globalisierer durcheinandergebracht.

Der selbstmörderische Angriff auf Washington und New York genauso wie die Antwort der Bush-Regierung sind daher auch Angriffe auf die Antiglobalisierungsbewegung. Denn beides zielt darauf ab, immer mehr Entzweiung und Verzweiflung in der Arbeiterklasse auf der ganzen Welt zu säen. Dabei war sie gerade so weit, sich langsam eine gewaltfreie, unchauvinistische, unrasistische und unsexistische alternative Realität vorstellen zu können, was sich sowohl in Worten als auch in Bildern ausdrückte.

Es ist von entscheidender Bedeutung, daß wir nicht zulassen, daß die Kriegstrommeln und die zunehmende Beschneidung ziviler Freiheiten und der Freiheit, sich über Grenzen hinweg zu bewegen, die Oberhand gewinnen und die Organisationserfolge der Antiglobalisierungsbewegung zunichte machen.

(Übersetzung aus dem Englischen: Regina Schwarz)

Literatur

Bahgat, Gawdat 2001. Managing Dependence: American-Saudi Oil Relations. Arab Studies Quarterly, Vol. 23, Issue 1, pp. 1-14.

Chossudovsky, Michel 2001. Who is Ousmane bin Ladin? Posted at <http://globalresearch.ca/articles/CHO109C.html>

Cordesman, Anthony H. 1997. Saudi Arabia: Guarding the Desert Kingdom. Boulder, CO: Westview Press.

Faksh, Mahmud A. 1997. *The Future of Islam in the Middle East: Fundamentalism in Egypt, Algeria, and Saudi Arabia*. Westport, CT: Praeger.

Federici, Silvia and Caffentzis, George 2000. »War and Globalization in Yugoslavia.« *Radical Philosophy Review*, Vol. 2, No. 1.

Fennell, Tom and Snider, Michael 2001. *Prisoner of Riyadh*. *Maclean's*, 6/25/2001, Vol. 114, Issue 26.

MacKinnon, Colin 2000. *Saudi Arabia: Major Change in Investment Climate*. *Washington Report on Middle East Affairs*, Vol. 19, Issue 6, p. 72-73.

Midnight Notes 1992. *Midnight Oil: Work, Energy, War, 1973-1992*. New York: Autonomedia. (übersetzt als THEKLA 17, *Midnight Oil*)

Midnight Notes 2001. *Auroras of the Zapatistas: Local and Global Struggles in the Fourth World War*. New York: Autonomedia.

Nusse, Andrea 1998. *Muslim Palestine: The Ideology of Hamas*. Amsterdam: Harwood Academic Publishers.

Olasky, Marvin 2000. *Compassionate Conservatism: What It Is, What It Does, and How It Can Transform America*. New York: The Free Press.

Talbot, Karen 2000. *Chechnya: More Blood for Oil*. *Covert Action Quarterly*, 69. Posted as: http://www.covertaction.org/full_text_69_03.htm